

Hilfen für besondere Familienformen

Teil- und Stieffamilien

In den letzten Jahrzehnten hat die Zahl der Teil- und Stieffamilien stark zugenommen, was u.a. durch den Anstieg bei den Ehescheidungen, den nichtehelichen Geburten und den Wiederheiraten bedingt ist. Während früher diese Familienformen eher negativ gesehen und als ungünstig für die kindliche Sozialisation beurteilt wurden, hat sich heute eine differenziertere Sichtweise durchgesetzt: Zum einen wurde deutlich, dass die beiden Familienformen ganz verschiedene Subformen mit unterschiedlichen Lebenssituationen, Sozialisationsbedingungen und Problemen umfassen. Zum anderen wurde erkannt, dass sich die meisten Kinder (und Erwachsenen) auch in diesen Familienformen »normal« entwickeln.

Trotz dieser Feststellung wird es auf den folgenden Seiten vor allem um die (spezifischen) Probleme von Teil- und Stieffamilien gehen. Sozialpädagogische Fachkräfte werden immer wieder mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert und müssen wissen, wie sie im Einzelfall helfen können. Zu beachten ist aber, dass die genannten Probleme immer nur in einem (kleinen) Teil der Teil- und Stieffamilien auftreten. Die beiden Familienformen sind wohl anders als die »Normalfamilie« bzw. »Erstfamilie«, keinesfalls aber »schlechter« als diese.

Lebenssituation in Teilfamilien

Im Jahr 1995 lebten 15,2% aller Kinder unter 18 Jahren in Teilfamilien (Engstler 1997). Eine genauere Betrachtung zeigt, dass 8,0% aller Kinder in Deutschland eine getrennt lebende bzw. geschiedene Mutter, 4,0% eine ledige Mutter und 1,1% eine verwitwete Mutter hatten; 2,1% wohnten bei einem allein erziehenden Vater. Schon diese nüchternen statistischen Daten deuten an, dass es den typischen allein stehenden Elternteil nicht gibt: Da wären die ledigen (minderjährigen) Mütter, die ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben und überhaupt nicht wissen, wie sie ihre Kinder versorgen sollen.

Demgegenüber gibt es ledige (ältere) Mütter, die zumeist gut verdienen und bewusst diese Lebensform wählen – wenn auch manchmal erst nach Eintreten einer unerwünschten Schwangerschaft. Da gibt es getrennt lebende Alleinerziehende (mit kleinen Kindern), die in emotional belastende Konflikte mit ihrem Partner verwickelt sind, den Scheidungsprozess durchstehen müssen, die mit dem Wiedereintritt in das Berufsleben verbundenen Probleme bewältigen müssen, noch nach einer akzeptablen Wohnung suchen und mit trennungsbedingten Verhaltensauffälligkeiten ihrer Kinder konfrontiert werden. Den anderen Pol hierzu bilden geschiedene Frauen, die ihren Beruf erfolgreich ausüben, ihren Haushalt unter Mithilfe der Kinder gut managen, ein großes Netzwerk von Freunden und Bekannten haben, die Beziehung zu den Kindern überwiegend positiv erleben und somit mit ihrem Leben zufrieden sind.

Dann gibt es verwitwete Mütter, deren Rente ausreicht, um Hausfrau zu bleiben und sich intensiv um ihre Kinder zu kümmern. Hingegen sind allein erziehende Väter in der Regel voll- oder teilzeittätig und werden oft tatkräftig von den Großeltern unterstützt oder leisten sich eine Tagesmutter bzw. Haushaltshilfe.

Deutlich wird, dass sich Teilfamilien sehr hinsichtlich des Umfangs der Erwerbstätigkeit des Elternteils und der materiellen Situation unterscheiden, wobei sich auf letztere auch die Anzahl der Kinder auswirkt. Da die meisten Alleinerziehenden weiblich sind und Frauen in unserer Gesellschaft generell weniger verdienen als Männer – wozu in diesen Fällen oft noch unterdurchschnittliche berufliche Qualifikationen, diskontinuierliche Erwerbsbiografien und Teilzeitbeschäftigung kommen –, liegt das Haushaltseinkommen von Teilfamilien in der Regel jedoch unter denjenigen anderer Familienformen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten 1995 in Deutschland 35% aller allein erziehenden Mütter mit Kindern unter 18 Jahren ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.800 DM, und 26% verdienten zwischen 1.800 und 2.500 DM, während nur 3 bzw. 7% der Ehepaare mit Kindern so geringe Einnahmen verbuchten (Engstler 1997). 21,5% aller allein stehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren erhielten Sozialhilfe im Gegensatz von nur 2,0% aller allein erziehenden Väter und 1,7% aller Ehepaare mit Kindern. Aufgrund ihres niedrigen Einkommens haben Teilfamilien häufiger Schulden und müssen einen größeren Teil ihrer Einkünfte für die Wohnungsmiete ausgeben – z.B. allein stehende Mütter mit zwei Kindern knapp ein Drittel des Haushaltsnettoeinkommens (a.a.O.). Unregelmäßige, verspätete, unvollständige oder ausbleibende Unterhaltszahlungen führen oft zu zusätzlichen finanziellen Problemen. Die schlechte Einkommenssituation vieler Teilfamilien bedingt Einschränkungen bei Ernährung, Kleidung, Freizeitgestaltung und Urlaubsplanung. Vor allem für ältere Kinder getrennt lebender oder gerade geschiedener Eltern ist es häufig schwer verständlich, wieso sie sich jetzt weniger leisten können als früher.

Zur Situation allein stehender Eltern

Die Lebenssituation allein erziehender Eltern ist stark dadurch geprägt, ob sie voll- oder teilzeitbeschäftigt, arbeitssuchend oder nichterwerbstätig sind. Im letztgenannten Fall können sich Alleinerziehende wohl intensiv um ihre (Klein-)Kinder kümmern, haben aber zumeist nur einen niedrigen Lebensstandard und machen besonders oft Diskriminierungserfahrungen (insbesondere bei Sozialhilfebezug). Häufig fühlen sie sich isoliert und ausgegrenzt, entwickeln negative Selbstwertgefühle und sind wenig selbstbewusst. Getrennt lebende und gerade geschiedene oder verwitwete Mütter müssen sich vielfach noch einen Arbeitsplatz suchen und erleben die üblichen Probleme beim Wiedereintritt in das Berufsleben. Bei Erwerbstätigen ist von Bedeutung, ob die Stelle ihren Qualifikationen entspricht und ob die Arbeitsbedingungen befriedigend sind. Beispielsweise sind allein stehende Mütter oft in untergeordneten Positionen tätig (mitbedingt durch die diskontinuierliche Erwerbsbiografie oder fehlende bzw. niedrigere Schul- und Berufsabschlüsse) oder üben wenig attraktive Tätigkeiten aus (vor allem bei Teilzeitbeschäftigung), während allein erziehende Väter sich häufig in ihren Aufstiegschancen benachteiligt fühlen, da sie z.B. wegen der Kinderbetreuung Überstunden oder Fortbildungskurse ablehnen müssen.

Nahezu alle erwerbstätigen und arbeitssuchenden Alleinerziehenden sehen sich mit dem Problem konfrontiert, wie sie die Versorgung ihrer Kinder während ihrer berufsbedingten

Abwesenheit sicherstellen können: »Da es kaum Einrichtungen zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren gibt, da die Öffnungszeiten der Kindergärten sich nicht mit einer Ganztagsbeschäftigung in Einklang bringen lassen und weder das Angebot an Ganztagschulen noch an Horten ausreichend ist, liegt hier ein besonderes Problemfeld: Alleinerziehende sind aus ökonomischen Gründen gezwungen, neben der Haushaltsführung und der Erziehung der Kinder auch das Familieneinkommen sicherzustellen, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind jedoch absolut unzureichend« (Sozialdienst Katholischer Frauen – Zentrale e.V. 1988, S. 5).

Besonders große Probleme (auch mit dem Arbeitgeber) entstehen, wenn die Kinder oder der Elternteil selbst erkranken, oder dadurch, dass Schulferien sehr viel länger als die Urlaubsansprüche Berufstätiger sind. Selbst wenn Kinder Alleinerziehender bevorzugt in Krippen, Kindergärten und Horten aufgenommen werden, bleiben oft Betreuungslücken. So sind allein stehende Eltern auf die Hilfe von Verwandten, Freunden, Babysittern usw. angewiesen.

Im Gegensatz zu verheirateten Frauen sprechen allein erziehende Mütter der Hausarbeit einen geringeren Stellenwert zu. Dementsprechend ergaben Zeitbudgetstudien, dass sie ihr weniger Zeit widmen – während sie für Kinderbetreuung etwa genauso viel Zeit wie verheiratete Mütter aufbringen (Engstler 1997; Krüsselberg/Auge/Hilzenbecher 1986). Allein stehende Väter wenden für beide Bereiche mehr Zeit auf als verheiratete Väter, liegen aber unter den Werten von Müttern.

So ist die Belastung allein stehender Eltern durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung in der Regel nicht größer als diejenige erwerbstätiger verheirateter Mütter. Dementsprechend sind viele Alleinerziehende auch mit ihrer Situation zufrieden, genießen ihre Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit. Als alleiniges »Oberhaupt« der Familie können sie über alle materiellen Ressourcen bestimmen, ihre Zeit relativ frei einteilen, alleine Erziehungsziele, Regeln, Erziehungsstil u.Ä. festlegen, ihre eigenen Interessen verwirklichen usw. Sie sind selbstbewusst und fühlen sich wohl.

Andere Alleinerziehende erleben jedoch ihre Situation negativ: Sie fühlen sich manchmal überfordert, weil sie alle Entscheidungen allein fällen müssen oder sich manchen Anforderungen nicht gewachsen fühlen (z.B. bei Aufgaben, die früher vom Ehepartner erfüllt wurden oder die nicht mit ihren Rollenleitbildern übereinstimmen). Andere setzen sich die »Normalfamilie« als Maßstab und erleben somit ihre Situation als defizitär. Negative Gefühle können auch aus den Umständen des Partnerverlustes resultieren: So trauern manche allein stehende Eltern noch um ihren verstorbenen Ehegatten oder die gescheiterte Ehe. »Der Trennungsschmerz treibt die Erwachsenen gelegentlich bis in psychosomatische Störungen und Depressionen oder zu Alkohol und Tabletten. Gleichzeitig aber sind sie mit dem Leiden ihrer Kinder ... konfrontiert, das sich in Trauer, Angst und Depression, Schul- und Verhaltensproblemen sowie psychosomatischen Störungen äußern kann. Verständlicherweise ruft dieses Leiden der Kinder bei den Eltern oft Schuldgefühle und Erziehungsunsicherheiten hervor« (Permien 1988, S. 93). Auch die Beziehung zum getrennt lebenden oder geschiedenen Partner kann als belastend erlebt werden. Vor allem dessen Wiederheirat kann zum plötzlichen Hervorbrechen von Depressionen, Wut und Angst führen. Ledige Mütter haben hingegen nur selten solche Probleme, da in den wenigsten Fällen intensivere Kontakte zum Vater des Kindes bestehen und auch die Trennung von ihm in der Regel mit weniger Auseinandersetzungen verbunden ist.

Während ledige und verwitwete Alleinerziehende ein eher konstantes Netzwerk haben, erleben getrennt lebende und geschiedene vielfach ein Auseinanderbrechen ihres Freundes-

und Bekanntenkreises. Sie müssen neue Beziehungen aufbauen, was ihnen in der Umbruchsituation mit all den vielen Belastungen oftmals schwer fällt. So fühlen sie sich häufig isoliert und einsam. Hier wird deutlich, wie wichtig ein gutes Netzwerk für das Wohlbefinden Alleinerziehender ist: Sie finden dort emotionale Unterstützung, praktische Hilfe (z.B. bei der Kinderbetreuung), Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Personen, mit denen sie auch über diejenigen Themen sprechen können, die sonst eher mit dem (Ehe-)Partner besprochen werden. Manche Alleinerziehende finden in ihrem Netzwerk einen neuen Lebenspartner, während andere ihre Freiheit und Unabhängigkeit genießen und nur lockere sexuelle Beziehungen eingehen. Viele Alleinstehende bleiben jedoch allein, weil sie Angst vor neuen Beziehungen haben, noch um die alte trauern oder keine potenziellen Partner treffen (z.B. weil sie am Abend oder am Wochenende nicht allein ausgehen, da sie ihre Kinder nicht allein lassen wollen oder die »Anmache« scheuen). Sie leiden dann oft unter ihrer Einsamkeit.

Eltern-Kind-Beziehung

Viele allein stehende Eltern haben eine enge, harmonische und konfliktarme Beziehung zu ihren Kindern und bieten ihnen gute Entwicklungsbedingungen. Sie praktizieren einen einheitlichen Erziehungsstil und setzen Regeln konsequent durch. Ferner gibt es in Teilfamilien häufig eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Elternteil und Kindern: Letztere sind fast gleichberechtigt und können viel mitbestimmen, müssen aber auch mehr Verantwortung im Haushalt, für die eigenen Schulleistungen (Hausaufgaben), für jüngere Geschwister oder die Freizeitgestaltung übernehmen.

Die alleinige Erziehungsverantwortung wirkt sich jedoch negativ aus, wenn ein problematischer Erziehungsstil praktiziert wird oder den Kindern nicht altersgemäße Rollen übertragen werden. Dann fehlt das Korrektiv durch den zweiten Elternteil, erhalten Alleinerziehende zu wenig Feedback über ihr Verhalten und die negativen Folgen für die Kinder. Besonders häufig werden folgende problematische Erziehungsstile und Rollenzuweisungen in Teilfamilien beobachtet:

- Überbehütung und Verwöhnung: Manche Alleinerziehende konzentrieren sich voll auf ihre Kinder, machen sie zu ihrem einzigen Lebensinhalt und kümmern sich intensiv um sie. Oft wollen sie die Kinder auf diese Weise dafür entschädigen, was sie vor der Trennung, während des Scheidungsprozesses oder nach dem Tod des anderen Elternteils an Leid erfahren haben. Manchmal setzen sie ihren Kindern kaum Grenzen.
- Symbiose: Einige Alleinerziehende verwickeln ihre Kinder in sehr enge Beziehungen, machen sie zu ihren alleinigen Vertrauten bzw. zu Ersatzpartnern. Sie belasten ihre Kinder mit intimen Details aus der früheren Partnerschaft, mit ihren Ängsten, emotionalen Nöten und im Einzelfall sogar mit ihren Selbstmordgedanken. Individuation und Ablösung der Kinder werden erschwert.
- Überforderung der Kinder: Hierzu kommt es beispielsweise, wenn diese zu Ersatzpartnern gemacht werden, wenn ältere Kinder parentifiziert werden und dann Elternfunktionen gegenüber ihren Geschwistern übernehmen und viele Aufgaben im Haushalt erledigen müssen, oder wenn eine (nicht erwerbstätige) Alleinerziehende besonders große Erziehungserfolge und herausragende Schulleistungen ihrer Kinder nachweisen will, um ihre Eltern, den früheren Partner oder andere Menschen zu beeindrucken oder um sich selbst

- zu bestätigen. In manchen dieser Fälle können es die Kinder ihren Eltern nie recht machen, werden schon kleine Entwicklungsschwierigkeiten oder etwas schlechtere Schulnoten zu großen Problemen aufgebauscht. Oft kommt es bei überforderten Kindern zur Entfremdung von Gleichaltrigen und zur Vernachlässigung altersgemäßer (Freizeit-)Aktivitäten.
- Zuweisung der Sündenbockrolle: Beispielsweise machen manche ledige Alleinerziehende ihre Kinder bewusst oder unbewusst für ihre unbefriedigende Lebenssituation (abgebrochene Schul- bzw. Berufsausbildung, Sozialhilfeabhängigkeit, eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten ...) verantwortlich, sehen geschiedene oder verwitwete Alleinstehende in ihnen einen Hemmschuh bei der Partnersuche, fühlen sich getrennt Lebende durch sie überlastet (während der Partner unabhängig ist und sich »amüsieren« kann). Die Sündenbockrolle trifft manchmal auch parentifizierte Kinder, die für Unordnung im Haushalt oder Probleme ihrer jüngeren Geschwister verantwortlich gemacht werden.
 - Vernachlässigung: In einigen Fällen werden Kinder vernachlässigt, weil dem allein stehenden Elternteil z.B. aufgrund von Vollerwerbstätigkeit und Haushaltsführung die notwendige Zeit für die Kinder fehlt, weil er in seinem Leid und seiner Trauer aufgeht und die Kinder ignoriert oder weil er auf Partnersuche ist bzw. mit einem neuen Partner beschäftigt ist. Eine besondere Form von Vernachlässigung ist, wenn der Elternteil die (gesamte) Erziehungsverantwortung an die Großeltern oder eine Tagesmutter abtritt bzw. die Kinder in ein Internat »abschiebt«.

Manche Alleinerziehende praktizieren auch einen inkonsequenten Erziehungsstil oder haben besonders große Probleme mit gegengeschlechtlichen Kindern, insbesondere wenn diese sie an den früheren Partner erinnern oder wenn sie aufgrund ihrer negativen Erfahrungen nun das andere Geschlecht hassen.

Während neue Partner in »klassischen« Teilfamilien – im Gegensatz zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften oder entstehenden Stieffamilien – kaum Erziehungsfunktionen übernehmen und somit an dieser Stelle nicht weiter berücksichtigt werden müssen, spielen außen stehende (nicht-)sorgeberechtigte Elternteile oft noch eine große Rolle im Leben ihrer Kinder. Dies trifft aber nur selten auf Kinder lediger Mütter zu, hingegen häufiger auf solche getrennt lebender oder geschiedener Eltern. In einer Vielzahl von Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass sich intensive Beziehungen zwischen Kind und außen stehendem Elternteil sehr positiv auf die kindliche Entwicklung auswirkt – insbesondere wenn der andere Elternteil diese Kontakte fördert (vgl. z.B. Textor 1991). Allerdings wird in den meisten Fällen der Kontakt im Verlauf der Zeit immer schwächer oder bricht irgendwann ab, was für Kinder schwer verständlich und oftmals sehr belastend ist. Problematisch ist aber auch, wenn die Kinder weiterhin in die Konflikte zwischen den früheren Partnern verwickelt sind, wenn die Eltern einander fortwährend schlecht machen, wenn sie die Kinder bei bzw. nach Besuchen über den Ex-Partner ausfragen, wenn sie miteinander um die Zuneigung oder Loyalität der Kinder wetteifern oder wenn letztere immer wieder erleben, dass der sorgeberechtigte Elternteil Besuchskontakte zu unterbinden versucht. Reich (1994) ergänzt: »Mit der Abwertung eines Partners durch den anderen wird natürlich immer auch ein Teil des Kindes abgewertet oder bekämpft, eben der Teil der Identität des Kindes, in dem es sich dem jeweils anderen zugehörig oder wesensverwandt fühlt« (S. 153).

Selbst bei Abbruch der Beziehungen können außen stehende Elternteile eine große Rolle in der Fantasie ihrer Kinder spielen und weiterhin als positives oder negatives Vorbild

wirken. Manche Kinder identifizieren sich sogar mit ihnen und übernehmen Eigenschaften von ihnen (was für den anderen Elternteil unverständlich ist und ihn abweisend, ablehnend oder sogar strafend reagieren lässt). Letzteres gilt natürlich auch für Kinder, die einen Elternteil durch Tod verloren haben. Hier werden solche Identifikationsprozesse oft von den anderen Familienmitgliedern gefördert, insbesondere wenn der Verstorbene idealisiert wird. Außerdem steht dieser zumeist nicht in Konflikt mit dem verbleibenden Elternteil, wird er von diesem nicht abgewertet. Eine Idealisierung des Verstorbenen durch ein Kind ist aber nicht unproblematisch, weil das Bild von ihm nicht wie im Falle der Trennung oder Scheidung durch reale Erfahrungen mit ihm korrigiert werden kann (dem verwitweten Elternteil erschwert die Idealisierung des Ehegatten übrigens die Partnersuche, weil potenzielle Partner mit diesem nicht mithalten können).

Entwicklung der Kinder

Die meisten Kinder in Teilfamilien entwickeln sich normal. Da sie mehr Verantwortung für sich selbst und andere sowie im Haushalt übernehmen müssen, sind sie oft sehr selbstständig, reif und selbstbewusst. Ist die Teilfamilie in ein großes Netzwerk eingebettet, sind sie aufgrund der vielen Außenkontakte eher unbefangen und haben eine große Sozialkompetenz erworben. Sie fühlen sich weniger kontrolliert und bevormundet als Gleichaltrige und sind eher egalitär eingestellt.

Unterliegen Kinder in Teilfamilien aber den zuvor skizzierten negativen Einflüssen und Lebensbedingungen, leiden sie stark und lang andauernd unter der Trennung bzw. Scheidung ihrer Eltern oder dem Tod eines Elternteils, müssen sie nicht altersgemäße Rollen übernehmen, erleben sie viele Konflikte usw., dann entwickeln sie oft Verhaltensauffälligkeiten oder psychische Störungen. Häufig verschlechtern sich ihre Schulleistungen, müssen sie eine oder mehrere Klassen wiederholen. So sind Teilfamilien unter der Klientel von Erziehungsberatungsstellen überrepräsentiert, nutzen sie überdurchschnittlich oft Jugendhilfemaßnahmen (Familienpflege, Heimunterbringung, Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogische Familienhilfe usw.).

Während Verhaltensauffälligkeiten häufig Reaktionen auf das jahrelange Zusammenleben mit sich streitenden Eltern, plötzliche Trennungen und Verlusterfahrungen, problematische Erziehungsstile und Rollenzuschreibungen sind, erfüllen sie in anderen Fällen besondere Funktionen im Familiensystem. Dreser (1993) nennt hier folgendes Beispiel: »Kinder haben in der Regel vor der Trennung erlebt, dass Eltern sich ›wegen der Kinder‹ gestritten haben. Angesichts der verbindenden Funktion, die ein solcher Streit haben kann, ist es nicht verwunderlich, dass Kinder auch nach der Trennung problematisches Verhalten entwickeln oder verstärken können aus der Fantasie heraus, auf diese Weise die Eltern wieder zusammenzubringen« (S. 118). Ein anderes Beispiel: »Indem etwa ein Kind seine Mutter durch seine Schwierigkeiten besonders darauf konzentriert, ihre Elternfunktion wahrzunehmen, verhilft es ihr ggf. auch, nicht in ihrer eigenen Trauer zu versinken und depressiv zu werden. In ihren Wutausbrüchen wird für das Kind auch Zuwendung erlebbar und der Angst entgegengewirkt, (auch) sie könne sich abwenden, nachdem schon ein Elternteil weggegangen« oder gestorben ist (a.a.O., S. 117). Bei starker Depressivität und Selbstmorddrohungen des Elternteils können Kinder auch Schulphobien entwickeln, um immer in seiner Nähe bleiben zu können.

Beratung und Betreuung von Teilfamilien

Bei der Arbeit mit Alleinerziehenden sollte offen die Position vertreten werden, dass es sich hier um eine eigenständige Familienform handelt, die ihren Familienmitgliedern positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen bieten kann. So wird es ihnen erleichtert, eine Identität als Teilfamilie aufzubauen, die Vorteile dieser Familienform wahrzunehmen und sich nicht mehr länger gegenüber Ehepaaren mit Kindern benachteiligt zu fühlen. Zugleich werden Ängste und Schuldgefühle reduziert, dass es die Kinder nun schlechter hätten. Das Selbstvertrauen Alleinerziehender kann zusätzlich dadurch gestärkt werden, dass ihre Stärken betont und ihre Leistungen im Prozess der Entstehung der Teilfamilie herausgestellt werden.

In vielen Fällen können die Selbsthilfekräfte allein stehender Eltern dadurch freigesetzt werden, dass ihre sozialen Probleme gelindert werden. Adäquate Maßnahmen können sein:

- Vermittlung finanzieller Hilfen: Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) oder nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), Wohngeld, Bundes-/Landeserziehungsgeld, einmalige Beihilfen der Bundesstiftung »Hilfe für Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens« und der jeweiligen Landesstiftung etc.;
- Geltendmachen von Unterhaltsansprüchen, unter Umständen in Verbindung mit Feststellung der Vaterschaft, Ermittlung des Aufenthaltsortes »unbekannt verzogener« Unterhaltsschuldner oder Einholung von Informationen über deren Einkommen und Vermögen (auch im Rahmen einer beim zuständigen Amtsgericht beantragten Unterhaltsbeistandschaft); Überprüfung, ob seit längerem geleistete Unterhaltszahlungen noch dem Alter des Kindes, den Bestimmungen über den Regelunterhalt (z.B. laut Düsseldorfer Tabelle) oder dem (gestiegenen) Einkommen des unterhaltspflichtigen Elternteils entsprechen;
- Schuldnerberatung;
- Beratung darüber, wie ein Schul-, Hochschul- oder Berufsabschluss nachgeholt werden könnte, sowie über entsprechende Förderungsmöglichkeiten (z.B. nach dem BAföG);
- Information über Angebote für Berufsrückkehrerinnen sowie Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wie Berufsbildung oder Umschulung;
- Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche;
- Hilfe bei der Suche nach einem (Ganztags-)Platz in einer Kindertagesstätte oder nach einer Tagesmutter; Übernahme der Kosten beim Vorliegen der Voraussetzungen; Information über Betreuungsangebote während der Ferienzeiten (z.B. Stadtranderholung, Zeltlager); Hinweis auf Privatschulen, Internate u.Ä.;
- Information über Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche (verbandliche und offene Jugendarbeit), über Hausaufgabenhilfen u.Ä.;
- Hinweis auf Angebote der Familienerholung, Urlaub auf dem Bauernhof, Mutter-Kind-Kuren usw.;
- Rechtsberatung (Sorge- und Unterhaltsrecht, Adoption durch Elternteil/Dritte, Ehelichkeitserklärung usw.) sowie
- Vermittlung sozialer Kontakte und stützender Beziehungen, z.B. durch Hinweis auf Alleinerziehendentreffs oder Selbsthilfegruppen.

Kann eine sozialpädagogische Fachkraft, eine Beraterin oder ein Therapeut in diesen Fragen nicht weiterhelfen, muss die Teilfamilie an andere Institutionen weitervermittelt werden, insbesondere an das Jugendamt. Dabei sind zuvor oft Schwellenängste abzubauen. Die im

Regelfall benötigten Informationen finden Alleinerziehende (und Fachleute) aber auch in einer regelmäßig aktualisierten Broschüre des Verbandes allein stehender Mütter und Väter (1996).

Die bisherigen Ausführungen haben schon deutlich gemacht, dass bei der Beratung und Betreuung von Teilfamilien immer der gesamte Lebens- und Alltagszusammenhang erfasst und berücksichtigt werden sollte, aber auch z.B. die jeweilige Phase im Trauerprozess (Kübler-Ross 1992) oder im Scheidungszyklus (Kaslow 1992). Dementsprechend müssen (gerade) verwitwete Alleinerziehende bei der Trauerarbeit unterstützt werden, benötigen getrennt lebende oder vor kurzem geschiedene Elternteile eine (Nach-)Scheidungsberatung (Textor 1991), brauchen junge ledige Mütter Hilfe zum Meistern des Lebensalltags. In den beiden erstgenannten Fällen müssen die allein stehenden Elternteile lernen, Aufgaben zu übernehmen, die bisher ihr Partner erfüllt hat. Sie bedürfen oft der Unterstützung bei der Entwicklung der hierzu benötigten Kompetenzen und Persönlichkeitsaspekte – sind sie dann erfolgreich, wird ihr Selbstbewusstsein gestärkt. Besteht die Teilfamilie bereits seit längerem, sind die Probleme sehr groß und zeigen die Kinder stark ausgeprägte Verhaltensstörungen, ist oft eine Sozialpädagogische Familienhilfe indiziert (Nielsen/Nielsen 1992), bei pathogenen Familienstrukturen und -prozessen, emotionaler und praktischer Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie, Rollenzuschreibung u.Ä. unter Umständen auch eine Familientherapie (Textor 1985, 1997). Liegen die Probleme vor allem im erzieherischen Bereich, kann ein Elterntaining (in Gruppen) sinnvoll sein (Ermert/Klinkner/Sander 1995).

In der Beratung allein stehender Eltern kommt es also häufig darauf an, ihnen beim (bewussten) Verarbeiten der Trennung/Scheidung bzw. des Todesfalls zu helfen, den Trauerprozess zu fördern und negative Gefühlslagen wie Depressivität abzubauen. Sie benötigen oft Unterstützung bei Problemen im Arbeitsleben oder hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf, Haushalt und Erziehung. Beispielsweise kann mit ihnen besprochen werden, wie sie die Hausarbeit besser organisieren und die Kinder stärker an ihr beteiligen können, wenn sie z.B. sehr gestresst und überfordert sind. Oft müssen starke Schuldgefühle reduziert werden, wenn Alleinerziehende unberechtigterweise glauben, dass die Kinder unter ihrer (Voll-)Erwerbstätigkeit leiden würden. Isolierte und einsame Eltern benötigen Unterstützung beim Aufbau eines Bekannten- und Freundeskreis (Netzwerkarbeit), vor allem ältere Personen auch bei der Partnersuche. Der Abbau von Minderwertigkeitsgefühlen und die Stärkung des Selbstwertgefühls können dazu beitragen, dass z.B. mit Diskriminierungserfahrungen besser umgegangen werden kann.

In vielen Fällen muss die Eltern-Kind-Beziehung verbessert werden, indem beispielsweise konfliktgeladene Interaktionsmuster verändert werden und auf das Kommunikationsverhalten der Alleinerziehenden eingewirkt wird (mehr aktives Zuhören, mehr Ich-Botschaften usw.). Manchen Eltern muss verdeutlicht werden, dass sie zu hohe Erwartungen an die Kinder (z.B. hinsichtlich der Schulleistungen, der Betreuung jüngerer Geschwister oder eines »erwachsenenähnlichen« Verhaltens) und an sich selbst stellen. So können sie nicht sowohl Vater als auch Mutter sein. Sinnvoller wäre es, positive Kontakte zu gegengeschlechtlichen Erwachsenen zu vermitteln, sodass ihren Kindern die Geschlechtsrollenentwicklung erleichtert wird. Manche Alleinerziehende benötigen Informationen über eine altersgemäße Entwicklung ihrer Kinder, die Vermittlung adäquater Erziehungstechniken und Anleitung bei der Hausaufgabenbetreuung. Vor allem muss problematischen Erziehungsstilen wie Überbehütung, Verwöhnung und Vernachlässigung entgegengewirkt, eine Rollenzuschreibung (Ersatzpartner, Sündenbock) aufgedeckt, eine symbiotische Eltern-Kind-Beziehung aufgelöst und

eine Parentifizierung rückgängig gemacht werden.

Insbesondere getrennt lebenden bzw. geschiedenen Alleinerziehenden muss verdeutlicht werden, wie wichtig eine gute Beziehung zum außen stehenden Elternteil für eine positive Weiterentwicklung ihrer Kinder ist – und dass die Kinder ein Kontaktrecht mit beiden Eltern haben. Auch können sie darauf hingewiesen werden, dass regelmäßige und längere Besuchskontakte aber auch zur eigenen Entlastung beitragen und Raum für die Selbstentfaltung bieten. Insbesondere bei Gesprächen mit beiden Ex-Partnern kann ihnen geholfen werden, die Paar- von der Elternebene zu trennen, die Kinder aus ihren Konflikten herauszulösen und voneinander (als Ehegatten) endgültig Abschied zu nehmen. Dreser (1993) ergänzt: »So ist aus systemischer Sicht zu betonen, dass für Kinder die Spannung zwischen den Eltern meist gravierender ist als dieses oder jenes Fehlverhalten des einen oder anderen Partners. Hier gilt es, den Blick für Wechselwirkungen zu schärfen, um von der Schuldfrage wegzukommen« (S. 118). Auch sollte der andere Elternteil nicht mehr vor den Kindern abgewertet werden: »Für die Identitätsentwicklung der Kinder ist von entscheidender Bedeutung, nicht Seiten bei sich selbst leugnen zu müssen, aus Angst, einen der beiden Elternteile dadurch evtl. zu verlieren oder zu kränken. Kinder brauchen es, dass von beiden Eltern auch ein positives Bild erhalten bleiben kann« (a.a.O., S. 119). Besonders effektiv kann ein Gespräch von beiden Elternteilen mit ihren Kindern wirken, bei dem die Erwachsenen übereinstimmend erklären, dass sie weiterhin Elternfunktionen gemeinsam ausüben werden und wie Besuchskontakte in Zukunft gestaltet werden sollen.

Zeigen Kinder getrennt lebender oder geschiedener Eltern Verhaltensauffälligkeiten, Schulschwierigkeiten oder andere Symptome, so sollten diese vor dem Hintergrund der konfliktbeladenen Beziehung zwischen den beiden Elternteilen gesehen werden. Ansonsten sind Ursachen wie Rollenzuschreibung, Parentifizierung, Verwischung von Generationengrenzen, Identifizierung mit dem Ex-Partner, Verklärung des toten Elternteils usw. zu beachten. Für die Behandlung von Verhaltensauffälligkeiten und psychischen Problemen gibt es eine Vielzahl von Therapieformen und -techniken, auch im Rahmen von Jugendhilfemaßnahmen (z.B. Erziehungsberatung, Soziale Gruppenarbeit, Heimerziehung, Erziehung in der Tagesgruppe, Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung). Ansonsten benötigen Kinder aus Teilfamilien Hilfe beim Umgang mit ihren Gefühlen (Trauer, Schmerz, Angst usw.), bei der Selbstdifferenzierung und Ablösung, beim Verarbeiten des sozialen Abstiegs u.a.

Stieffamilien

Schätzungsweise 60% der Geschiedenen heiraten erneut (Engstler 1997), und auch ein hoher Prozentsatz der Verwitweten und unverheirateten Mütter dürfte eine (weitere) Ehe eingehen. Dadurch ändert sich die Lebenssituation von vielen Kindern aus Teilfamilien: Nach mehr oder minder langer Zeit werden sie zu Mitgliedern einer Stieffamilie – der dritthäufigsten Familienform in Deutschland. Ähnlich wie bei Teilfamilien lassen sich auch hier verschiedene Unterformen unterscheiden:

- nach der Vorgeschichte: Ehescheidung, Verwitwung, nichteheliche Mutterschaft;
- nach den Partnerkombinationen: lediger Mann und geschiedene Frau, verwitweter Mann und ledige Mutter etc.;
- nach den Kinderkonstellationen: nur ein Partner bringt Kinder in die neue Ehe ein, beide

- Partner bringen Kinder ein, beide haben ein oder mehrere gemeinsame Kinder;
- nach Sorge- und Besuchsrecht: gemeinsames Sorgerecht mit dem außen stehenden Elternteil (wenn Kinder bei diesem leben und nur tageweise zu Besuch kommen: »Wochenendstieffamilie«), alleiniges Sorgerecht des leiblichen Elternteils (mit oder ohne Wahrnehmung des Besuchsrechts durch den früheren Partner), alleiniges Sorgerecht des außen stehenden Elternteils (Kinder kommen nur zu Besuch: »Wochenendstieffamilie«), gemeinsames Sorgerecht mit Stiefelternteil (nach Stiefkindadoption); und
- nach der Dauer der Alleinerzieherschaft: sofortiges Zusammenziehen mit dem neuen Partner nach der Trennung – mehrere Jahre der Alleinerzieherschaft.
- Häufig wird auch zwischen Stiefmutter-, Stiefvater- und zusammengesetzten Zweitfamilien differenziert.

Schon diese Aufzählung verdeutlicht, dass sich Stieffamilien zum einen sehr stark von »Normalfamilien« unterscheiden, sodass man mit Recht von einem andersartigen, eigenständigen Familientypus sprechen kann, und dass sie zum anderen als Sammelbegriff ganz verschiedene und höchst komplexe Unterformen umfassen.

Zur Besonderheit und Komplexität von Zweitfamilien trägt ferner bei, dass sich hier verschiedene Phasen des Lebens-, Ehe- und Familienzyklus überlagern: Beispielsweise können die Partner in der Phase der ersten Ehejahre stehen, zugleich aber auch in der Familienphase mit sich ablösenden Jugendlichen.

Zudem ist der aus Verwandten bestehende Teil des Netzwerkes von Stieffamilien größer: Bringen beide Partner Kinder in die neue Ehe ein, gibt es z.B. vier Großelternpaare – und zwei außen stehende Elternteile, eventuell mit neuen Partnern und leiblichen Geschwistern oder Halbgeschwistern der in der neuen Stieffamilie lebenden Kinder. Ein solches Netzwerk kann viele Ressourcen bieten, aber auch Konflikte hervorrufen und verstärken. Zudem stellt sich die Frage nach der Zugehörigkeit, wobei hier die Mitglieder einer Stieffamilie zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen kommen können: Die Kinder mögen beispielsweise den außen stehenden Elternteil und dessen Angehörigen zur eigenen Familie rechnen, die (Stief-)Eltern aber nicht. Daraus resultieren auch unterschiedliche Abgrenzungsstrategien: Die eine Stieffamilie mag die Grenzen so scharf ziehen, dass außen stehende Elternteile und deren Verwandten ausgeschlossen werden, die andere mag die Grenzen so durchlässig lassen, dass Unklarheit über die Mitgliedschaft in ihr besteht.

Die Gründungsphase – eine schwierige Zeit

Von großer Bedeutung für die Zukunft einer Stieffamilie ist, aus welchen Gründen und wann ein allein erziehender Elternteil eine Zweitehe eingeht und welche Vorerfahrungen sein neuer Partner hat. Liegen Trennung und Scheidung bzw. der Todesfall noch nicht lange zurück, empfinden allein stehende Eltern oft noch intensive (positive und/oder negative) Gefühle für den Ex-Partner, trauern um ihn, sind noch in Konflikte mit ihm verwickelt. Sie sind innerlich nicht frei für eine Zweitehe und mögen eine neue Beziehung eingehen, um Verständnis und Trost zu erfahren oder einen Verbündeten im Kampf mit dem geschiedenen Partner zu finden. Problematisch ist z.B. auch, wenn in erster Linie nach einem neuen Elternteil für die Kinder gesucht wurde, wenn eine Alleinerziehende/ein Alleinerziehender aufgrund der gescheiterten Ehe oder des eigenen Alters die Erwartungen an einen neuen Partner herunter geschraubt hat

oder wenn die Zweitehe der Flucht aus ungünstigen materiellen Lebensbedingungen (wie Sozialhilfebezug) dient. Bestand die Teilfamilie hingegen schon lange, so haben sich während dieser Zeit oft sehr enge Eltern-Kind-Beziehungen (bis hin zur Symbiose oder Ersatzpartnerschaft) herausgebildet. Dann mag es für den Stiefelternteil sehr schwer sein, in dieses festgefügte System einzudringen und in ihm einen Platz mit der eigenen Rolle entsprechenden Rechten und Pflichten zu erhalten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Partner in Stieffamilien in der Regel unterschiedliche und/oder verschieden viel Erfahrungen mit Ehebeziehungen und im Umgang mit Kindern gesammelt haben. Sie haben beispielsweise in der früheren Ehe Partner- und Familienrollen unterschiedlich definiert, in einem Fall eine eher traditionelle, im anderen eine eher geschlechtsunspezifische Arbeitsteilung praktiziert, in einem Fall jahrelang Kinder erzogen, im anderen kaum Kontakt zu irgendwelchen Kindern gehabt. So ist es in der Gründungsphase von Stieffamilien viel schwieriger als in der »normalen« jungen Ehe, sich auf Beziehungs- und Rollendefinitionen, Rechte und Pflichten, Regeln und Routinen, Aufgabenverteilung und Freizeitgestaltung zu einigen – und zusätzlich auf Erziehungsziele und -praktiken. Außerdem müssen die Elternaufgaben neu verteilt und (Besuchs-)Kontakte zum außen stehenden Elternteil der Kinder überdacht werden. Hat der neue Ehepartner ein Sorge- oder Umgangsrecht, muss geklärt werden, welche Rolle Besuchskinder in der Stieffamilie haben. So laufen in der Gründungsphase von Zweitfamilien bei weitem mehr Aushandlungs-, Reorganisations- und Anpassungsprozesse ab als in jungen Ehen, ist der Prozess des Zusammenwachsens langwieriger, problematischer und konfliktträchtiger.

Hinzu kommt, dass viele Kinder dem neuen Partner ihrer Mutter bzw. ihres Vaters zunächst distanziert und kritisch gegenüberstehen. Sie haben Angst, ihren anwesenden Elternteil an den neuen Partner oder ihre privilegierte Stellung in der Teilfamilie (z.B. bei sehr enger Eltern-Kind-Beziehung oder Parentifizierung) zu verlieren. Manche hoffen immer noch auf die Versöhnung ihrer geschiedenen Eltern oder befürchten, dass der neue Partner den außen stehenden Elternteil aus ihrem Leben verdrängen will – wobei letzterer oftmals solche Ängste verstärkt. So reagieren viele Kinder ablehnend und zurückweisend auf den neuen Partner, testen seine Geduld oder versuchen gar, die neue Paarbeziehung zu sabotieren. Ansonsten müssen sie wie die Erwachsenen viele Anpassungsleistungen erbringen, wie Friedl (1994) verdeutlicht: »Aus der Sicht eines Kindes in einem solchen erweiterten familialen Beziehungssystem heisst das, dass es sich – wenn wir von einer Stiefvaterfamilie ausgehen – in Beziehung setzen muss zu seinem leiblichen Vater, zu seiner leiblichen Mutter und zu seinem Stiefvater, zugleich aber auch zu der Interaktion zwischen seinen leiblichen Eltern und zu der Beziehung zwischen seiner Mutter und dem Stiefvater. Die Erweiterung des Interaktionsnetzes ist nicht nur eine Addition von Beziehungen, sondern impliziert auch eine Vielzahl von emotionalen Integrations- und Anpassungsprozessen, die koordiniert und ausbalanciert werden müssen« (S. 153).

Die Partnerbeziehung

Obwohl die Anfangsphase einer Zweitehe oft weniger unbeschwert als diejenige einer Erstehe ist, wird nach verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen eine vergleichbar hohe Ehequalität bzw. -zufriedenheit erreicht (z.B. Knaub/Hanna/Stinnett 1984; Vemer et al. 1984). Sie ist generell höher, wenn positive Beziehungen zwischen Stiefelternteil und Stief-

kindern bestehen. Dennoch sind Zweitehen weniger stabil als Erstehen. Zum einen scheint den Partnern der Schritt zur (erneuten) Trennung leichter zu fallen, da sie den Scheidungszyklus schon einmal durchlaufen haben. Zum anderen sind vor allem Ehekonflikte hinsichtlich der Erziehung und Disziplinierung der (Stief-) Kinder besonders häufig und belastend. Der leibliche Elternteil ergreift dann oft die Partei seiner Kinder; der Stiefelternteil bleibt außen vor. Somit ist das Ehesubsystem häufig sehr schwach ausgeprägt, nimmt der Stiefelternteil in der Familie eine Randposition ein. Kommt es zu dieser Situation in zusammengesetzten Zweitfamilien, zerfällt diese entsprechend der genetischen Zugehörigkeit in zwei Eltern-Kind-Subsysteme. In anderen Fällen ist der Auslöser für solche Ehekonflikte die mangelnde Unterstützung des leiblichen Elternteils durch den Stiefelternteil bei der Betreuung und Erziehung der Kinder.

In vielen Zweitfamilien kommt es auch zu Konflikten wegen der Finanzen, z.B. weil ein Ehepartner Unterhaltszahlungen an den außen stehenden Elternteil leisten muss (und die anderen Mitglieder der Stieffamilie das Gefühl haben, zu kurz zu kommen) oder von diesem empfängt und nicht teilen will. Auch besteht die Tendenz, an den in die Zweitehe eingebrachten Besitztümern festzuhalten (z.B. um die Interessen der eigenen Kinder zu wahren) und die Einkommen separat zu halten (getrennte Kassenführung). Ferner kann ein Partner die finanziellen Ansprüche seiner Stiefkinder als zu hoch erleben. Martin und Martin (1992) stellen fest: »Personen in Zweitehen haben gewöhnlich das Gefühl, in früheren Beziehungen finanziell den Kürzeren gezogen zu haben. Sie sind sehr vorsichtig hinsichtlich des Umgangs mit Geld in der Zweitfamilie. Geld mag als Mittel der Machtausübung und Kontrolle in der Beziehung genutzt werden« (S. 164). Ähnliches gilt übrigens auch bezüglich der Sexualität.

Ferner können Ehekonflikte mit der Beziehung zum außen stehenden Elternteil zu tun haben – wenn dieser z.B. seine Unterhaltszahlungen nur noch unregelmäßig und unvollständig leistet bzw. wegen des neuen »Versorgers« der Familie einstellen will. In anderen Fällen gibt dieser nach der Wiederheirat jede Hoffnung auf Versöhnung auf und startet einen neuen »Rachefeldzug«. Oder er befürchtet, den Kontakt zu seinen Kindern zu verlieren, sodass er entweder eine Neuregelung des Sorge- und Umgangsrechts anstrebt oder versucht, die Beziehung zu den Kindern (und seinem früheren Partner) zu intensivieren – was von der anderen Seite dann als Bedrohung erlebt wird. Konflikte in der Zweitehe können aber auch entstehen, wenn der geschiedene Partner noch keine »psychische Scheidung« erreicht hat und unverarbeitete Bindungen weiter bestehen. Verwitwete können hingegen den toten Partner und die Beziehung zu ihm verklären, sodass der neue diesem Ideal nie gerecht werden kann.

(Stief-)Eltern-Kind-Beziehung

Viele leibliche Eltern wollen wohl Unterstützung bei der Familienerziehung, möchten aber die »eigentlichen« Bezugspersonen ihrer Kinder bleiben. Versucht der Stiefelternteil, in ihre zumeist recht enge Beziehung zu den Kindern einzudringen, oder gewinnt er deren Vertrauen, reagieren sie oft mit Eifersucht oder unterminieren seine Erziehungsbemühungen. So gibt es in Zweitfamilien häufig einen wechselhaften Erziehungsstil, unklare Regeln und Verhaltenserwartungen, mangelt es an einer effektiven Disziplinierung der Kinder.

Aber auch aus anderen Gründen entsteht für Stiefeltern eine schwierige Situation: »Neue Partner bzw. neue Partnerinnen können nicht auf in Gesellschaft und Kultur verankerte Rollenmuster zurückgreifen wie Mütter und Väter in einer Kernfamilie. Sie müssen ihre Rolle

gegenüber den Kindern individuell entwickeln. Dabei müssen sie sich sogar mit negativen Einstellungen zur Stiefelternschaft auseinandersetzen« (Griebel 1991, S. 35). Dies bedeutet wohl einerseits einen großen Freiraum für eine individuelle Beziehungsgestaltung, andererseits aber auch Rollenambiguität und Verunsicherung. Letztere wird noch verstärkt, wenn der Stiefelternanteil wenig Erfahrung mit Kindern hat und nun die Erziehung von Kindern mitgestalten soll, deren bisherige Entwicklung er nicht miterlebt hat. Und insbesondere bei Stiefmüttern kommt erschwerend hinzu, dass ihre Partner oftmals von Anfang an erwarten, dass sie die Hauptlast der Versorgung, Betreuung und Erziehung übernehmen. Vor allem wenn sie diesen Erwartungen unbedingt entsprechen, perfekte Eltern sein und den Mythos der »bösen Stiefmutter« widerlegen wollen, ist ein Scheitern häufig vorprogrammiert: Die Kinder sind nicht bereit, sofort eine ihnen noch fremde Person als Erzieherin zu akzeptieren – und erst recht nicht, wenn sie das Gefühl haben, dass diese den außen stehenden (oder toten) Elternteil ersetzen will bzw. soll.

Akzeptiert ein Stiefelternanteil, dass die Vater- bzw. Mutterrolle bereits besetzt ist, dass die Stiefkinder den außen stehenden Elternteil lieben und ihm gegenüber loyal sein wollen und dass die Konkurrenz mit diesem unproduktiv ist, können mit der Zeit positive Stiefeltern-Kind-Beziehungen entstehen. Aufgrund der großen Gestaltungsfreiheit und mitbedingt durch das Alter der Kinder mag die Stiefelternrolle dann als diejenige des »eigentlichen Elternteils« (Überwiegen der sozialen Elternschaft), des »anderen Elternteils« (Überwiegen der leiblichen Elternschaft des außen stehenden Elternteils), des Vertrauten oder des Freundes (bei schon älteren Kindern) definiert werden. Im letztgenannten Fall – oder wenn sich Jugendliche bereits im Prozess der Ablösung befinden – übernehmen die Stiefeltern kaum Elternfunktionen. Bei älteren Stieftöchtern empfinden manche Stiefväter auch eine sexuelle Anziehungskraft. Dies kann in einem Extremfall zur Distanzierung aus Angst vor Inzest führen, im anderen Extremfall zu sexuellem Missbrauch. Ansonsten fällt es Stiefvätern in der Regel leichter, eher unübliche Definitionen ihrer Rolle zu akzeptieren, als Stiefmüttern – von denen aufgrund der vorherrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Familien zumeist die Übernahme nahezu aller Erziehungsaufgaben erwartet wird.

Stiefeltern haben – rein juristisch gesehen – keine Elternrechte und -pflichten gegenüber den Stiefkindern. Sie können diese jedoch durch eine Adoption erlangen; heute sind bereits mehr als 50% aller Adoptionen Stiefkindadoptionen. Das Stiefkind wird an Kindes Statt angenommen und erhält denselben Rechtsstatus wie ein leibliches Kind, ist also z.B. unterhalts- und erbberechtigt. In diesen Fällen ist eine intensive Stiefeltern-Kind-Beziehung entstanden; der Kontakt zum außen stehenden leiblichen Elternteil ist in der Regel erloschen bzw. dieser stimmt der Adoption zu (Masson/Norbury/Chatterton 1983). Problematisch ist allerdings, wenn die Adoption – oder auch ein Antrag auf Namensänderung – die Fortsetzung des Kampfes der leiblichen Eltern um das Kind ist oder wenn durch sie die Realität des Lebens in einer Stieffamilie negiert werden soll. Im ersten Fall wird das Kind in neue Loyalitätskonflikte gestürzt, im zweiten Fall wird die Andersartigkeit von Zweitfamilien ignoriert und das Stiefeltern- bzw. Stiefkind-Sein tabuisiert – beides kann eine Kindeswohlgefährdung bedeuten.

Wird ein gemeinsames Kind geboren, dann werden die Unterschiede zwischen biologischer und sozialer Elternschaft besonders deutlich. Friedl (1994) ergänzt: »Die Besonderheit dieser Familienform liegt darin, dass innerhalb der Stieffamilie eine ›Kernfamilie‹ entsteht, also das Subsystem ›Vater-Mutter-Kind‹. Nach Meinung der Familientherapeuten kommt dabei dem gemeinsamen Kind in der Familie oftmals eine Schlüsselrolle zu, es soll z.B. die

ganze Familie verbinden, da es mit allen Familienmitgliedern verwandt ist, oder es kann dazu kommen, dass die Stiefkinder aus der Familie herausgedrängt werden, um eine »ganz normale Familie« zu sein« (S. 148f.).

Die Leugnung des Anders-Seins von Stieffamilien ist natürlich besonders einfach, wenn keine Kontakte zum außen stehenden Elternteil mehr bestehen – obwohl dieser zumeist in den Gedanken oder Fantasien der Kinder weiter präsent ist. Manchmal wird die Beziehung nach der Wiederheirat abgebrochen, weil der umgangsberechtigte Elternteil nun jede Hoffnung auf Versöhnung aufgegeben hat und mit dem neuen Partner nicht zusammentreffen möchte. In anderen Fällen gibt es zunächst eine Phase, in der der außen stehende Elternteil mit dem Stiefelternteil um die Zuneigung der Kinder konkurriert – und diese in Konflikte stürzen. Oft tolerieren sie auch einander. Dann können die Kinder unproblematisch zwischen den beiden Haushalten wechseln. Dies hat zumeist positive Konsequenzen für ihre Weiterentwicklung – und die Beziehung zum Stiefelternteil.

Entwicklung der Kinder

Aufgrund der vielen, in den vorausgegangenen Abschnitten skizzierten Belastungen sind Kinder in Stieffamilien häufiger verhaltensauffällig. Eine Analyse von zehn Untersuchungen, bei denen diese Kinder mit solchen aus Erst- und Teilfamilien verglichen wurden, zeigte jedoch, dass die Unterschiede gering sind (Ganong/Coleman 1993): »Stiefkinder wurden auch durchgängig dahingehend beurteilt, dass sie mehr Verhaltensprobleme als Kinder aus Kernfamilien haben. Die Größe der Effekte war generell gering, insbesondere für externalisierende Verhaltensweisen (-.10), aber die Unterschiede bei internalisierenden Verhaltensweisen waren groß genug, um von Bedeutung zu sein (-.30). Diese Ergebnisse zeigen, dass Stiefkinder stärker als Kinder, die mit beiden ihrer Eltern leben, durch emotionale Probleme wie Schuldgefühle, Depression und Angst gefährdet sind« (a.a.O., S. 158). Gegenüber Kindern aus Teilfamilien wiesen sie etwas weniger externalisierende und etwas mehr internalisierende Verhaltensweisen auf; die Unterschiede waren sehr gering. Somit kann man davon ausgehen, dass sich die meisten Kinder in Stieffamilien »normal« entwickeln. Verhaltensauffälligkeiten sind nur minimal häufiger als in Erstfamilien.

Da emotionale Probleme weniger störend sind, ist nicht verwunderlich, dass laut einer Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (Blüml/Gudat/Schattner 1993) Stiefkinder an den befragten Erziehungsberatungsstellen mit einem Anteil von 6% unterrepräsentiert waren – im Gegensatz zu Kindern aus Teilfamilien, die überdurchschnittlich oft vorgestellt wurden. Hingegen ergab eine von demselben Forscherteam durchgeführte Fragebogenerhebung in den Landkreisen Dithmarschen und Celle sowie in der Stadt Karlsruhe, dass von 905 fremdplatzierten Kindern 14,7% aus Stieffamilien, 27,6% aus Teil- und 34,5% aus Scheidungsfamilien kamen – aber nur 22,8% aus Kernfamilien. Kinder aus Zweit- (und insbesondere aus Teil-)Familien waren also deutlich überrepräsentiert, wobei sie zum Zeitpunkt der Fremdplatzierung im Durchschnitt älter als die anderen Kinder waren (41% ab 12 Jahre). Der Zeitpunkt der Wiederheirat ihres leiblichen Elternteils lag zumeist erst relativ kurz zurück. Die Initiative zur Fremdplatzierung ging häufiger von der Stieffamilie als von dem Jugendamt aus – häufiger von Stiefmüttern als von Stiefvätern. So lässt sich begründet vermuten, dass Zweitfamilien bei Verhaltensauffälligkeiten eines Kindes eher als Erstfamilien dazu tendieren, dieses »auszustoßen«.

Von Bedeutung für die Entwicklung von Stiefkindern ist auch, ob sie Stiefgeschwister haben. In diesen Fällen ändert sich nach der Wiederheirat oft ihre Position in der Geschwisterreihe, was mit Verlustgefühlen oder Anpassungsproblemen verbunden sein kann. Vielfach werden die Stiefgeschwister zunächst als Eindringlinge und Konkurrenten um die Zuneigung des leiblichen Elternteils gesehen – widmet dieser (oder ein biologischer Geschwisterteil) ihnen Aufmerksamkeit, reagieren Kinder häufig eifersüchtig und erbost.

Problematisch kann auch sein, wenn Stiefgeschwister attraktiver und erfolgreicher sind oder wenn sie als erotisch anziehend erlebt werden (schwächeres Inzesttabu). In vielen Fällen werden Stiefgeschwister aber auch zu Freunden. Sie genießen es, in der Zweitfamilie nahezu gleichaltrige Spielkameraden, den gewünschten »großen« Bruder bzw. Schwester oder ein »süßes« Kleinkind zu haben, und verbringen viel Zeit miteinander. Oft helfen und unterstützen sie einander – vor allem die Geburt eines Geschwisterteils kann sie zusammenführen, wenn sie in dieser Situation fürchten, nun für ihre leiblichen Eltern weniger wichtig zu werden.

Beratung und Unterstützung von Zweitfamilien

Laut Blüml, Gudat und Schattner (1993) finden erweiterte Familiensysteme in der sozialen Arbeit »selten jene Beachtung, die ihnen aufgrund ihrer besonderen Vorgeschichte, Strukturen, Möglichkeiten und spezifischen Problemstellungen zukommen müsste« (S. 24). Sie sind weniger präsent als Scheidungs- und Teilfamilien, die aufgrund der im ersten Teil dieses Kapitels aufgezeigten Probleme viel häufiger mit Sozialpädagog/innen Kontakt aufnehmen müssen. Stieffamilien suchen in der Regel nur dann um Hilfe nach, wenn das Sorge- bzw. Umgangsrecht geändert oder eine Stiefkindadoption beantragt werden soll, wenn eine familiäre Notlage allein nicht mehr bewältigt werden kann, wenn die Zweitehe kurz vor dem Zerbrechen steht oder wenn ein Kind stark verhaltensauffällig ist und unter Umständen fremdplatziert werden soll. Oft finden sie dann keine ihrer Familienform angemessene Hilfe: »Ein großer Teil der Fachkräfte in der Jugend- und Sozialhilfe orientiert sich bei der Arbeit mit erweiterten Familien weiterhin am Bild der ›Normalfamilie‹. Diese Ausrichtung hat u.a. jedoch zur Folge, dass die Sozialarbeit bislang nur bedingt den spezifischen Bedürfnissen dieser Familien gerecht werden kann« (a.a.O., S. 24).

Sozialpädagog/innen und Berater/innen müssen also zunächst verinnerlichte Familienidealbilder und Vorstellungen über »Normalfamilien« aufarbeiten. Nur dann ist es ihnen möglich, Zweitfamilien als besondere Familienform zu sehen, die anders als Erstfamilien behandelt werden muss. Dies betrifft schon das Erstgespräch: So ist es bei Stieffamilien oft schwieriger, zu einer gemeinsamen Definition vorherrschender Probleme zu kommen, da z.B. die Perspektiven der Familienmitglieder höchst unterschiedlich sein können oder die leiblichen Elternteile dazu tendieren, ihre Kinder gegenüber den Stiefeltern in Schutz zu nehmen.

Auch muss sehr viel mehr Zeit als bei anderen Familienformen für die Erfassung der Vorgeschichte bzw. Anamnese veranschlagt werden: So gilt es, die Situation in der Erstfamilie, die Gründe für die Trennung, das Erleben der Ehescheidung bzw. des Todesfalles bei Verwitwung, die Sorge- und Umgangsrechtsregelungen, die Beziehung zum früheren Partner bzw. außen stehenden Elternteil, die Familienstrukturen und -prozesse während der Zeit des Alleinerziehens, das Kennenlernen des neuen Ehepartners, die Anfangsphase der Stieffamilie und deren jetzige Situation zu reflektieren – und zwar aus der Sicht eines jeden Familienmit-

glieds. Reich (1994) betont zu Recht: »Probleme in der Zweitfamilie sind ... oft nur zu verstehen, wenn wir uns über die Probleme, die Beziehungsmuster und Beziehungserfahrungen in der ersten Ehe und deren Auflösung Klarheit verschaffen« (S. 150). In vielen Fällen ist es sinnvoll, schon zu einem frühen Zeitpunkt den außen stehenden Elternteil einzubeziehen, insbesondere wenn er Teil des Problems ist, wenn intensive (positive bzw. negative) Beziehungen zu ihm bestehen oder wenn ein gemeinsames Sorgerecht besteht. Auf diese Weise wird den Klient/innen schon bei den ersten Kontakten verdeutlicht, dass die Sozialpädagogen/innen bzw. Berater/innen ihre besondere Lebensform und deren spezifische Charakteristika kennen – und dass die Problemlösung nicht im Nachahmen von »Normalfamilien« liegen kann.

Wie nach dem Erstgespräch bzw. der Anamnese weiter verfahren wird, hängt von den vorherrschenden Problemen und dem Beratungsansatz der Fachkräfte ab. Manche ziehen es vor, die meiste Zeit mit dem ganzen Familiensystem zu arbeiten (mit oder ohne dem außenstehenden Elternteil). Andere konzentrieren sich auf einzelne Subsysteme, sodass die Zusammensetzung der Teilnehmer/innen an den Treffen variiert. Dann fühlen sie sich auch durch die Komplexität dieser Familiensysteme weniger überfordert. Außerdem werden zugleich die Grenzen zwischen den Subsystemen verdeutlicht. Ferner erlaubt es diese Vorgehensweise, unterschiedliche Problemdefinitionen der Familienmitglieder zu akzeptieren und somit verschiedene Ziele für die einzelnen Subsysteme zu verfolgen: »Durch das Ansprechen der separaten Subsysteme der Stieffamilie ist man freier, die Erfahrung jedes einzelnen Mitgliedes der Zweitfamilie zu akzeptieren und zu verstehen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass das Dilemma darin besteht, dass die Wahrnehmung eines Familienmitglieds von der Realität nicht von anderen Mitgliedern geteilt wird« (Browning 1994, S. 196). Bei dieser Vorgehensweise muss aber beachtet werden, dass schließlich die einzelnen Subsysteme in das Gesamtsystem integriert werden bzw. in ihm integriert bleiben.

In der Anfangsphase von Stieffamilien sollten Eltern ihren Kindern viel Zeit geben, um sich an die neue Situation anzupassen. So werden die leiblichen Eltern angehalten, sich häufig alleine mit jedem ihrer Kinder zu unterhalten, den offenen Ausdruck von Gefühlen und Ängsten zu fördern, auf diese empathisch und nicht negativ zu reagieren. Vor allem sollten sie betonen, dass die Beziehung zum außen stehenden Elternteil nicht gefährdet sei und die Kinder ihn weiter lieben dürfen. Dadurch werden Verlustängste und Loyalitätskonflikte reduziert. Besonders positiv wirkt sich in dieser Phase aus, wenn die Kinder den außen stehenden Elternteil regelmäßig oder sogar häufiger als zuvor besuchen können – was übrigens auch dem »jungen« Ehepaar mehr Freiraum für die ungestörte Ausgestaltung seiner Paarbeziehung lässt. Verhält sich der geschiedene Partner allerdings destruktiv und hetzt die Kinder gegen den Stiefelternteil oder den früheren Ehegatten auf, muss dagegen vorgegangen und sein Einfluss verringert werden. Gelingt dies nicht im Gespräch, müssen unter Umständen Änderungen des Sorge- und Umgangsrechts in Betracht gezogen werden.

Generell treten weniger Probleme auf, wenn Stiefeltern nicht sofort Elternrechte und die Zuneigung ihrer Stiefkinder beanspruchen. Auch sollten sie nicht umgehend Neuerungen hinsichtlich der Gestaltung des Familienalltags einführen. So werden sie angehalten, zunächst nur den leiblichen Elternteil bei der Erziehung zu unterstützen. Am wichtigsten ist, dass sie sich bemühen, die Stiefkinder besser kennen zu lernen, ihr Vertrauen zu gewinnen und langsam eine positive Beziehung zu ihnen aufzubauen. Auch sollten sie akzeptieren, dass viele pubertierende Kinder oder Jugendliche auf physische Distanz großen Wert legen.

Versuchen Kinder, die neue Paarbeziehung zu torpedieren, müssen die Gründe hierfür

gesucht und aufgezeigt werden. Sind beispielsweise Versöhnungsfantasien oder Idealisierungen eines verstorbenen Elternteils die Ursache, kann deren mangelnder Realitätsbezug betont werden. Kinder, die in der Teilfamilie eine symbiotische Beziehung zu ihrem Elternteil entwickelt hatten, Ersatzpartner waren oder parentifiziert wurden, benötigen Unterstützung bei der Verarbeitung des Verlustes ihrer privilegierten Position und der damit verbundenen Gefühle wie Eifersucht, Wut und Schmerz. Sie werden dazu geführt, den Stiefelternteil als geeigneteren Partner ihres leiblichen Elternteils anzuerkennen. Zugleich werden sie von ihren nicht altersgemäßen Aufgaben entlastet, können sie wieder Kinder sein.

Bestehen Stieffamilien bereits länger, werden Sozialpädagog/innen und Berater/innen vor allem mit folgenden Aufgaben konfrontiert: In der Arbeit mit dem Ehesubsystem kommt es – neben der generellen Verbesserung der Partnerbeziehung (unter Umständen auch im sexuellen Bereich) – vor allem darauf an zu klären, wie die Erziehungsverantwortung wahrgenommen werden soll. Während diese in Erstfamilien normalerweise von beiden Partnern gemeinsam geschultert werden soll, sind in Zweitfamilien oft Alternativen sinnvoller: Wie bereits beschrieben wurde, mag durchaus der leibliche Elternteil (und insbesondere bei gemeinsamer Sorge zusammen mit dem geschiedenen Partner) die Hauptverantwortung für die Erziehung seiner Kinder übernehmen (wollen). Dann ist zu besprechen, inwieweit der Stiefelternteil bereit ist, eine eher unterstützende »Nebenrolle« zu übernehmen oder seine Position als die eines »Spielkameraden« oder »Freundes« der Stiefkinder zu definieren. Das leitende Prinzip bei der Arbeit mit dem Ehesubsystem sollte immer sein, dass sich die Partner einigen – durchaus auf etwas anderes, als in Erstfamilien üblich ist.

Generell ist es sinnvoll, die Zusammenarbeit zwischen beiden Partnern zu verbessern. So wird besprochen, welche (hierarchischen) Familienstrukturen wünschenswert sind, wie die Einkünfte verwaltet und ausgegeben werden, wie Aufgaben im Haushalt verteilt werden, was in der Freizeit (gemeinsam) unternommen wird, welche Erziehungsziele verfolgt werden, welcher Erziehungsstil praktiziert werden soll und was für Pflichten die Kinder haben. Familienregeln sollten klar formuliert und gegenüber den Kindern durchgesetzt werden. Wichtig ist, dass der leibliche Elternteil den Stiefelternteil z.B. in Fragen der Disziplin unterstützt und dann nicht (wie bisher) die Partei seiner Kinder ergreift.

In vielen Fällen müssen auch Konflikte zwischen den Ehegatten gelöst werden. Diese werden manchmal verneint oder verdrängt, da das Paar nicht erneut scheitern will. Dann werden sie leicht auf ein Kind projiziert, das zum Sündenbock wird, Symptome entwickelt oder die Eltern in der Sorge um seine Schwierigkeiten vereint. In diesen Fällen müssen die Ehekonflikte aufgedeckt werden, sodass sie bearbeitet werden können.

Ist ein Ehegatte geschieden, sollte auch seine Beziehung zum früheren Partner besprochen werden. Oft ist es sinnvoll, die (emotionale) Distanz zwischen beiden zu vergrößern und zu verdeutlichen, dass jeder nur für sich selbst verantwortlich ist – und jeder für *seine* Beziehung zu den gemeinsamen Kindern. Sofern der vom früheren Partner praktizierte Erziehungsstil nicht die kindliche Entwicklung beeinträchtigt, sollte er von dem anderen Elternteil toleriert werden. So werden klare Grenzen zwischen beiden Seiten gezogen und (potentielle) Konflikte reduziert bzw. vermieden. Generell sollte folgender Grundsatz gelten: »Unsere Position ist, dass die Beziehung zu einem Ex-Partner zum Wohle der Kinder definiert werden muss, und nicht entsprechend der Vorlieben und Bequemlichkeiten des früheren Ehegatten« (Martin/Martin 1992, S. 188). Versuche des außen stehenden Elternteils, nach der Wiederheirat (des früheren Partners) den Kontakt zu seinen Kindern zu reduzieren oder abubrechen, sollten verhindert werden – gerade in dieser Situation ist eine stabile Beziehung für die

Kinder besonders wichtig.

Da im Verhältnis zwischen Stiefelternteil und Stiefkindern besonders häufig Probleme auftreten, liegt hier zumeist ein Schwerpunkt der Beratung. Insbesondere sollte vermieden werden, dass Stiefväter an den Rand der Familie verdrängt werden bzw. sich von den Kindern distanzieren. Generell sollten alle Familienmitglieder die Andersartigkeit der Stiefeltern-Stiefkind-Beziehung erkennen und akzeptieren. Zu deren Verbesserung können separate Treffen für dieses Subsystem beitragen. Hier können Stiefeltern und Stiefkinder unter Anleitung Konflikte ausdiskutieren und den Kontakt zueinander intensivieren. Dabei ist wichtig, wechselseitige Kritik und Vergleiche mit dem außen stehenden Elternteil bzw. den leiblichen Kindern zu reduzieren, Kommunikationsstörungen abzubauen und Respekt füreinander zu fördern. Stiefeltern werden angehalten, während der Woche möglichst Zeit alleine mit den Stiefkindern zu verbringen. Fühlen sie sich von diesen sexuell angezogen, sollte über die Inzestgefahr gesprochen werden. Dann können z.B. Regeln über die Bekleidung oder über die Benutzung von Bad und Kinderzimmer aufgestellt werden.

Mit Stiefeltern, die erst wenig Erfahrung in der Erziehung von Kindern gesammelt haben, muss oft über deren Erziehungsziele und -praktiken gesprochen werden. Ihr Erziehungsstil wird reflektiert und verbessert. Oft müssen zu hohe Erwartungen an sich selbst (der Stiefelternanteil als »Retter der Familie«, als »Ersatzmutter/-vater«, als »perfekte« Mutter) abgebaut werden. Wollen Stiefeltern ihre Stiefkinder adoptieren, muss geprüft werden, ob dies zum Wohle der Kinder ist. Dazu muss insbesondere die Qualität der Beziehung zwischen beiden Seiten untersucht werden. Auch ist es unverzichtbar, die Vorstellungen des außen stehenden Elternteils zu erfragen und zu ermitteln, inwieweit die Kinder noch Kontakt zu ihm haben.

Bei der Beratung von Zweitfamilien wird der leibliche Elternteil angehalten, die Beziehung zwischen seinen Kindern und dem Stiefelternanteil zu fördern, also z.B. bei sich entwickelnder Zuneigung nicht eifersüchtig zu reagieren. Oft sind auch hier separate Treffen mit diesem Subsystem sinnvoll. Sie ermöglichen leiblichen Eltern und Kindern, ihre Fragen und Probleme in Ruhe zu besprechen, ohne dass sie vom Stiefelternanteil beobachtet werden oder sich vor diesem rechtfertigen müssen. Zugleich wird dadurch der großen Bedeutung dieses Subsystems entsprochen. Manchmal ist es sogar sinnvoll, die Intensität der Beziehung zwischen leiblichem Elternteil und seinen Kindern zu akzeptieren, wenn Interventionen zur Reduzierung der Stärke dieser Bindung auf zu große Widerstände einer oder beider Seiten stoßen würden.

Oftmals ist es notwendig, mit den Kindern (separat) die Trennung und Scheidung ihrer Eltern bzw. den Tod eines Elternteils durchzusprechen. Sie benötigen Hilfe beim Definieren ihrer Beziehungen zu den leiblichen Eltern, dem Stiefelternanteil, den Stiefgeschwistern, alten und neuen Verwandten. Ist der Kontakt zum außen stehenden Elternteil abgebrochen, werden diesbezügliche Gefühle der Kinder geklärt (Trauerarbeit, Aufzeigen einer unangemessenen Idealisierung usw.). Ferner müssen häufig die Beziehungen zwischen Stiefgeschwistern neu geordnet werden. So werden z.B. Geschwisterneid und Eifersucht reduziert, Konflikte gelöst oder bei erotischer Anziehung entsprechende Grenzen gezogen. Manchmal ist es auch sinnvoll, Stiefkinder auf die Geburt eines gemeinsamen Kindes ihrer Eltern vorzubereiten und ihre Ängste anzusprechen.

Haben Kinder als Reaktion auf Familienkonflikte, die Trennung bzw. Scheidung der Eltern, die Zuweisung nicht altersgemäßer Rollen usw. Verhaltensauffälligkeiten oder Symptome ausgebildet, können Berater/innen auf das übliche Repertoire an therapeutischen Verfahren und Techniken zurückgreifen. Oft kann eine Ausstoßung des Symptomträgers aus dem

Familiensystem verhindert werden. Ist eine Fremdplatzierung unvermeidbar, so wird diese in die Wege geleitet.

Abschließend soll noch darauf hingewiesen werden, dass viele Stieffamilien, mit denen Sozialpädagogen/innen zu tun bekommen, Multiproblemfamilien sind. Hier kommen z.B. Erziehungsschwierigkeiten, Schulversagen, Ausstoßungstendenzen, Arbeitslosigkeit, Überschuldung u.Ä. zusammen. In diesen Fällen sind oft eine längerfristige Betreuung durch den Allgemeinen Sozialen Dienst (Barth 1993) oder eine Sozialpädagogische Familienhilfe (Uhl 1993) angezeigt.

Literatur

- Barth, E.: Die Aufgaben des Allgemeinen Sozialen Dienstes bei der Beratung von Stieffamilien. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Beratung von Stieffamilien. Von der Selbsthilfe bis zur sozialen Arbeit. München: DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut 1993, S. 49–60
- Blüml, H./Gudat, U./Schattner, H.: Ergebnisse des Projektes »Erweiterte Familiensysteme und Soziale Arbeit«. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Beratung von Stieffamilien. Von der Selbsthilfe bis zur sozialen Arbeit. München: DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut 1993, S. 3–46
- Browning, S.: Treating stepfamilies: Alternatives to traditional family therapy. In: Pasley, K./Ihinger-Tallman, M. (Hrsg.): Stepparenting. Issues in theory, research, and practice. Westport: Greenwood Press 1994, S. 175–197
- Burt, M.S./Burt, R.B.: Stepfamilies. The step by step model of brief therapy. New York: Brunner/Mazel 1996
- Dresler, W.: Systemische Familien- und Erziehungsberatung mit Alleinerziehenden. In: Hahn, K./Müller, F.-W. (Hrsg.): Systemische Erziehungs- und Familienberatung. Wege zur Förderung autonomer Lebensgestaltung. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag 1993, S. 115–122
- Engstler, H.: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland. Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1997
- Ermert, C./Klinkner, M./Sander, E.: Elterntraining für allein erziehende Mütter. In: Perrez, M./Lambert, J.-L./Ermert, C./Plancherel, B. (Hrsg.): Familie im Wandel. Famille en transition. Fribourg: Universitätsverlag Freiburg Schweiz 1995, S. 96–105
- Friedl, I.: Die vielfältigen Beziehungen in Fortsetzungsfamilien. Stieffamilien als Zielgruppe der Bildungsarbeit. In: Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung e.V. (Hrsg.): Familienbildung – Familienpastoral. Aus der Sicht von morgen Projekte für heute. Bonn: Selbstverlag 1994, S. 147–162
- Ganong, L.H./Coleman, M.: A meta-analytic comparison of the self-esteem and behavior problems of stepchildren to children in other family structures. Journal of Divorce and Remarriage 1993, 19 (3/4), S. 143–163
- Griebel, W.: Neue Partnerschaft und Stieffamilie. In: Fthenakis, W.E. (Hrsg.): Mehr Zeit für Kinder. Auch nach Trennung und Scheidung. Frankfurt/Main: Mehr Zeit für Kinder e.V. 1991, S. 35–37
- Heiliger, A.: Zur Sozialisationskompetenz der Mutter-Kind-Familie. In: Böllert, K./Otto, H.-U. (Hrsg.): Die neue Familie. Lebensformen und Familiengemeinschaften im Umbruch. Bielefeld: KT-Verlag 1993, S. 73–83
- Kaslow, F.W.: Der Scheidungsprozess – Entwicklungsstufen, Dynamik, Behandlung und differentielle Auswirkungen. In: Textor, M.R. (Hrsg.): Hilfen für Familien. Ein Handbuch für psychosoziale Berufe. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2. Aufl. 1992, S. 312–342
- Knaub, P.K./Hanna, S.L./Stinnett, N.: Strengths of remarried families. Journal of Divorce 1984, 7 (3), S. 41–55
- Krähenbühl, V./Jellouschek, H./Kohaus-Jellouschek, M./Weber, R.: Stieffamilien. Struktur – Entwicklung – Therapie. Freiburg: Lambertus, 2. Aufl. 1987
- Krüsselberg, H.-G./Auge, M./Hilzenbecher, M.: Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets. Die Ansatzpunkte der »Neuen Haushaltsökonomien« für Familienpolitik. Stuttgart: Kohlhammer 1986
- Kübler-Ross, E.: Interviews mit Sterbenden. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 16. Aufl. 1992
- Masson, J./Norbury, D./Chatterton, S.G.: Mine, yours or ours? A study of step-parent adoption. London: Her Majesty's Stationary Office 1983
- Martin, D./Martin, M.: Stepfamilies in therapy: Understanding systems, assessment, and intervention. San Francisco: Jossey-Bass 1992

- Nielsen, H./Nielsen, K.: Sozialpädagogische Familienhilfe. In: Textor, M.R. (Hrsg.): Hilfen für Familien. Ein Handbuch für psychosoziale Berufe. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2. Aufl. 1992, S. 438–448
- Papernow, P.L.: Becoming a stepfamily. Patterns of development in remarried families. San Francisco: Jossey-Bass 1993
- Permien, H.: Zwischen Existenznöten und Emanzipation – Allein erziehende Eltern. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Wie geht's der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute. München: Kösel 1988, S. 89–97
- Reich, G.: Probleme von Zweitfamilien in der familientherapeutischen Praxis. In: Horstmann, J. (Hrsg.): Stieffamilie/Zweitfamilie. Reflexionen über einen an gesellschaftlicher Bedeutung zunehmenden Familientypus. Graftschafft: Vektor 1994, S. 149–174
- Sander, E.: Kinder allein erziehender Eltern. In: Markefka, M./Nauck, B. (Hrsg.): Handbuch der Kindheitsforschung. Neuwied: Luchterhand 1993, S. 419–427
- Sorber, P.: Krisen und Belastungen Alleinerziehender und daraus erwachsender Unterstützungsbedarf. In: Rehling, B./Reinbold, B./Spätling, M. (Hrsg.): Jugendhilfe und Alleinerziehende. Ein Tagungsreader. Frankfurt/Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik 1989, S. 5–16
- Sozialdienst Katholischer Frauen – Zentrale e.V.: Trennung/Scheidung. Kinder in Einelternfamilien. Dortmund: Selbstverlag 1988
- Textor, M.R.: Integrative Familientherapie. Eine systematische Darstellung der Konzepte, Hypothesen und Techniken amerikanischer Therapeuten. Berlin: Springer 1985
- Textor, M.R.: Scheidungszyklus und Scheidungsberatung. Ein Handbuch. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1991a
- Textor, M.R.: Teilfamilien: Strukturen, Probleme, Beratung. Soziale Arbeit 1991b, 40, S. 358–365
- Textor, M.R.: Stieffamilien: Entwicklung, Charakteristika, Probleme. Unsere Jugend 1993a, 45, S. 33–44
- Textor, M.R.: Beratung von Stieffamilien. Soziale Arbeit 1993b, 42, S. 52–55
- Textor, M.R.: Das Buch der Familientherapie. Sechs Schulen in Theorie und Praxis. Eschborn: Klotz, 4. Aufl. 1997
- Uhl, A.-L.: Die Arbeit der Sozialpädagogischen Familienhilfe in neu zusammengesetzten Familien. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Beratung von Stieffamilien. Von der Selbsthilfe bis zur sozialen Arbeit. München: DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut 1993, S. 91–102
- Vemer, E./Coleman, M./Ganong, L.H./Cooper, H.: Marital satisfaction in remarriage: A meta-analysis. Journal of Marriage and the Family 1989, 51, S. 713–725
- Verband allein stehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (Hrsg.): Allein erziehend. Tips und Informationen vom VAMV. Bonn: Selbstverlag, 9. Aufl. 1996
- Visher, E.B./Visher, J.S.: Stiefeltern, Stiefkinder und ihre Familien. Probleme und Chancen. München: Psychologie Verlags Union 1987

Pflege- und Adoptivfamilien

Bei Familienpflege und Adoption übernehmen Erwachsene die »soziale Elternschaft« für von ihnen nicht gezeugte Kinder – im ersten Fall für eher kurze Zeit oder (rechtlich) bis zur Volljährigkeit (bzw. auf Antrag spätestens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres), im zweiten Fall auf Lebenszeit wie bei leiblichen Kindern. In der Regel handelt es sich um Kinder, die von ihren biologischen Eltern aus einer Vielzahl möglicher Gründe nicht selbst erzogen werden konnten (z.B. wegen Tod/Krankheit, Erziehungsunfähigkeit, Überforderung, fehlender Beziehung zum Kind, sozialer Notlagen u.v.a.m.), die verlassen oder verstoßen wurden bzw. die wegen Vernachlässigung, Misshandlung, sexuellem Missbrauch oder anderen zwingenden Gründen aus ihren Herkunftsfamilien herausgenommen werden mussten.

Die Familienpflege ist eine Jugendhilfemaßnahme; sie wird dementsprechend weitgehend im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) geregelt. Bei der Adoption handelt es sich hingegen um eine Form der Familiengründung; die rechtlichen Grundlagen finden sich überwiegend im Adoptionsgesetz des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Das Kind wird von den Erwachsenen als (gemeinschaftliches) eheliches Kind angenommen; seine Rechtsstellung entspricht derjenigen eines leiblichen Kindes (Volladoption). Mit Vollzug der Adoption durch das Vormundschaftsgericht (Dekretsystem) erlöschen alle verwandtschaftlichen Beziehungen zu den leiblichen Eltern und anderen Angehörigen sowie die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten. Bei der vorherrschenden Inkognitoadoption – im Gegensatz zu offenen Formen der Adoption (vgl. Paulitz 1997; Textor 1991) – bestehen keinerlei Kontakte zur Herkunftsfamilie fort.

Unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten hat es sich bewährt, folgende »Gruppen« von Adoptionen zu unterscheiden (Textor 1996):

- unproblematische Adoptionen von in Deutschland geborenen Säuglingen,
- Adoptionen älterer, in Deutschland geborener Kinder, die aufgrund ihrer Vorgeschichte häufig Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen aufweisen,
- Adoptionen behinderter oder chronisch kranker Kinder,
- Adoptionen aus dem Ausland (zumeist der »Dritten Welt«) stammender Säuglinge,
- Adoptionen ausländischer älterer Kinder, die aufgrund ihrer Vorgeschichte oft unterernährt, krank, traumatisiert, psychisch gestört, entwicklungsverzögert oder verhaltensauffällig sind und sich häufig nur schwer eingewöhnen,
- Pflegekindadoptionen sowie
- Stiefkindadoptionen, die einen Sonderfall bilden und an dieser Stelle nicht behandelt werden (siehe Kapitel »Teil- und Stieffamilien«).

Jedes Jahr werden nur noch etwa 3.500 Fremdadoptionen vollzogen. Im Vergleich hierzu werden pro Jahr rund 11.000 Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien platziert, wobei es sich aber in circa 2.000 Fällen um Verwandtenpflege handelt. Generell lassen sich folgende Formen der Familienpflege unterscheiden:

- Dauerpflege,
- Wochenpflege (die Kinder sind an den Wochenenden bei den leiblichen Eltern),
- Kurzzeitpflege,
- Bereitschaftspflege für Kinder, die z.B. im Rahmen der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII unmittelbar bis zur Klärung des weiteren Hilfebedarfs untergebracht werden müssen (siehe hierzu Blüml 1995),
- Erziehungs- bzw. Sonderpflegestellen mit besonderer Qualifikation der Pflegeeltern für stark verhaltensgestörte oder behinderte Kinder (siehe hierzu Kronenberger/Thon 1995) sowie
- Pflegenester, in denen mehrere Pflegekinder leben und in denen Personen mit einem entsprechenden Berufsabschluss (z.B. als Erzieher/innen, Sozialpädagoge/innen oder Lehrer/innen) gezielt ihre fachlichen und menschlichen Kompetenzen für deren Erziehung einsetzen.

Im Folgenden werde ich mich auf die Dauerpflege beschränken. Sie kann je nach den Erfordernissen des Einzelfalles gemäß § 33 Satz 1 SGB VIII eine »zeitlich befristete Erziehungshilfe« oder »eine auf Dauer angelegte Lebensform« sein. Im ersten Fall spricht man auch von der Pflegefamilie als »Ergänzungsfamilie«, im zweiten Fall von ihr als »Ersatzfamilie«. Nach vielen empirischen Forschungsergebnissen (zusammengefasst z.B. in Textor 1993b, 1995a) kann man davon ausgehen, dass die letztgenannte Form überwiegt. Hier haben die Pflegekinder keinen oder kaum Kontakt zu den leiblichen Eltern, ist die Rückkehroption nicht gegeben. Problematisch ist, dass zum Zeitpunkt der Inpflegegabe nur schwer deren voraussichtliche Dauer abgeschätzt werden kann. Dazu müssen z.B. Qualität und Intensität der Eltern-Kind-Beziehung und Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation in der Herkunftsfamilie genau untersucht werden. Deutlich wird, dass der Prognose und der Erstellung eines Hilfeplans eine große Bedeutung zukommt (siehe hierzu Heindl 1995).

Probleme von Pflegefamilien

Vielen Pflegefamilien fällt es nicht leicht, ein akzeptables Selbstverständnis von ihrer Funktion und Rolle zu entwickeln. Auf der einen Seite haben die meisten Pflegeeltern das Bedürfnis, »sich als ganz normale Familie zu verstehen und ihr Pflegekind als quasi eigenes Kind zu betrachten« (Goldbeck 1984, S. 313). In ihrem Erleben gehört das Pflegekind – einige Zeit nach seiner Platzierung – zur Familie, nehmen sie die Vater- und Mutterrolle ihm gegenüber wahr. Auf der anderen Seite sind sie rechtlich gesehen nicht die Eltern des Pflegekindes; die Elternrechte verbleiben in der Regel bei den leiblichen Eltern oder liegen bei einem Vormund. Hinzu kommt, dass die Pflegeelternschaft immer zeitlich begrenzt und oft von unbestimmter Dauer ist – selbst seit vielen Jahren bestehende Pflegeverhältnisse werden manchmal von Jugendamtsmitarbeiter/innen für die Pflegeeltern überraschend und unverständlich aufgelöst. Außerdem sind Pflegepersonen nach § 37 Abs. 1 SGB VIII verpflichtet, mit den

leiblichen Eltern zum Wohle des Kindes oder des Jugendlichen zusammenzuarbeiten, was natürlich ebenfalls die Vorstellung, eine ganz normale Familie zu sein, infrage stellt. Schließlich haben viele Pflegekinder Kontakt zu den leiblichen Eltern. Sie erleben sich als Mitglied zweier Familiensysteme (doppelte Elternschaft).

Voller Widersprüche ist aber auch das Verhältnis der Pflegeeltern zum Jugendamt: Einerseits führen erstere die Jugendhilfemaßnahme »Vollzeitpflege« (§ 33 SGB VIII) durch, sind Pflegefamilien also eine Institution der Jugendhilfe und damit Partner des Jugendamtes. Andererseits wird ihnen im Gegensatz zu anderen Trägern der Jugendhilfe eine Beratungs- und Unterstützungsbedürftigkeit unterstellt (vgl. § 37 Abs. 2 SGB VIII), unterliegen sie in höherem Maße der Kontrolle durch das Jugendamt (siehe § 37 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII). So schreibt Heitkamp (1989): »Mit jedem Hausbesuch in der Pflegefamilie wird zugleich auch deren Doppelrolle innerhalb der Jugendhilfe offenbart: sie ist Teil des Jugendhilfeangebots und gleichzeitig auch Klient derselben« (S. 108).

Oft ist das Verhältnis zwischen Pflegeeltern und Jugendamt von Anfang an problematisch. So werden viele Pflegekinder in einer akuten Krisensituation aus der Herkunftsfamilie herausgenommen. Dementsprechend plötzlich erfolgt die Inpflegegabe – und trifft die Pflegeeltern unvorbereitet. Es fehlt die Zeit für eine langsame Kontaktabahnung und eine bewusste Entscheidung für das Kind. Problematisch ist aber auch, wenn die Pflegeeltern nur wenige Informationen über die Vorgeschichte des Kindes (traumatische Ereignisse), seinen Entwicklungsstand (Verhaltensauffälligkeiten), seine Beziehung zu den leiblichen Eltern und seine Familienverhältnisse erhalten. Dadurch wird es ihnen unnötig erschwert, das Verhalten und Erleben ihres Pflegekindes zu verstehen. Hinzu kommt, dass häufig Pflegeeltern und Pflegekind über die voraussichtliche Dauer des Pflegeverhältnisses und die Wahrscheinlichkeit der Rückführung in die Herkunftsfamilie im Unklaren gelassen werden (oft wegen mangelhafter Hilfeplanung bzw. fehlender Einbindung in dieselbe; vgl. § 36 SGB VIII). Dies erschwert den Pflegeeltern die Beziehungsaufnahme und Erziehung, während das Pflegekind existenziell verunsichert ist, weil es nicht weiß, zu welcher Familie es nun gehört und wie verlässlich das Beziehungsangebot der Pflegepersonen ist. Insbesondere bei Kindern, die schon zuvor fremdplatziert wurden und sich als Spielball unbekannter Mächte (Jugendamtmitarbeiter/innen, Vormundschaftsrichter/innen usw.) erlebt haben, kann hierdurch eine bereits bestehende Bindungsunsicherheit verstärkt werden. Wurden sie von den leiblichen Eltern misshandelt oder sexuell missbraucht, bleibt die Angst vor ihnen, da sie immer mit einer Rückführung in die Herkunftsfamilie rechnen.

Aufgrund der plötzlichen Inpflegegabe, der abrupten Trennung von Geschwistern und anderen Verwandten, der unsicheren Lebensperspektive und insbesondere früherer Beziehungsabbrüche und Traumata, die oft beim Pflegekind große psychische Probleme und Verhaltensauffälligkeiten auslösten, ist die Eingewöhnungszeit in der Regel eine Phase der Erziehungsschwierigkeiten und Umstrukturierungen. Die Pflegefamilien werden mit »Problemkindern« konfrontiert, die andere Wertorientierungen, Verhaltensmuster und Umgangsformen mitbringen, die einen anderen Lebens- und Erziehungsstil gewöhnt sind. Diese Unterschiede werden oft dadurch mitbedingt, dass die meisten Kinder bei der Inpflegegabe aus Unterschichts- in Mittelschichtsfamilien wechseln. So werden häufig große Anpassungsprobleme erlebt. Hinzu kommt, dass sich die Pflegefamilien umstrukturieren müssen, um das Pflegekind als neues Mitglied – mit Sonderstatus – zu integrieren. Die leiblichen Kinder oder andere Pflegekinder in der Familie müssen nun die Eltern mit einer anderen Person teilen, die zunächst deren Zeit und Energie im Übermaße beansprucht. »Geschwisterrivalität« und damit

verbundene Konflikte treten folglich häufig auf.

Generell werden drei Phasen der Integration von Pflegekindern unterschieden (Heinze 1995; Nienstedt/Westermann 1989):

1. In der Orientierungsphase halten sich die Kinder aus Angst und Unsicherheit zurück. Sie passen sich oberflächlich an, ordnen sich unter und sind gehorsam.
2. In der Aktionsphase testen sie die Festigkeit der Beziehung zu den Pflegeeltern, indem sie diese beschimpfen, aggressiv sind, Wutausbrüche haben usw. Auf diese Weise prüfen sie, ob sie von den »neuen Eltern« wirklich geliebt werden oder ob diese sie dann auch loswerden wollen. Oft werden dabei frühere familiäre Beziehungsformen in der Übertragungsbeziehung zu den Pflegeeltern wiederholt, werden alte Ängste und Traumata wiederbelebt sowie verdrängte Gefühle und abgewehrte Bedürfnisse freigesetzt. Die Pflegeeltern benötigen in dieser Phase ein großes Einfühlungsvermögen und gute Nerven. Können sie mit der Übertragung umgehen, können die Kinder ihre Vergangenheit verarbeiten, machen sie korrigierende Erfahrungen.
3. In der Regressionsphase zeigen Pflegekinder ein für frühere Entwicklungsstufen typisches Verhalten. »In dieser Phase zeigt das Kind deutlich sein Bedürfnis, Kind der Eltern zu werden. Es geht dabei immer weiter in die Regression zurück, bis es ihm möglich ist, eine »rituelle« oder »soziale Geburt« zu vollziehen« (Heinze 1995, S. 61). Hier wirkt sich positiv aus, wenn die Pflegeeltern das regressive Verhalten annehmen können.

Durchlaufen Pflegekinder diese drei Phasen erfolgreich, entstehen enge Bindungen an die Pflegeeltern. Das Leben in der Pflegefamilie wird zum zweiten Anlauf: »Insofern ist die Sozialisation in der Ersatzfamilie nicht nur ein neues Kapitel in der Lebensgeschichte, sondern so etwas wie der Versuch, die Lebensgeschichte noch einmal neu zu schreiben« (Nienstedt/Westermann 1988, S. 123).

Offensichtlich ist, dass damit eine für viele leibliche Eltern schwer zu ertragende Situation entsteht: Sie fühlen sich durch die Pflegeeltern aus dem Leben ihres Kindes herausgedrängt und haben Angst, dieses endgültig zu verlieren. Da es in ihrem Erleben *ihr* Kind bleibt, können sie nicht verstehen, wieso es die Pflegepersonen mehr liebt als sie und weshalb es nach einer längeren Zeit in der Pflegefamilie nicht zu ihnen zurück will, wenn sie seine Rückführung beantragen. Manche Herkunftsfamilien kämpfen dann um ihr Kind (auch mit juristischen Mitteln), werben um seine Gunst (indem sie es z.B. bei Besuchen mit Geschenken überschütten) oder versuchen, es gegen die Pflegeeltern aufzuwiegen und es damit für sich zu gewinnen. Hier wird deutlich, dass für die leiblichen Eltern mit der Inpflegegabe eine widersprüchliche Situation entsteht: Sie bleiben Eltern, während andere Menschen ihre Elternfunktionen übernehmen. Das bedeutet auch: »Es gibt keine eindeutigen Rollenzuweisungen für abgebende Eltern. Ob sie ihr Kind festhalten oder loslassen – beides kann falsch sein« (Wiemann 1994, S. 17).

Mit zunehmender Integration in die Pflegefamilie wird es auch für die Kinder immer schwerer, die Bindung an die leiblichen Eltern aufrechtzuerhalten oder gar auszubauen. Dies gilt umso mehr, je jünger die Kinder zum Zeitpunkt der Inpflegegabe waren. Nach Goldstein, Freud und Solnit (1982) sind die Beziehungen zu den leiblichen Eltern kaum noch von Bedeutung, wenn ein Kind unter drei Jahren etwa ein Jahr bzw. ein älteres Kind circa zwei Jahre lang in einer Pflegefamilie lebte. Ältere Kinder mit häufigem Kontakt zu den leiblichen Eltern werden jedoch vielfach in Loyalitätskonflikte gestürzt, wenn sie sich zwischen Pflege-

und Herkunftsfamilie entscheiden sollen oder wenn beide Seiten um sie konkurrieren und einander schlecht machen. Letzteres ist vor allem ein Problem bei Pflegeeltern, die sich als die weitaus »besseren« Eltern sehen und nicht verstehen können, was die leiblichen Eltern ihren Kindern angetan haben. Sie verhalten sich dann oft auch überheblich gegenüber den leiblichen Eltern, was deren Unsicherheit und Gefühl, versagt zu haben, verstärken oder zu aggressiven Reaktionen führen kann. Mit der Abwertung seiner Herkunft fühlt sich jedoch zugleich das Pflegekind herabgesetzt. Dies kann sich negativ auf sein Selbstbild und Selbstbewusstsein auswirken, aber auch dazu führen, dass es seine leiblichen Eltern in Schutz nimmt, was von den Pflegeeltern als Distanzierung erlebt wird.

Für die psychische und emotionale Entwicklung von Pflegekindern ist positiv, wenn Herkunfts- und Pflegefamilie einander tolerieren oder gar zusammenarbeiten. Viele Pflegekinder erleben Besuche bei den leiblichen Eltern positiv; ältere Kinder halten auch von sich aus Kontakt (vielfach zugleich zu anderen Verwandten und Bekannten aus dem Herkunftsmilieu). Werden durch die Besuche alte Konflikte wieder aufgebrochen, kann den Kindern bei deren Verarbeitung besser geholfen werden, wenn die Pflegeeltern mit den leiblichen Eltern kooperieren. Eine gute Beziehung zwischen den Erwachsenen wirkt sich außerdem dann positiv aus, wenn Pflegekinder versuchen, beide Seiten gegeneinander auszuspielen.

Hier wird deutlich, dass es auch nach der Eingewöhnungsphase in vielen Pflegefamilien große Probleme gibt. Dazu gehören zum Teil erhebliche Erziehungsschwierigkeiten, die durch die großen Vorbelastungen der Pflegekinder mitbedingt werden – insbesondere von solchen, die zum Zeitpunkt der Inpflegegabe schon älter waren. Viele Pflegekinder kennen keine Grenzen, wollen sofortige Bedürfnisbefriedigung, sind aggressiv, provozieren und verletzen ihre Pflegeeltern oder kapseln sich ab und wirken unerreichbar. Einige lügen, stehlen, schwänzen die Schule, sind gewalttätig oder missbrauchen Suchtmittel. Persönlichkeitsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten wie motorische Unruhe, Nervosität, Autoaggressionen, Überangepasstheit u.Ä. treten häufig auf. Hinzu kommen ein negatives Selbstbild und Zweifel am eigenen Wert: »Viele Pflegekinder sehen sich als Kinder zweiter Klasse, weil sie einerseits Kind von schlecht angesehenen Eltern und andererseits auch kein ›richtiges Kind‹ ihrer Pflegeeltern sind. Gegenüber den leiblichen Kindern in der Pflegefamilie fühlen sie sich weniger wertvoll« (Wiemann 1994, S. 22). Daraus resultieren Geschwisterrivalität und -konflikte.

Aufgrund der Erziehungsschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten konsultieren viele Pflegefamilien Beratungsstellen und frei praktizierende Psycholog/innen. In vielen Fällen scheitern dann aber auch Pflegeverhältnisse, insbesondere im ersten Jahr oder wenn die Pflegekinder in die Pubertät bzw. Adoleszenz gekommen sind und besonders viele Konflikte hervorrufen. So werden zwischen 22% und 40% der jeweils erfassten Pflegeverhältnisse nach verschiedenen Untersuchungen abgebrochen (zusammengefasst bei Textor 1993b, 1995a). Generell treten Pflegestellenabbrüche häufiger auf, wenn die Kinder bei der Inpflegegabe relativ alt waren, zuvor mehrfach fremdplatziert wurden, bindungsschwach oder stark verhaltensgestört sind, den Grund für die Inpflegegabe nicht verstehen und auf diese nicht vorbereitet wurden. Negativ wirkt sich auch aus, wenn die Pflegeeltern sehr jung, sehr alt oder kinderlos sind, über zu wenig erzieherische Kompetenzen verfügen, auf ihre Tätigkeit nicht vorbereitet wurden und wenig Unterstützung (Beratung, Nachbetreuung) erfahren.

Trotz all dieser Probleme überwiegen aber die erfolgreichen Pflegeverhältnisse, in denen Pflegekinder wie leibliche Kinder angesehen werden. Laut wissenschaftlicher Untersuchungen sind sie gut in der Pflegefamilie integriert, fühlen sich in ihr wohl und lieben ihre Pflege-

eltern, mit denen sie nach eigenem Bekunden fast alles besprechen können (vgl. Textor 1993b, 1995a). Viele weisen am Ende des Pflegeverhältnisses keine Verhaltensauffälligkeiten mehr auf und führen anschließend ein »normales« Leben (Fanshel/Finch/Grundy 1990). Generell steigt die Erfolgswahrscheinlichkeit der Dauerpflege, je seltener die Kinder zuvor fremdplatziert waren, wenn die Pflegeeltern gut auf ihre Tätigkeit vorbereitet wurden und fachlich betreut werden, wenn sie bereits zuvor andere Pflegekinder betreut haben und wenn sie mit den leiblichen Eltern zurechtkommen.

Zur sozialpädagogischen Betreuung und Beratung von Pflegefamilien

In den beiden letzten Absätzen wurde schon angedeutet, wie wichtig eine gute Vorbereitung und Nachbetreuung von Pflegefamilien sind. Dem entspricht die Regelung des § 37 Abs. 2 SGB VIII, nach der Pflegepersonen einen Rechtsanspruch auf Beratung und Unterstützung durch das Jugendamt haben. Viele Befragungen zeigen jedoch, dass Vorbereitung und Betreuung von Pflegeeltern zu wünschen übrig lassen (zusammengefasst bei Textor 1995a, siehe auch Textor 1995c) – mitbedingt durch die zu große Zahl von Fällen, die von den einzelnen Jugendamtsmitarbeiter/innen zu verantworten sind, aber auch durch deren oft unzureichende Qualifikation. So ist es berechtigt, eine »doppelte« Professionalisierung im Pflegekinderwesen zu fordern – auf Seiten der Fachkräfte *und* der Pflegeeltern (Textor 1995b).

Sozialpädagoge/innen sollten Bewerber/innen um ein Pflegekind bzw. Pflegeeltern grundsätzlich als kompetente Personen betrachten und als Partner behandeln: Diese sind Maßnahmeträger der Jugendhilfe, nicht aber Klient/innen. Zur Vorbereitung auf ihre schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit sollten für Bewerber/innen Seminare veranstaltet werden, die auch die Form einer Pflegeelternschule oder eines präventiven Elterstrainings annehmen können (Masur 1995). Relevante Inhalte sind u.a.: Pflegeformen, Vermittlungsverfahren, rechtliche und finanzielle Fragen, Herkunft und Entwicklung von Pflegekindern, häufige Probleme in der Eingewöhnungsphase, typische Konfliktsituationen, der Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen (unter Umständen auch mit Behinderungen und chronischen Krankheiten), die Bedeutung der Herkunftsfamilie für das Kind und die Problematik der »doppelten Elternschaft«. Auch ist es wichtig, die Selbstreflexion der Teilnehmer/innen zu fördern – beispielsweise hinsichtlich ihrer Motive für die Aufnahme eines Pflegekindes, ihrer Bedürfnisse und Erwartungen. Sehr sinnvoll ist der Austausch mit erfahrenen Pflegeeltern.

Solche Vorbereitungsseminare können auch von freien Trägern der Jugendhilfe oder freiberuflich tätigen Fachleuten (Heinze 1995) angeboten werden. Dann lässt sich oft der Umgang mit dem Jugendamt leichter thematisieren – z.B. dass Bewerber/innen darauf bestehen sollten, als gleichberechtigte Partner behandelt und in die Hilfeplanung einbezogen zu werden.

Steht ein Kind für eine Inpflegegabe an, sollten nicht nur seine Eltern und das (ältere) Kind selbst angemessen an der Entscheidung und Hilfeplanung beteiligt werden, sondern auch die in Frage kommenden Pflegepersonen (§ 36 SGB VIII; vgl. Heindl 1995). Auf diese Weise erhalten die Pflegeeltern schon viele Informationen über das Kind und seine Familienverhältnisse. Oft kann bereits zu diesem Zeitpunkt mit beiden Seiten festgelegt werden, wo die soziale Zugehörigkeit des Kindes langfristig liegen soll. Ist z.B. abzusehen, dass dies die

Pflegefamilie sein wird, sollte schon bei der Hilfeplangestaltung den leiblichen Eltern verdeutlicht werden, dass eine Rückführung ihres Kindes nach mehreren Jahren in der Regel unmöglich ist, da dies dem Kindeswohl widersprechen würde.

Generell soll der Hilfeplan laut § 36 Abs. 2 SGB VIII regelmäßig überprüft werden. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraumes nicht möglich – als angemessen gelten bis zu zwei Jahre (Lakies 1991) –, so soll mit den beteiligten Personen eine auf Dauer angelegte Lebensperspektive für das Kind erarbeitet werden (§ 37 Abs. 1 SGB VIII). Das bedeutet in der Regel, dass das Kind in seiner Pflegefamilie verbleibt, sofern es dort gut integriert ist und sich positiv entwickelt, die Pflegeeltern einverstanden sind und das Kindeswohl gewahrt wird. Die weitaus meisten Fachleute sind der Meinung, dass ein Kind nicht mehr aus der Pflegefamilie herausgenommen werden soll, wenn es dort länger als zwei Jahre lebt und diese zur Ersatzfamilie geworden ist (siehe z.B. Goldstein/Freud/Solnit 1982; Nienstedt/Westermann 1989; Wiemann 1994). Hier wird deutlich, dass der Inpflegegabe eine einzigartige Bedeutung zukommt: »Familienunterbringung kann nicht einfach gleichgesetzt werden mit anderen Jugendhilfemaßnahmen, z.B. einer Unterbringung im Heim. In einer Pflegefamilie zu leben, bedeutet für das kleine Kind, dass es sich festlegt, sich bindet wie an Vater und Mutter« (Wiemann 1997, S. 232). Die leiblichen Eltern sollten dann durch Beratung motiviert werden, es freizugeben, ihm ausdrücklich zu sagen, dass es in der Pflegefamilie auf Dauer bleiben darf. Damit werden dem Kind Loyalitätskonflikte und Schuldgefühle erspart. Allerdings kommt es noch immer vereinzelt vor, dass Kinder nach mehreren Jahren in der Ersatzfamilie rückgeführt werden, da der rechtliche Schutz vor einer willkürlichen Herausnahme aus der Pflegefamilie noch unbefriedigend ist (siehe hierzu Lakies 1991).

Wird ein Kind in Pflege gegeben, benötigen die Pflegeeltern (vorab) alle verfügbaren Informationen über seine Familienverhältnisse, Vorerfahrungen, Entwicklung, Verhaltensauffälligkeiten usw., über die Person der leiblichen Eltern, deren Beziehung und Erziehungsstil. Es ist sinnvoll, wenn sich Pflegeeltern und Herkunftsfamilie möglichst frühzeitig kennen lernen, sodass sich erstere einen persönlichen Eindruck von letzteren verschaffen können und auch schon über Besuchskontakte u.Ä. gesprochen werden kann. Viele Vorinformationen und eigene Erfahrungen mit den leiblichen Eltern erleichtern es den Pflegeeltern, das Verhalten des Kindes, insbesondere während der oft konfliktreichen Eingewöhnungsphase (s.o.), zu verstehen. Auch können Trennungserfahrungen, Traumata und Übertragungen leichter aufgearbeitet werden. »Tatsächlich gelingt den Pflegekindern häufig die Integration in die Pflegefamilie und die Aufnahme neuer Bindungen umso leichter, je offener und verständnisvoller die Pflegeeltern mit ihnen über ihre Herkunftseltern und die Gründe der Inpflegegabe sprechen und je mehr sie Kontakte zwischen Herkunftseltern und Pflegekindern zulassen und fördern – ohne die Kinder allerdings zu solchen Kontakten zu zwingen« (Deutsches Jugendinstitut 1987, S. 361).

Falls möglich, sollte ein Kind nicht plötzlich in die Pflegefamilie platziert werden – unter Umständen kann eine Bereitschaftspflege oder ein kurzer Heimaufenthalt dazwischengeschaltet werden, wenn es unverzüglich aus der Herkunftsfamilie herausgenommen werden muss. Dann ist eine behutsame Kontaktabahnung möglich, kann das Kind, eventuell in Begleitung einer vertrauten Bezugsperson, die Pflegeeltern beim Spiel oder einer gemeinsamen Unternehmung kennen lernen. Die ersten Beziehungserfahrungen können mit beiden Seiten reflektiert werden; sind sie negativ, kann noch eine andere Pflegefamilie gesucht

werden.

In der Eingewöhnungsphase ist eine intensive Betreuung der Pflegefamilie nahezu unverzichtbar. Zum einen benötigen die Pflegeeltern Unterstützung, wenn das Kind ausagiert, die Beziehung zu den »neuen Eltern« testet oder regrediert. Es muss ihnen geholfen werden, wenn sie Persönlichkeitszüge und Verhaltensweisen nicht verstehen oder nicht wissen, wie sie mit Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten umgehen sollen. Zum anderen sollten die Fachkräfte versuchen, eine möglichst konfliktfreie Beziehung zwischen Pflege- und Herkunftsfamilie herzustellen. Ferner kann eingegriffen werden, wenn es Probleme mit leiblichen Kindern gibt (z.B. Geschwisterrivalität oder Enttäuschung, weil das Pflegekind nicht der versprochene gute Spielkamerad ist, weil es viel kaputtmacht oder häufig Streit anfängt). »Pflegeeltern haben es schwer, dann keine enge Koalition mit dem leiblichen Kind einzugehen und damit beim Pflegekind das Gefühl noch zu verstärken, nicht dazu zu gehören. Das Pflegekind bekommt in der Familie nur einen Platz, wenn Pflegeeltern das leibliche Kind ein Stück loslassen, ihm beispielsweise zutrauen, mit dem schwierigen Sozialverhalten des Pflegekindes leben zu lernen und die Konflikte auszutragen« (Wiemann 1994, S. 22). Auch kann der Sonderstatus des Pflegekindes betont werden: Es muss nicht genauso wie leibliche Kinder behandelt werden; die realen Unterschiede zwischen ihnen sollten nicht vertuscht werden.

Da in sehr vielen Fällen Probleme auch nach der Eingewöhnungsphase fortbestehen oder neu bzw. verstärkt auftreten, ist eine als langfristig und dynamisch konzipierte Nachbetreuung von Pflegefamilien unerlässlich. Sie sollte auf einem partnerschaftlichen Verständnis beruhen – auch Pflegeeltern sind »Experten« – und zugleich dazu dienen, die zuvor geschaffene Vertrauensbasis auf Dauer zu erhalten. Folgende Formen der Nachbetreuung haben sich bewährt (Büch 1995):

- Einzelveranstaltungen für Pflegeeltern,
- Kurse/Seminare,
- Pflegeelterngruppen/-stammtische,
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für selbstorganisierte Pflegeelterngruppen/-initiativen,
- Feste,
- Wochenendfreizeiten/Freizeitseminare,
- Einzelberatung sowie
- Hausbesuche.

Der Schwerpunkt der Nachbetreuung liegt in der Regel beim persönlichen Gespräch mit den Pflegeeltern über die Beziehung des Pflegekindes zu ihnen und den leiblichen Eltern, über dessen Entwicklung und Schulleistungen, über auftretende Verhaltensauffälligkeiten und andere Probleme. Die Pflegeeltern werden beraten, wie sie z.B. mit traumatischen Vorerfahrungen des Kindes oder Konflikten mit der Herkunftsfamilie umgehen könnten. Bei Verhaltensstörungen, Behinderungen oder Entwicklungsverzögerungen müssen oftmals auch Psychologen, Psychotherapeuten, Ärzte, Logopäden, Heilpädagogen oder andere Fachleute eingeschaltet werden (Textor 1995c). Bei gestörten Familienstrukturen und -prozessen ist oftmals eine Familientherapie oder -beratung indiziert (Kaiser 1995).

Viel Wert sollte auch auf die Arbeit mit dem (älteren) Pflegekind gelegt werden. So benötigt es z.B. Unterstützung bei der Verarbeitung von Vorerfahrungen in der Herkunftsfamilie, im Umgang mit der doppelten Elternschaft (Vermeidung von Loyalitätskonflikten) und

beim Aufbau einer positiven Identität. Die Fachkraft sollte immer wieder Einzelgespräche mit dem Pflegekind führen, dabei eine offene Atmosphäre schaffen und auf Wunsch bestimmte Gesprächsinhalte vertraulich behandeln. Manchmal ist es auch sinnvoll, eine Pflegekindergruppe zu gründen. Da »Pflegekinder« nach der Volljährigkeit bzw. dem Ausscheiden aus der Pflegefamilie oftmals große Probleme mit der Berufsausbildung bzw. -aufnahme, der Wohnungssuche und -einrichtung, der Haushaltsführung und dem Umgang mit Geld haben, sollten sie in diesen Fällen auch als Heranwachsende weiterbetreut werden.

Eine wichtige Aufgabe der Fachkraft ist ferner, die Zusammenarbeit zwischen Pflegeeltern und leiblichen Eltern zu fördern (§ 37 Abs. 1 SGB VIII). Häufig ist es recht schwer, ihnen zu verdeutlichen, dass das jeweilige Kind beide Elternpaare liebt und emotionale Bindungen an sie ausgebildet hat, dass sie deshalb einander tolerieren und gemeinsam die Verantwortung für das Wohl des Kindes übernehmen sollten. So sind vielfach zunächst Konflikte zwischen beiden Seiten zu lösen, Eifersuchtsgefühle und Konkurrenzverhalten abzubauen sowie Sabotageversuche zu unterbinden. Dazu sollten Gespräche möglichst mit allen Beteiligten gemeinsam geführt werden. Ferner müssen Häufigkeit, Ort und Ablauf von Besuchskontakten geklärt werden. In diesem Kontext sollte angesprochen werden, dass in der Herkunfts- und in der Pflegefamilie durchaus unterschiedliche Lebensstile und Verhaltensregeln gelten dürfen und dass sich das Kind entsprechend verhalten muss. Dann fällt es ihm z.B. schwerer, die beiden Seiten gegeneinander auszuspielen. Generell sollten die Pflegeeltern auch emotional damit einverstanden sein, dass das Kind seine leiblichen Eltern trifft: »Ein zentrales Beratungsziel ist, dass Pflegeeltern ihre innere Einstellung zu jenen Menschen ändern lernen, die aus einem sozial, ökonomisch und psychisch krisenhaften Leben nicht haben mehr machen können« (Wiemann 1994, S. 30). Oftmals muss ihnen verdeutlicht werden, dass ein Kontaktabbruch für das Pflegekind nicht gut sei, da ihm dann ein Teil seiner Lebensrealität genommen würde. Dadurch würden Verdrängung, Fantasien über die Herkunftsfamilie sowie eine Glorifizierung bzw. Verteufelung der leiblichen Eltern gefördert. Regelmäßige Kontakte ermöglichen es hingegen dem Kind, alte und neue Erfahrungen mit seiner Herkunftsfamilie zu verarbeiten. Bei der Gefahr von Misshandlung oder sexuellem Missbrauch, bei süchtigen Eltern usw. muss das Kind aber von einer Fachkraft bei Besuchen begleitet werden.

Kommt es zu einem Kontaktabbruch, muss dem Pflegekind geholfen werden, diese Situation zu akzeptieren und Gefühle des Verlustes bzw. der Trauer zu verarbeiten. Manchmal können auch Kontakte zu Großeltern oder anderen Verwandten erhalten werden. Zu vermeiden ist, dass das Pflegekind dann seine Herkunft verleugnet und z.B. den Namen der Pflegeeltern tragen will. In diesem Fall sollten diese das Kind ermutigen, zu seiner Herkunft zu stehen und auf seinen »eigenen« Namen stolz zu sein.

Generell ist die Häufigkeit der Besuchskontakte davon abhängig, ob das Pflegekind rückgeführt werden soll oder nicht. Wird dieses angestrebt, sollten die Pflegeeltern emotional akzeptieren, dass sie nur für begrenzte Zeit eine Ergänzungsfamilie sind: »So weit das möglich ist, sollen sie Beziehungen zu der Herkunftsfamilie des Kindes entwickeln, sie in ihre erzieherischen Bemühungen um das Kind einbeziehen, die Erziehung des Kindes zunehmend mehr untereinander aufteilen bis hin zu dem Punkt, an dem die leiblichen Eltern die Erziehung ihres Kindes wieder selbst übernehmen können. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn Pflegeeltern und leibliche Eltern zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zueinander finden. Dies verlangt von den Pflegeeltern ein hohes Maß an psychischer Kraft, Toleranz und Verständnis für die Situation der leiblichen Eltern« (Deutscher Städtetag 1986, S. 17). Es ist

offensichtlich, dass sie hierbei der intensiven Unterstützung durch die Fachkräfte des Pflegekinderdienstes bedürfen.

In solchen Fällen ist es aber auch außerordentlich wichtig, dass intensiv mit den leiblichen Eltern an der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in ihrer Familie gearbeitet wird (§ 37 Abs. 1 SGB VIII; vgl. Andriopoulos 1995). Dies kann durch die Mitarbeiter/innen des Pflegekinderdienstes geschehen. Werden sie jedoch z.B. von den leiblichen Eltern für die Fremdplatzierung des Kindes verantwortlich gemacht und immer wieder verbal attackiert, sollten andere Fachkräfte diese Aufgabe übernehmen – sofern dies sowieso nicht schon der Fall ist. Dann ist die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpädagog/innen sicherzustellen. Neben der Stabilisierung und Verbesserung der Familiensituation, wodurch unter Umständen dann die Gründe für die Inpflegegabe hinfällig werden und eine Rückführung des Pflegekindes möglich wird, geht es bei der Arbeit mit der Herkunftsfamilie um Unterstützung bei der Verarbeitung der Trennung vom Kind, von Schuld-, Trauer- und Ohnmachtsgefühlen. Die Fachkraft sollte bei den leiblichen Eltern die Bereitschaft wecken, die (teilweise) Ablösung ihres Kindes zu tolerieren und dessen neue Bindungen in der Pflegefamilie zu achten. Zeigt sich im Verlauf der Zeit, dass eine Rückführung des Kindes nicht zu vertreten ist, sollte den Eltern geholfen werden, diese Entscheidung zu verstehen und ihre Kinder für die Ersatzfamilie freizugeben.

Zu einer Rückführung sollte es nur kommen, wenn sich die Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie nachhaltig verbessert haben (§ 37 Abs. 1 SGB VIII). Die leiblichen Eltern sollten ihr Fehlverhalten eingesehen haben und darüber mit dem Kind sprechen können (kein Verleugnen oder Verdrängen). Auch muss das Wohl des Kindes sichergestellt sein, darf z.B. die Gefahr von Misshandlung oder Vernachlässigung nicht mehr bestehen. Wichtig ist, dass das Pflegekind gefragt wird, wo es sich emotional und sozial zugehörig fühlt bzw. ob es in die Herkunftsfamilie zurückkehren möchte. Wie bereits erwähnt, sollte bei Kleinkindern die Rückführung möglichst im ersten Jahr der Inpflegegabe, bei älteren Kindern innerhalb der ersten beiden Jahre erfolgen, sofern nicht sehr enge Beziehungen zu den leiblichen Eltern bestehen bzw. aufrechterhalten werden konnten. Sonst sind sie in der Regel bereits zu sehr in der Pflegefamilie verwurzelt, als dass eine Rückführung dem Kindeswohl entsprechen würde.

Generell sollte der Übergang »weich« gestaltet werden: Parallel zur Intensivierung der Kontakte zu den leiblichen Eltern ziehen sich die Pflegeeltern langsam aus dem Leben des Kindes zurück; Besuche bei ihnen sollten aber auch später noch möglich sein. Die Herkunftsfamilie sollte weiterbetreut werden, da das Kind aufgrund seiner Vorerfahrungen oft seinen Eltern gegenüber misstrauisch ist und die Beziehung zu ihnen testet: »Viele rückgeführte Kinder provozieren einen erneuten Beziehungsabbruch. Ihre Eltern, selbst meist früh seelisch verletzte Menschen, haben oft nicht die Ausdauer und sind schnell gekränkt, wenn das Wiederzusammenleben konfliktreich wird. Leibliche Eltern benötigen vor, während und nach der Rückführung ihres Kindes in ihre Familie intensive Begleitung und fachliche Hilfe, damit das neue Zusammenleben nicht wieder scheitert« (Wiemann 1997, S. 236).

Wie erwähnt, kann ein Pflegeverhältnis auch mit einem Pflegestellenabbruch enden. In diesem Fall sollten die Gründe hierfür genau ermittelt werden, sodass eine Fehlplatzierung vermieden wird. Beispielsweise ist manchmal eine Unterbringung in einem heilpädagogischen oder therapeutischen Heim notwendig, wenn die Verhaltensstörungen des Pflegekindes außerordentlich belastend (geworden) sind. Pflegeeltern und Pflegekind benötigen Unterstützung beim Verarbeiten der Erfahrung des Scheiterns und der Trennung.

Deutlich wird, dass die Tätigkeit einer Fachkraft im Pflegekinderdienst sehr vielseitig und anspruchsvoll ist. Sie muss mit dem Pflegekind, seiner Herkunftsfamilie, der Pflegefamilie, anderen psychosozialen Diensten, dem Vormundschaftsgericht und anderen Stellen zusammenarbeiten, deren Verhältnis zueinander oft konflikthaft ist. Sie kann in diesem komplexen Beziehungsgefüge nur bestehen, wenn sie es auf der Grundlage einer umfassenden (systemischen) Theorie analysieren kann sowie über vielfältige sozialpädagogische (und therapeutische) Kompetenzen verfügt.

Zur Situation von Adoptivfamilien

Neben humanitären, sozialen und christlichen Motiven ist heute die Infertilität eines oder beider Ehepartner der zumeist ausschlaggebende Grund für die Adoption eines Kindes. Schätzungsweise 7 bis 15% aller verheirateten Paare sind heute ungewollt kinderlos (Fränznick/Wieners 1996). Viele von ihnen leiden unter dieser Situation, insbesondere wenn sie sich isoliert und ausgegrenzt fühlen, weil ihre Freunde und Bekannte Kinder bekommen haben und sich nun auf diese konzentrieren. Oder sie ziehen sich zurück, um bohrenden Fragen aus dem Wege zu gehen oder wenn ihr Problem von anderen nicht verstanden wird. Insbesondere Frauen leiden darunter, dass das Thema »Infertilität« in unserer Gesellschaft tabuisiert wird. »Folglich kommt weder der Leidensdruck der Frau zur Sprache, noch können aufkommende Gefühle wie Neid auf Schwangere und Mütter, Wut auf den eigenen Körper, der sich »verweigert«, besprochen werden oder das Gefühl, als Frau minderwertig und unvollständig zu sein« (a.a.O., S. 18). Hier wirkt sich aus, dass ein Kind nach wie vor als wesentlicher Bestandteil des weiblichen Lebensentwurfes gilt. Männer setzen sich hingegen weniger mit der ausbleibenden Schwangerschaft auseinander, lassen sich selbst seltener ärztlich untersuchen oder behandeln. So kommt es zu einer »Feminisierung der Unfruchtbarkeit«: Überwiegend die betroffenen Frauen befassen sich mit der einschlägigen Literatur, lassen sich untersuchen und unterziehen sich hormonellen Behandlungen, einer künstlichen Befruchtung, der In-vitro-Fertilisation oder mikrochirurgischen Eingriffen. Das Vertrauen in die medizinische Lösbarkeit des Problems schwindet aber mit zunehmender Dauer der Behandlungen, da die Reproduktionsmedizin nur in einem Teil der Fälle zum Erfolg führt (z.B. bekommen nur 10 bis 15% der Frauen – nach mehreren Versuchen – ein Kind via In-vitro-Fertilisation). Der Leidensdruck bleibt aber und lässt die Frauen bzw. Paare mit der Zeit nach Alternativen suchen: naturheilkundliche Behandlung, Psychotherapie und Mitgliedschaft in einer Selbsthilfegruppe, aber auch Familienpflege und Adoption.

Entscheiden sich Ehepaare für den letztgenannten Weg, müssen sie sich nach den langen medizinischen Behandlungsversuchen nun einem langwierigen Adoptionsverfahren unterziehen. Viele erleben die Überprüfung ihrer Adoptionseignung (bzw. »Elternwürdigkeit«) und das damit verbundene Eindringen in ihre Privatsphäre als belastend und peinlich. Dann müssen sie noch relativ lange auf ein Kind warten, da immer weniger Kinder zur Adoption freigegeben werden. Einige kommen dann auf die Idee, selbst ein Kind aus der »Dritten Welt« zu holen – was aber auch nicht schnell geht, egal ob legale oder illegale Wege eingeschlagen werden (vgl. Bach 1988). Ähnlich wie bei der Familienpflege trifft die Platzierung eines Adoptivkindes das Ehepaar meist plötzlich und unvorbereitet. Obwohl den Ehepartnern die Adoptionseignung bescheinigt wurde, erhalten sie es in der Regel zunächst für rund ein Jahr in »Adoptionspflege«. Für manche Paare ist diese Situation verunsichernd, andere

erleben die damit verbundenen Überprüfungen als neue »Kratzer« an ihrem Selbstbild.

Die Eingewöhnungszeit verläuft bei Säuglingen in der Regel ohne Probleme; sie werden sehr schnell wie leibliche Kinder erlebt. Bei der Adoption eines älteren Kindes gibt es hingegen häufig dieselben Eingewöhnungs- bzw. Erziehungsschwierigkeiten wie bei Pflegekindern (s.o.). Sie waren in ihren Herkunftsfamilien oft Deprivationen ausgesetzt und konnten kein Urvertrauen entwickeln. Nach der Freigabe zur Adoption fühlen sie sich nun ausgestoßen bzw. verstoßen. Diese Vorerfahrungen wirken nicht nur in der Eingewöhnungsphase nach, sondern auch später: »Nun sind ja einmal erlebte Traumata nicht vorüber. Sie bleiben unterschwellig wirksam und zeigen sich immer wieder, in allen Lebenskrisen. Unbewusst gespeichert ist: *Ich bin nicht gewollt*. Ich bin weggegeben worden. Das Kind bezieht, was ihm widerfährt, immer auf sich. Es denkt, bewusst oder unbewusst: *Ich bin schuld – etwas ist mit mir nicht in Ordnung*« (Scholz 1995, S. 56). In diesen Fällen verläuft die Eingewöhnungsphase problematisch, dauert es oft länger als ein halbes Jahr, bis das Kind in der Adoptivfamilie integriert ist, und noch länger, bis die Folgen von Deprivationen und Traumata bewältigt sind. Häufig ist heilpädagogische oder psychotherapeutische Hilfe indiziert, wenn das Kind stark verhaltensauffällig ist. Bei der Adoption älterer Kinder aus der »Dritten Welt« ist vielfach auch eine medizinische Behandlung oder gar ein Krankenhausaufenthalt notwendig, da sie oft krank, unterernährt oder behindert sind (Hoksbergen 1993; Textor 1993c). Hinzu kommt, dass sie zusätzlich durch den Kulturwechsel und die plötzliche »Sprachlosigkeit« verunsichert sind – sie können sich ja in ihrer Heimatsprache nicht mehr verständigen. Aber auch hier gelingt in der Regel die Integration in die Adoptivfamilie; nur maximal 6% der Kinder werden später irgendwann in ein Heim platziert (a.a.O.).

Ein interessantes Phänomen in der Entwicklung von Eltern-Kind-Beziehungen ist die »Konstruktion von Ähnlichkeit« (Hoffmann-Riem 1984). Die Adoptiveltern suchen nach Gemeinsamkeiten in Aussehen, Wesensart, Verhalten usw. zwischen sich und dem Adoptivkind. Entdeckte Ähnlichkeiten erleichtern es ihnen, das Kind zur Familie zu rechnen und sich mit ihm verbunden zu fühlen. Bei schlechten Eltern-Kind-Beziehungen wird hingegen häufig die biogenetische Fremdheit betont, da dies eine gewisse Distanzierung erleichtert. Auch ist dann die Gefahr größer, »dass sie das Wissen, das sie über die Herkunft des Kindes haben, auf dieses Kind projizieren; das Kind einer verwahten Mutter z.B. sei selbst in Gefahr zu verwahten, ein Kind eines brutalen Vaters neige zu Wutausbrüchen und vieles mehr ...« (Baethge 1993, S. 53). Ein Kind kann jedoch seine Andersartigkeit auch zur Beschleunigung seiner Ablösung betonen oder für die Identitätsfindung nutzen. Problematisch kann ferner sein, nimmt es »die Spaltung in eine gute und böse Mutter vor. Die gute Mutter ist die leibliche Mutter, die böse ist die Mutter, die das Kind adoptiert hat, mit der all die unerquicklichen Auseinandersetzungen im Alltag stattfinden« (a.a.O., S. 52).

Auf die Entwicklung von Adoptivkindern und das Zusammenleben in der Familie wirkt sich positiv aus, wenn die Adoptiveltern den Sonderstatus ihrer Familienform akzeptieren, also deren besondere Charakteristika wahrnehmen und nach einer »Normalisierung eigener Art« streben (Hoffmann-Riem 1984; vgl. Kirk 1981). Dann wird das Kind weniger als »Besitz« denn als eigenständiges Wesen gesehen, kann die Adoption jederzeit thematisiert werden. Hingegen ist problematisch, wenn die Adoptiveltern eine »ganz normale Familie« haben wollen. Einige verschweigen dann die Adoption, vernichten Unterlagen über die Herkunftsfamilie (Fotos, Briefe usw.), klären ihre Kinder nicht über die Adoption auf. Jedoch erspüren Kinder derartige »Familiengeheimnisse«, suchen heimlich nach Papieren oder sind schockiert, wenn sie durch Zufall oder spätestens beim Beantragen einer Abstammungsur-

kunde (vor der eigenen Hochzeit) von der Adoption erfahren. Dasselbe gilt für eine sehr späte Aufklärung. Problematisch ist aber auch, wenn das Kind relativ früh über die Adoption informiert wird und danach keine weiteren Gespräche über dieses (tabuisierte) Thema möglich sind, wenn es belogen wird (»Deine leiblichen Eltern sind tot«, obwohl sie noch leben) oder wenn verschwiegen wird, dass sich die biologischen Eltern oder Geschwister um eine Kontaktaufnahme mit dem adoptierten Kind, Jugendlichen bzw. Heranwachsenden bemühen oder bemüht haben (Scholz 1995).

Manchen Adoptiveltern fällt auch die Sexualerziehung schwer, da sie die eigene Infertilität und die damit verbundenen Probleme (Gefühle mangelnder sexueller Kompetenz, Verunsicherung, narzisstische Kränkung usw.) noch nicht verarbeitet haben. So kann die aufbrechende Sexualität des pubertierenden Adoptivkindes die eigenen Minderwertigkeitsgefühle wieder schüren und an die »potenteren« leiblichen Eltern erinnern (Baethge 1993). Hinzu kommt das niedrigere Inzesttabu – der gegengeschlechtliche Adoptivelternteil mag sich z.B. aufgrund der sexuellen Anziehungskraft des Jugendlichen zurückziehen, der andere Elternteil mag befürchten, den Partner an das Adoptivkind zu verlieren (a.a.O.). Oft haben die Adoptiveltern auch Angst, das Kind könnte wie die leibliche Mutter sexuell ausagieren – wobei dieses Verhalten der Mutter oft unterstellt wird. Hier wirkt sich negativ aus, dass viele Adoptiveltern aufgrund der wenigen vorhandenen Informationen über die Herkunft des Kindes dazu tendieren, diese in ihrer Fantasie zu rekonstruieren. Dann werden die leiblichen Eltern häufig sehr negativ gesehen. Da die daraus resultierende Abwertung derselben (unbewusst) in die Interaktion mit dem Adoptivkind einfließt, werden diesem die Bewältigung der »doppelten Elternschaft« und die Entwicklung einer positiven Identität erschwert.

Der Erziehungsstil der Adoptiveltern ist oft durch Überbehütung und Verwöhnung oder durch Strenge und große Kontrolle gekennzeichnet; aus hohen (Leistungs-)Erwartungen kann eine Überforderung des Adoptivkindes resultieren (vgl. Textor 1993a). Wie andere Eltern auch werden Adoptiveltern immer wieder mit Erziehungsschwierigkeiten und Ablösungsproblemen konfrontiert, die aber durch Spezifika der Adoption eine besondere Qualität bekommen können. Dies gilt vor allem für die Entwicklungsphasen der Pubertät und Adoleszenz: »Unsere Beratungstätigkeit in Adoptivfamilien belegt, dass die Pubertät für viele Adoptierte eine Zeit heftigster Krisen ist, in der die eigene Identität für die Betroffenen kaum fühlbar oder zumindest stark verunsichert ist. Die für den Ablösungsprozess notwendige kritische Distanz und Abgrenzung zu den sozialen Eltern fällt zusammen mit der Unsicherheit bezüglich der eigenen biologischen Wurzeln und der Unbegreiflichkeit der Adoptionsfreigabe. Der Schmerz und die Kränkung des Kindes ... äußern sich bei manchen Adoptierten (erneut) sehr vehement und führen unter Umständen zu ernsthaften seelischen Störungen« (Bartsch 1995, S. 89f.). Andere reagieren auf die Adoptionsproblematik mit offener Rebellion, Auszug aus der Familie u.Ä., wieder andere mit der Flucht nach innen bzw. in psychosomatische Krankheiten (Scholz 1995). Manche Adoptierte beginnen auch in der Adoleszenz oder einige Zeit später mit der Suche nach den leiblichen Eltern, wobei sie dies oft den Adoptiveltern gegenüber verheimlichen. Geschieht dies nicht, kommt es häufig zu Konflikten und werden Ängste aufseiten der Adoptiveltern vor dem Verlust des Kindes an die Herkunftsfamilie (wieder-) belebt. Hier wird erneut deutlich, wie intensiv sich Adoptierte mit ihrem Ursprung beschäftigen. Sie versuchen, ihre Vorgeschichte zu rekonstruieren, haben Fantasien über ihre leiblichen Eltern, idealisieren diese oder sehen sie negativ. All dies hat Konsequenzen für ihr Selbstbild und ihre Selbstwertgefühle (vgl. Textor 1993a). Bei ausländischen Adoptierten kommen zur »normalen« Identitätskrise noch der Aufbau einer ethnokulturellen Identität und

der Umgang mit Diskriminierungserfahrungen als zusätzliche Probleme hinzu.

Trotz aller (adoptionsspezifischen) Schwierigkeiten entwickeln sich die meisten Adoptierten positiv, insbesondere wenn sie zum Zeitpunkt der Platzierung noch sehr jung waren, frühzeitig über die Adoption aufgeklärt wurden und offen über ihre Vorgeschichte reden konnten sowie wenn die Adoptiveltern ihre Infertilität verarbeitet hatten und psychisch gesund waren. Trotz vieler Untersuchungen lässt sich nicht sagen, ob sie häufiger Verhaltensauffälligkeiten und psychische Probleme aufweisen als andere Kinder (Hoksbergen 1993; Jungmann 1980a, b; Textor 1993a, c). Die weitaus meisten Adoptiveltern bezeichnen die Adoption als einen Erfolg. Die Adoptierten fühlen sich in ihrer Familie wohl und erleben die Adoptiveltern als die »eigentlichen« Eltern. In der Regel ist die Eltern-Kind-Beziehung genauso belastbar und stabil wie in biologischen Familien.

Betreuung und Beratung von Adoptivfamilien

Adoptivfamilien haben laut dem Adoptionsvermittlungsgesetz einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung durch die Adoptionsvermittlungsstelle, insbesondere bevor ein Kind in Adoptionspflege genommen wird und während der Eingewöhnungszeit (§ 9 Ad VermiG). Besonders wichtig ist, dass den Adoptionsbewerbern bzw. Adoptiveltern geholfen wird, die Erfahrung der eigenen Infertilität und die damit verbundenen Gefühle aufzuarbeiten. So sollten die Fachkräfte mit ihnen ihren »Leidensweg« (Diagnose der Infertilität, medizinische Behandlungen usw.) reflektieren, insbesondere aber psychische Konsequenzen wie die Wut auf den eigenen Körper, den Zweifel an der eigenen Männlichkeit bzw. Weiblichkeit, sexuelle Minderwertigkeitsgefühle u.Ä. (vgl. Fränznick/ Wieners 1996). Auch gilt es, Konflikte mit dem Partner und Schwierigkeiten mit dem sozialen Umfeld zu thematisieren. Das Ziel der Beratung ist, die Partner zur bewussten Akzeptanz der unfreiwilligen Kinderlosigkeit zu führen und sie die Trauerarbeit abschließen zu lassen.

Bei der Auswahl der Adoptionsbewerber/innen ist davon auszugehen, dass sich die Fähigkeit zur Elternschaft und damit auch die Adoptionseignung im Voraus nicht bestimmen lassen. Trotzdem kann auf ein Auswahlverfahren nicht verzichtet werden (siehe hierzu Gauly/Knobbe 1993; Paulitz 1997). In unserem Kontext ist es aber wichtiger, die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung auf die Adoption zu betonen, die auf der Grundlage eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Adoptionsvermittler/in und Bewerberpaar erfolgen bzw. diese schaffen sollte (Achter Jugendbericht 1990). Dabei sollte den Bewerber/innen vor allem vermittelt werden, dass Adoptivfamilien eine besondere Familienform sind und deshalb eine »Normalisierung eigener Art« (s.o.) anzustreben sei. In diesem Kontext ist wichtig, die psychologischen Besonderheiten sozialer Elternschaft durchzusprechen, eine positive Haltung gegenüber der Herkunft von Adoptivkindern zu vermitteln und auf deren intensive Beschäftigung mit der »doppelten Elternschaft« hinzuweisen. Dabei sollte auch auf die verschiedenen Formen der offenen Adoption eingegangen werden (Textor 1991):

1. einmaliges Zusammentreffen von leiblichen Eltern und Adoptiveltern, etwa zum Zeitpunkt der Übergabe des Kindes (unter Umständen bei Wahrung des Inkognitos);
2. fortlaufende wechselseitige Information von leiblichen Eltern und Adoptiveltern über ihr Leben via die Adoptionsvermittlungsstelle, wobei die Anonymität der Adoptiveltern gewährleistet werden kann;

3. regelmäßiger Austausch von Briefen, Fotos und/oder Videotapes zwischen den leiblichen Eltern und der Adoptivfamilie, der entweder direkt oder über die Adoptionsvermittlungsstelle (unter Wahrung des Inkognitos) erfolgen kann;
4. fortlaufender persönlicher Kontakt zwischen leiblichen Eltern und Adoptivfamilie, der sich nach dem Grad der Intensität weiter differenzieren ließe.

Insbesondere die zuletzt genannten Formen der offenen Adoption verhindern deren Tabuisierung und erleichtern den Adoptierten eine positive Identitätsentwicklung, da sie nun anstatt auf Fantasien auf Informationen über die leiblichen Eltern und/oder persönliche Erfahrungen mit ihnen zurückgreifen können. Außerdem sollte im Rahmen der Vorbereitung von Adoptionsbewerbern über deren Erfahrungen in ihren Herkunftsfamilien, über ihre Partnerbeziehung und ihre Vorstellungen zur Kindererziehung gesprochen werden. All dies kann auch in Gesprächskreisen oder Seminaren erfolgen, an denen erfahrene Adoptiveltern beteiligt werden können.

Analog zu dem zuvor zur Vorbereitung der Inpflegegabe Gesagten sollten »werdende« Adoptiveltern so ausführlich wie möglich über die Herkunft des zu vermittelnden Kindes, seine Eltern und Verwandten, die Freigabegründe, seinen Gesundheitszustand, seine bisherige Entwicklung usw. informiert werden. Während bei Säuglingsadoptionen eher selten ein größerer Beratungsbedarf während der Eingewöhnungsphase auftritt, ist bei der Adoption älterer Kinder eine vergleichbar intensive Nachbetreuung und Unterstützung wie bei Pflegekindern notwendig (s.o.). Die Fachkräfte sollten während dieser Zeit nicht als Kontrolleure auftreten, werden aber häufig als solche wahrgenommen. Deshalb sollten sie die Ziele der Gespräche und Hausbesuche offen darlegen: Sie wollen als Berater/innen wirken und bei Problemen helfen. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass sie auch für das Vormundschaftsgericht ein Gutachten darüber erstellen müssen, ob sich gegen Ende der Eingewöhnungszeit eine Eltern-Kind-Beziehung ausgebildet hat. Unnötige Ängste können aber dadurch genommen werden, dass darauf hingewiesen wird, dass in weniger als 2% aller Fälle Adoptionspflegeverhältnisse abgebrochen werden (Textor 1993b, 1996).

Nach Vollzug der Adoption ist nur in wenigen Fällen – zumeist bei älteren (ausländischen), verhaltensauffälligen oder behinderten Kindern – eine Einzelbetreuung notwendig, eventuell unter Einbindung von Fachdiensten. In den meisten Fällen reicht es, einen lockeren Kontakt zu halten (z.B. durch Telefonate, Zusenden von Informationsmaterial). Sehr sinnvoll ist es, regelmäßig Einzelveranstaltungen, Gruppentreffen, Stammtische, Wochenendseminare u.Ä. für Adoptiveltern, Adoptivfamilien oder adoptierte Jugendliche anzubieten (Jänsch-Kraus 1993; Textor 1996). Auch kann der Kontakt zu Adoptivelternverbänden und Selbsthilfegruppen vermittelt werden. Auf diese Weise kann darauf hingewirkt werden, dass die Adoptivfamilien ihren Sonderstatus akzeptieren, das Thema »Adoption« nicht tabuisieren, offen über die leiblichen Eltern und ihre diesbezüglichen Fantasien sprechen etc. Da die Vertrauensbasis erhalten bleibt, erfahren die Fachkräfte auch frühzeitig von Erziehungsschwierigkeiten und Problemen, sodass notwendige Interventionen rechtzeitig erfolgen können.

Insbesondere bei Adoptierten, die bei der Adoption schon älter waren und von ihren leiblichen Eltern vernachlässigt, misshandelt oder sexuell missbraucht wurden, ist oftmals eine längere Beratung oder therapeutische Behandlung durch Psycholog/innen notwendig (Bartsch 1995). Adoptierte Jugendliche und Heranwachsende benötigen Hilfe bei der Identitätsfindung, manchmal auch bei der Suche nach den leiblichen Eltern (ein Leitfaden hierfür befindet

sich in Domnick/Thomsen 1995). Im letztgenannten Fall ist manchmal eine begleitende Beratung der Adoptiveltern notwendig, wenn diese das Verhalten ihres Kindes nicht verstehen.

Literatur

- Achter Jugendbericht. Drucksache 11/6576. Bonn: Deutscher Bundestag 1990
- Andriopoulos, S.: Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie – Beratung und Unterstützung. In: Textor, M.R./Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995, S. 202–217
- Bach, R.P.: Daten und soziale Hintergründe der Adoption von Kindern aus der Dritten Welt. Eine Untersuchung der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle der vier norddeutschen Bundesländer in Hamburg. Zentralblatt für Jugendrecht 1988, 75, S. 328–333
- Baethge, G.: Ängste und unbewusste Phantasien in Adoptivfamilien. Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 1993, 42, S. 49–55
- Bartsch, M.: Die Aufgaben der Vermittlungsstelle im Adoptionsprozess. In: Bott, R. (Hrsg.): Adoptierte suchen ihre Herkunft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995, S. 86–93
- Blüml, H.: Bereitschaftspflege. In: Textor, M.R./Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995, S. 152–165
- Büch, V.: Nachbetreuung von Pflegefamilien. In: Textor, M.R./Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995, S. 177–190
- Deutscher Städtetag: Pflegekinder – Hinweise und Empfehlungen. Köln: Selbstverlag 1986
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Handbuch Beratung im Pflegekinderbereich. München: DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut 1987
- Domnick, S./Thomsen, C.S.: Leitfaden für die Suche nach den leiblichen Eltern. In: Bott, R. (Hrsg.): Adoptierte suchen ihre Herkunft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995, S. 33–51
- Fanshel, D./Finch, S.J./Grundy, J.F.: Foster children in a life course perspective. New York: Columbia University Press 1990
- Fränznick, M./Wieners, K.: Ungewollte Kinderlosigkeit. Psychosoziale Folgen, Bewältigungsversuche und die Dominanz der Medizin. Weinheim: Juventa 1996
- Gauly, B./Knobbe, W.: Auswahl und Beratung von Adoptionsbewerbern. In: Hoksbergen, R.A.C./Textor, M.R. (Hrsg.): Adoption: Grundlagen, Vermittlung, Nachbetreuung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1993, S. 158–166
- Goldbeck, L.: Pflegeeltern im Rollenkonflikt – Aufgaben einer psychologischen Betreuung von Pflegefamilien. Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 1984, 33, S. 308–317
- Goldstein, G./Freud, A./Solnit, A.: Diesseits des Kindeswohls. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1982
- Heindl, H.: Hilfeplanung – zwischen Pflegefamilie und Heim. In: Textor, M.R./Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995, S. 113–124
- Heinze, E.: Eltern spielen »Vater, Mutter, ... (Pflege-)Kind«. Ein Vorbereitungsseminar für Pflegeeltern-Bewerber. Humanistische Psychologie 1995, 18 (2), S. 37–62
- Heitkamp, H.: Heime und Pflegefamilien – konkurrierende Erziehungshilfen? Entwicklungsgeschichte, Strukturbedingungen, gesellschaftliche und sozialpolitische Implikationen. Frankfurt/Main: Diesterweg 1989
- Hoffmann-Riem, C.: Das adoptierte Kind. Familienleben mit doppelter Elternschaft. München: Fink 1984
- Hoksbergen, R.A.C.: Auslandsadoptionen: deutsche, niederländische und andere Forschungsergebnisse. In: Hoksbergen, R.A.C./Textor, M.R. (Hrsg.): Adoption: Grundlagen, Vermittlung, Nachbetreuung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1993, S. 63–90
- Jänsch-Kraus, G.: Betreuung von Adoptivfamilien nach Inlandsadoptionen. In: Hoksbergen, R.A.C./Textor, M.R. (Hrsg.): Adoption: Grundlagen, Vermittlung, Nachbetreuung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1993, S. 194–203
- Jungmann, J.: Forschungsergebnisse zur Entwicklung von Adoptivkindern. Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie 1980a, 8, S. 184–219
- Jungmann, J.: Adoption unter Vorbehalt? Zur psychischen Problematik von Adoptivkindern. Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 1980b, 29, S. 225–230

- Kaiser, P.: Beratung von Pflegefamilien nach dem systemischen Mehrebenenmodell. In: Textor, M.R./ Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995, S. 218–234
- Kirk, H.D.: Adoptive kinship. A modern institution in need of reform. Toronto: Butterworths 1981
- Kronenberger, G./Thon, G.: Erziehungsstellen – am Beispiel des Landes Hessen. In: Textor, M.R./ Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995, S. 152–165
- Lakies, T.: Vollzeitpflege im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Materialien zur Heimerziehung 1991, Heft 4, S. 15–18
- Masur, R.: Werbung, Auswahl und Vorbereitung von Pflegeeltern. In: Textor, M.R./Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995, S. 97–112
- Nienstedt, M./Westermann, A.: Die Chancen von Kindern in Pflegefamilien aus psychologischer Sicht. In: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Dokumentation 3. Tag des Kindeswohls, 31.8-1.9.1988. Loccum: Selbstverlag 1988, S. 105–132
- Nienstedt, M./Westermann, A.: Pflegekinder. Psychologische Beiträge zur Sozialisation von Kindern in Ersatzfamilien. Münster: Votum 1989
- Paulitz, H.: Offene Adoption. Ein Plädoyer. Freiburg: Lambertus 1997
- Scholz, A.: Zur Identitätsproblematik von Adoptierten. In: Bott, R. (Hrsg.): Adoptierte suchen ihre Herkunft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1995, S. 52–68
- Textor, M.R.: Offene Adoptionsformen. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1991, 71, S. 107–111
- Textor, M.R.: Inlandsadoptionen: Herkunft, Familienverhältnisse und Entwicklung der Adoptivkinder. In: Hoksbergen, R.A.C./Textor, M.R. (Hrsg.): Adoption: Grundlagen, Vermittlung, Nachbetreuung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1993a, S. 41–62
- Textor, M.R.: Adoptiv- und Pflegefamilien. In: Becker-Textor, I./Textor, M.R. (Hrsg.): Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung. Neuwied: Luchterhand 1993b, S. 147–187
- Textor, M.R.: Familiäre Integration und Entwicklung von ausländischen Adoptivkindern. Familiendynamik 1993c, 18, S. 397–407
- Textor, M.R.: Forschungsergebnisse zur Familienpflege. In: Textor, M.R./Warndorf, P.K. (Hrsg.): Familienpflege: Forschung, Vermittlung, Beratung. Freiburg: Lambertus 1995a, S. 43–66
- Textor, M.R.: Zur Vorbereitung auf die Pflegeelternschaft. Unsere Jugend 1995b, 47, S. 503–505
- Textor, M.R.: Nachbetreuung von Pflegefamilien: Befragungsergebnisse und Empfehlungen. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1995c, 75, S. 448–451
- Textor, M.R.: 20 Jahre Adoptionsreform – Konsequenzen aus veränderten Sichtweisen. Neue Praxis 1996, 26, S. 504–518
- Wiemann, I.: Die besondere Lebenssituation von Pflegekindern und ihren beiden Familien. Beratung von Pflegefamilien. In: Cremer, H./Hundsals, A./Menne, K. (Hrsg.): Jahrbuch für Erziehungsberatung, Band 1. Weinheim: Juventa 1994, S. 15–32
- Wiemann, I.: Psychologische und soziale Voraussetzungen für die Rückführung von Pflegekindern zu ihren leiblichen Eltern. Unsere Jugend 1997, 49, S. 229–237

Soziale und psychosoziale Arbeit mit Migrantenfamilien

Gleich zu Beginn möchte ich dringend vor Typisierungen warnen, wengleich ohne Typisierung bzw. generalisierende Unterscheidungen die Komplexität der Realität nicht reduziert bzw. systematisiert werden kann. Auch individualisierende Deutungen der besonderen Biografien von Migranten kommen nicht ohne verallgemeinernde Deutungsmuster aus. Ohne Kategorisierungen tritt uns die Realität als ein unbestimmbares Rauschen gegenüber (Luhmann). Wenn ich in meinen Ausführungen nicht umhin kann, immer wieder zu verallgemeinern, bitte ich diese als mehr oder weniger plausible Hypothesen zu betrachten – als vorläufige Interpretationsangebote, die einer Überprüfung durch eine erst zu entwickelnde quantitative und qualitative empirische Forschung ausgesetzt werden müssen. Auch die Familiensoziologie bedarf – nebenbei bemerkt – der interkulturellen Öffnung. Ihr bisher bewiesenes Forschungsinteresse und ihre Wissensbestände bezüglich der Migrantenfamilien sind äußerst dürftig.

Die Skepsis gegenüber groben Verallgemeinerungen bei der Beschreibung der Probleme von Migrantenfamilien ist zumal in der jüngsten Epoche der Einwanderungsgeschichte geboten: Im Vergleich zur relativen Homogenität der sozialen Lage und kulturellen Dispositionen der aus Südeuropa angeworbenen Arbeitsmigranten und ihrer Familien, der so genannten »Gastarbeiter«-Ära – Mitte der 50er bis Mitte der 70er Jahre –, hat sich die Migrantepopulation stark verändert und ausdifferenziert. Man kann nicht länger von *den* Migranten sprechen, da sich die neuen Einwanderergruppen zum Teil erheblich von den so genannten »Gastarbeitern« unterscheiden:

- Die von außerhalb Europas kommenden politischen Flüchtlinge gehören oft den Mittel- und Oberschichten an, da die Fluchtmöglichkeiten häufig von materiellen Ressourcen abhängen bzw. von der Verfügung über die Ressource »Beziehungen«.
- Die sozialen Voraussetzungen, Schicksale und Lebenspläne z.B. der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sind ganz andere als diejenigen der seinerzeit aus demselben Gebiet angeworbenen Arbeitsmigranten.
- Neu hinzugekommen sind Zuwanderer aus dem ehemaligen Ostblock, die sich wiederum nach deutscher oder nicht-deutscher Volkszugehörigkeit unterscheiden. Ihre Mentalität ist – durchaus analog zu vielen traditionellen Auswanderungsländern – durch ein immobiles und autoritäres politisches System und die Selbsthilfepraxis der sozialistischen Nischengesellschaft geprägt. Im Unterschied zu den klassischen »Gastarbeitern« haben sie aber auch die Erfahrung sozialer Sicherheit und der Gleichstellung von Frauen im Be-

- schäftigungssektor gemacht (vgl. u.a. Herwartz-Emden 1995, S. 43f.).
- Es gibt auch eine neue Einwanderung aus den ehemaligen Anwerbeländern, die sich seit den 60er Jahren sehr verändert haben. Ihre kulturellen Eigenarten sind durch die Verstädterung und das Vordringen der massenmedial verbreiteten globalen Konsumkultur zurückgedrängt worden. Fast alle haben ihr Bildungsniveau angehoben. Aus Griechenland kommen – um nur ein Beispiel zu nennen – zur Zeit viele Abiturienten auf Jobsuche in die Bundesrepublik, die keinen Studienplatz gefunden haben. Sie heiraten nicht selten nach kurzer Zeit deutsche Frauen. Außerdem kommen viele gescheiterte Selbstständige aus dem Dienstleistungsbereich, die ihre Schulden durch zwei, drei parallele Jobs »abzustottern« versuchen (Informationen des Griechischen Hauses München).
 - Die zweite Generation hat sich sozial auseinander dividiert. Der Anteil der Realschüler und Gymnasiasten an den Schülern insgesamt ist gestiegen (1980: 11%, 1991: 19%; Deutsche: 32%. Vgl. Gaitanides 1983; Sen 1994). Viele aus der zweiten Generation versuchen sich als selbstständige Unternehmer – nicht nur in der Obst- und Gemüsehandelsbranche. Gleichzeitig sind die Lebensverhältnisse eines Teils derjenigen, die über keine guten Bildungsabschlüsse verfügen, unter die der Elterngeneration gesunken, da die Eltern noch nicht mit der strukturellen Beschäftigungskrise und deren Folgen konfrontiert waren. Darüber hinaus gibt es einen mittleren Bereich beruflich qualifizierter junger Migranten, die aus Elternhäusern ungelerner Arbeiter stammen und besser situiert sind als ihre Eltern. Sie verfügen vor allem auch über bessere Sprachkenntnisse und können sich wesentlich besser in der Bundesrepublik orientieren.
 - Daneben gibt es neu eingereiste, aus der Heimat angeheiratete junge Ehegatten, die erst nach drei bis vier Jahren eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis erhalten können und infolgedessen extrem abhängig sind. Sie sprechen kein Deutsch und können sich in der neuen Umgebung kaum orientieren. Die nachgezogenen Frauen sind oft sehr jung. Sie müssen sich dem Regiment der Schwiegermütter unterwerfen und werden oft ausgenutzt – oder es gibt permanente Konflikte. Bei den türkischen Familienberatungsstellen ist diese Problemgruppe überrepräsentiert (Auskunft »Beratungszentrum für ausländische Familien«, Frankfurt. Vgl. Bericht »Ganz in Weiß ...« von Müller-Münch in der Frankfurter Rundschau vom 17.1.1996).
 - Auch was die Bezugsgruppen in der Freizeit betrifft, hat sich die Situation aufgesplittert: Da gibt es Migranten, die sich ganz in ihre ethnische Kolonie zurückgezogen haben. Andere wiederum haben – meist durch Heirat – Zugang zu deutschen Privatkreisen gefunden und meiden den Kontakt mit den Landsleuten. Wieder andere pendeln zwischen den Bezugsgruppen oder haben einen multikulturellen Freundeskreis gefunden, bei dem aber zumeist die Deutschen unterrepräsentiert sind. Andere wiederum sind ganz isoliert.

Wegen den aufenthaltsrechtlichen Restriktionen und den Imperativen der lohnabhängigen industriegesellschaftlichen Existenz hat sich die Form der Großfamilie im Einwanderungskontext nicht reproduzieren können. Sie war auch schon im Heimatland durch den dortigen sozialen Wandel größtenteils in Auflösung begriffen. So gaben bei der Befragung von Herwartz-Emden (1995) nur 17% der Türkinnen – die größtenteils der ersten Einwanderergeneration angehörten – an, dass ihre Kinder durch Großeltern betreut würden. Bei den Deutschen machten 52% diese Angabe. Der größte Teil dieser Großeltern dürfte Besucherstatus haben, da nur 2% der Türkinnen angaben, dass sich ihre Eltern am Ort befänden. Bei den Deutschen waren es 35%. Allerdings entwickeln sich in der Generationenfolge auch neue –

aus der Not geborene und sehr konfliktreiche – Formen der Mehrgenerationenfamilie, wenn z.B. wegen Arbeitslosigkeit und hoher Wohnungsmieten das Einkommen der jungen Familien nicht ausreicht, um einen eigenen Hausstand zu gründen und die elterliche Wohnung zu verlassen.

In einer außergewöhnlich kurzen historischen Zeitspanne haben sich die Einwandererfamilien an das generative Verhalten und die »Normalbiografie« der modernen Industriegesellschaften (d.i. laut U. Beck die »erste Moderne«) angepasst. Sie heiraten später als unter traditionellen Verhältnissen, bekommen sehr viel weniger Kinder und schließen die Kinderphase früher ab. Dies hat Nauck (1992) z.B. in einem Vergleich von türkischen Müttern, deren Ehen bereits vor dem Einwanderungszeitpunkt bestanden, mit solchen, deren Ehen erst danach geschlossen wurden, feststellen können. Bei den vor der Einreise Verheirateten war bei 75% das durchschnittliche Heiratsalter 19,7 Jahre und bei 75% der Ehen, die erst danach geschlossen wurden, 24,5 Jahre. Die durchschnittliche Kinderzahl betrug Anfang der 90er Jahre bei den türkischen Familien 2,2, bei den spanischen und jugoslawischen 1,8 (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Ausländer 1994, S. 56).

Aber auch die mit der »zweiten Moderne« einhergehende »Pluralisierung der Lebensformen« setzt sich – bisher mehr »nolens« als »volens« – bei der Einwanderbevölkerung immer mehr durch: die Lebensformen des Single – eher infolge der Arbeitslosigkeit – und der Ein-Eltern-Familie – eher als Folge zugespitzter Partnerkonflikte, denn als bewusst gewählte »alternative« Lebensform – was allerdings auch bei Deutschen eher selten ist (vgl. Herwartz-Emden 1995, S. 226f.: Ablehnung alternativer Lebensformen auf der Einstellungsebene).

Problemlagen von Migrantenfamilien

Obwohl Migranten eine äußerst differenzierte Zielgruppe der sozialen Arbeit bilden, lassen sich dennoch einige gemeinsame Merkmale bei der Beschreibung typischer Problemlagen finden, die für unser Thema Bedeutung haben:

1. Belastende Arbeits- und Lebensverhältnisse: Die große Mehrheit der Migrantenbevölkerung ist sozial marginalisiert und durch schlechte Arbeitsbedingungen sehr belastet. Dies trifft auch auf Flüchtlingsfamilien mit hohem Bildungsstatus oder Zuwanderer aus dem ehemaligen Ostblock mit einer guten – bei uns aber nicht anerkannten – Berufsqualifikation zu. Ebenso leiden viele sozial aufsteigende Familien unter den Auswirkungen der Arbeitsbelastung, da sie ihren Aufstieg durch außerordentliche Anstrengungen erkaufen.

Das Familienleben kommt – wie schon bei ihren Eltern – zu kurz. Der Erwerb sozialer Kompetenzen seitens der Kinder wird beeinträchtigt durch den Mangel an »gemeinsam geteilter Zeit« – ein Phänomen, das Heitmeyer (1993) auch bei deutschen Familien für psychosoziale Deintegrationsprozesse verantwortlich macht. Ferner ist spätestens seit den empirischen Untersuchungen zur schichtspezifischen Sozialisationsforschung aus den 70er Jahren bekannt, dass sich die tagtäglichen konkreten Arbeitserfahrungen und die sozial-ökologischen Lebensverhältnisse mindestens ebenso stark auf die familiäre Sozialisationspraxis auswirken wie die spezifischen Familientraditionen und der Bildungsstatus der Eltern (z.B. Grüneisen/Hoff 1977; Steinkamp/Stief 1978).

2. Belastungen durch das Migrationsprojekt und die unsichere Aufenthaltsperspektive: Freilich hängt die Arbeitsüberlastung bis zu einem gewissen Grade auch mit einem zweiten Spezifikum von Zuwandererfamilien zusammen: mit den Zielvorgaben des Migrationspro-

jektes. Die erste Einwanderergeneration hat dem Ziel der erfolgreichen Rückkehr die kostbarsten Familienjahre durch Überarbeit geopfert – als die Kinder noch klein waren. Das machen ihnen viele Kinder heute zum Vorwurf, die unter der Monotonie des Familienalltags und der mangelnden Präsenz der Eltern in der Familie gelitten haben. Zum Vorwurf machen sie ihnen auch die Aufrechterhaltung der Rückkehrillusion und den Druck, den sie damit auf sie ausüben. Durch die Ungewissheit der Aufenthaltsperspektive ist eine langfristige Lebensplanung unmöglich. Die Ungewissheit wird allerdings auch geschürt durch die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Zunahme der Ausländerfeindlichkeit.

3. Identitätskonflikte durch Rassismus, den Minoritätenstatus und die Individualisierung der Kinder: Der Sozialpsychologe Ervin Goffman (1967) hat gezeigt, wie schwierig das Identitätsmanagement von stigmatisierten Personen ist. Die »diskreditierten« Individuen neigen entweder zur Verdrängung des Stigmas durch Überanpassung oder betonen ihre Andersheit trotzig und ziehen sich in die Gemeinschaft der Stigmatisierten zurück. Nur wenigen, mit Ichstärke ausgestatteten Individuen gelingt die Entwicklung eines selbstsicheren – heute würde man sagen »postmodernen« – Marginalitätsbewusstseins. Charles Taylor (1993) hat in seinem berühmten Essay »Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung« das Identitätsdilemma diskreditierter Minderheiten eindrücklich beschrieben: »Die These lautet, unsere Identität werde teilweise von der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung, oft auch von der *Verkennung* durch die anderen geprägt, sodass ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen wirklichen Schaden nehmen, eine wirkliche Deformation erleiden kann, wenn die Umgebung oder die Gesellschaft ein einschränkendes, herabwürdigendes oder verächtliches Bild ihrer zurückspiegelt. Nichtanerkennung oder Verkennung kann eine Form der Unterdrückung sein, kann den anderen in ein falsches, deformiertes Dasein einschließen« (S. 13f.).

4. Entstehung von Sozialisationsproblemen durch traditionelle Erziehungseinstellungen und -praktiken: Bernard Nauck, einer der wenigen Sozialisationsforscher, der zu den Erziehungswerten und -praktiken türkischer Familien repräsentative Untersuchungen durchgeführt hat (Nauck 1987, 1994; Nauck/Oezel 1986), kommt zu dem Ergebnis, dass autoritär-patriarchale Gehorsamsvorstellungen in der Erziehung nach wie vor einen hohen Stellenwert haben, dass diese aber eher in der Variante der »overprotection«, der Überfürsorge, auftreten denn als patriarchale Strenge. Nauck leitet diese Einstellungen nicht nur von der Tradition ab, sondern auch vom Minoritätenkontext. Die Familie ist der Ort der Reproduktion der ethnischen Identität. Das Festhalten an traditionellen Erziehungswerten dient damit auch der Weitergabe der ethnischen Identität an die Kinder und soll sie vor dem korrumpierenden Einfluss der in ihren Augen normlosen Umgebung schützen. Ebenso bestätigen die Befragungen Naucks die »Transmission« (Übertragung) des traditionellen »Familismus« und der Erwartung des solidarischen, materielle Opfer nicht scheuenden Zusammenhaltens der Familie auf die nachwachsenden Generationen (Nauck 1994). Die Gruppenidentität scheint sich unter den Bedingungen des Minoritätenlebens stärker auf die nachwachsenden Generationen zu übertragen, als das bei der Mehrheitsgesellschaft der Fall ist. Auch dieses Faktum lässt sich meines Erachtens ableiten von den eigentümlichen Überlebensbedingungen von Minderheiten, die Gruppensolidarität stärker erzwingen.

So weit scheinen die empirischen Untersuchungen das gängige Bild von der traditionalistischen ausländischen Familie zu bestätigen. Aber die Befragungen förderten noch anderes zutage:

- Die traditionellen Erziehungswerte koexistieren mit modernen wie »schulische Leistung« (für beide Geschlechter) oder »soziale Empathie« (ausgeprägter für Mädchen) (Nauck 1994; Nauck/Oezel 1986).
- Die Migrantinnen entsprechen in keiner Weise dem Klischee des armen Opfers des Patriarchats. Sie spielen eine zentrale Rolle beim Integrationsprozess. Sie übernehmen eine Vermittlerrolle zwischen den Emanzipationstendenzen der Kinder und den restriktiven Vorschriften der traditionellen Moral, die eher von den Vätern vertreten werden (Nauck 1987).
- Während häufig traditionelle Rollenmuster noch auf der Einstellungsebene vertreten werden, ist die Geschlechtsrollenteilung in der Praxis des Familienlebens häufig stärker aufgehoben als bei deutschen Familien. Bedingt u.a. durch die weit überdurchschnittliche Schichtarbeit und die unterdurchschnittliche Nutzung der Kindergartenversorgung übernimmt laut Herwartz-Emden (1995, S. 223) ein weit größerer Anteil der türkischen Ehemänner die Kinderbetreuung bei beruflich bedingter Abwesenheit der Frau als bei deutschen Familien (41% versus 25%). Dies schlägt sich auch partiell in den Einstellungen nieder. Stärker sogar als die befragten Deutschen stimmen die türkischen Frauen dem Statement »Es ist ungerecht und unsinnig, dass die Fürsorgearbeit für Kinder überwiegend an der Mutter hängen bleibt« zu (a.a.O., S. 237). Sicherlich ist es übertrieben, deswegen wie Nauck von einem »heimlichen Matriarchat« der Migrantenfamilie zu sprechen. Auf jeden Fall scheint die traditionelle Geschlechterhierarchie unter den strukturellen Zwängen der Migrationssituation an Bedeutung zu verlieren.

Es sind aber auch strukturelle Zwänge, die für das Fortdauern des autoritär-kontrollierenden Erziehungsstils sorgen: Die durch autoritäre Erziehung vermittelten »Sekundärtugenden« und Gruppenloyalität haben wichtige Überlebensfunktion unter restriktiven und repressiven sozialen Kontextbedingungen und in der Minoritätensituation. Allerdings erschwert sie auch die sozialen Aufstiegschancen, da in höheren Positionen Kompetenzen gefragt sind, die eher durch einen permissiven Erziehungsstil gefördert werden (intrinsische Leistungsmotivation, Rollendistanz und -flexibilität, Selbstständigkeit). Dabei greifen – auf sich wechselseitig stützende Weise – die kulturellen Traditionslinien und die Anpassungszwänge an die tagtäglichen restriktiven Arbeits- und Lebensverhältnisse, denen die Eltern typischerweise ausgesetzt sind, ineinander. Die Übernahme »moderner« Werte würde das »konkret existierende« Arbeitsleben der Migranten eher unerträglich machen. So haben auch die oben bereits erwähnten Untersuchungen zur schichtspezifischen Sozialisation dem »sozial-moralischen Milieu« der klassischen Arbeiterfamilien, deren Positionen inzwischen weitgehend von Migranten übernommen wurden, einen partiellen »Traditionalismus« attestiert (Oevermann 1968). Auch für die Arbeiterklasse war die Moderne nur eine »halbierte Moderne« – um dieses von Ulrich Beck auf die Frauen gemünzte Diktum abzuwandeln. Und sie ist es für Teile von ihr – respektive der eingewanderten Arbeiterschaft – immer noch.

Darüber hinaus darf der Einfluss der kulturellen Tradition keinesfalls geleugnet werden, wie das radikale Konstruktivisten tun, die die kulturellen Deutungen von Integrationsproblemen pauschal unter Ideologieverdacht stellen – als interessengeleitete Fremdbildkonstruktionen, die von den eigenen (systemischen) Anteilen an den Integrationsproblemen ablenken sollen (z.B. Radtke 1990). Wenn auch die meisten »Gastarbeiter«, die in den 60er und 70er Jahre eingewandert sind und noch ihre Kindheit in einer traditionellen Umgebung verbracht haben, mittlerweile in die Großelternposition gewechselt sind, übertragen sich doch Einstel-

lungen und Habitus auf ihre Kinder über den Sozialisationsprozess – vor allem in den bildungsfernen Schichten. Diese Spuren werden natürlich überlagert und verwischt durch die konkurrierenden Einflüsse des Einwanderungskontextes. Folgende traditionelle – durch den aktuellen sozialen Kontext teilweise gestützte, aber für das von den Migranteneltern angestrebte berufliche Fortkommen hinderliche – Sozialisations-einstellungen und -praktiken waren und sind bei vielen Migrantenfamilien insbesondere der ersten Generation verbreitet:

- Erziehung durch äußere Belohnungen und Strafen,
- Appell an Status und Rolle,
- Sanktionierung von Handlungen und weniger von Motiven,
- Konventionalismus,
- Laisser-faire-Erziehung im Kleinkindalter und repressive Leistungserziehung im Schulalter,
- strikte Trennung von Spiel und Lernen,
- wenig gemeinsame Spiele und Freizeitaktivitäten, Defizit an Spielen und Aktivitäten, die in der Wohnung durchgeführt werden können (Tischspiele, Basteln usw.), und wenig musische Anregungen (i.e. triebsublimierende kulturelle Praktiken),
- kaum Verständnis für die Ablösungsbedürfnisse, die Experimentier- und Trotzphase der Adoleszenz sowie
- wenig Verständnis für die Individualisierung der Heranwachsenden und die Selbstständigkeitsbedürfnisse der neu gegründeten Familien der Kinder.

Man darf nun nicht wieder in den Fehler der mit Recht kritisierten »Ausländerpädagogik« verfallen, deren defizitorientierter Ansatz die Migrantenfamilien auf die traditionellen Elemente reduziert hat. Wie die schon erwähnten Untersuchungen von Nauck belegen, koexistieren »traditionale« und »moderne« Einstellungen bei den befragten Familien. Den Schritt der Migration wagen eher jüngere, leistungsorientierte Personen, die die traditionellen »miseria« hinter sich lassen wollen. Die Variabilität der Erziehungseinstellungen der Migranten und die Relativität des Einflussfaktors Kultur werden durch die Tatsache belegt, dass sich z.B. die von Herwartz-Emden (1995) befragten Frauen höherer Qualifikation und Schicht signifikant häufiger von Äußerungen distanzieren, die eine autoritär-protektiv/kontrollierende Erziehungseinstellung zum Ausdruck bringen. Die Erziehungseinstellungen sind also – wie bei den Deutschen – wesentlich von dem sozialen Status und vom Bildungsgrad abhängig als von der familialen subkulturellen Tradition. Daraus folgt u.a., dass eine grundlegende Veränderung der Erziehungseinstellungen wohl nur durch eine Verbesserung der Chancenstruktur bewirkt werden kann.

Der Wechsel von der traditionellen zur modernen Gesellschaft ist nicht nur mit einem Funktionsverlust der Familie verbunden, er verlangt den Eltern paradoxerweise ein Mehr an Erziehungskompetenz ab. Ja, diese werden erst im Zuge des gesellschaftlichen Wandels zu »Eltern« im heutigen Sinne. So gab es auf dem Dorf eine Fülle von Bezugspersonen, die sich um die Kinder kümmerten – ältere Geschwister, Tanten und Onkel, Großeltern und Nachbarn –, und es gab so etwas wie eine »multiple Mutterschaft« (Herwartz-Emden). Erziehung erfolgte nicht intentional, sondern naturwüchsig – durch die Einführung in das Erwachsenenleben und das Vorbild der Erwachsenen. Die Sphären von Produktion und Reproduktion, das Leben »draußen« und das Innenleben der Familie waren noch nicht scharf getrennt. Familiäre Beziehungsarbeit war noch nicht Hauptaufgabe der Mütter.

Viel nachteiliger als die Hochhaltung traditioneller Erziehungswerte wirkt sich meines Erachtens die subkulturell vermittelte Weitergabe des beschriebenen vorindustriellen »Unwissens« über den kindlichen Sozialisationsprozess und die interaktiven Wirkungen elterlichen Verhaltens aus. Ist im veränderten, modernen Gesellschaftskontext wenig Erziehungsbewusstsein vorhanden und lassen die Eltern z.B. die kommerziellen Einflüsse widerstandslos auf die Kinder einwirken – ohne gegenhaltende pädagogische Angebote des Elternhauses –, bricht die Umgebung mit allen Negativerscheinungen ungehindert in die Kindheit ein. Nicht die *kulturelle Differenz* also, sondern die kulturell (und durch den Bildungsstand) vermittelte elterliche *Indifferenz* ist das Problem: die »Laisser-faire-Erziehung« im Freizeitbereich – was das Essen von Süßigkeiten, Bedürfnis nach »Klamotten«, Taschengeld, exzessiven Medienkonsum, spätes Zubettgehen oder miserables kommerzielles Spielzeug betrifft. Eben diese Indifferenz macht Migrantenfamilien auch zu willfährigen Opfern der Schulmedizin, der sie oft blind vertrauen (z.B. in der Geburtsmedizin, »Vollpumpen« mit Antibiotika und Impfstoffen gegen Kinderkrankheiten; vgl. Meireis 1995).

Sozialarbeit mit Migrantenfamilien

Im Folgenden werde ich aus meiner Analyse einige inhaltliche Zielsetzungen für die Sozialarbeit mit Migranten ableiten – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Dann werde ich auf die Frage eingehen, ob die vorhandenen Angebotsstrukturen geeignet sind, diese Ziele umzusetzen, und welche Veränderungen vorgenommen werden müssen, um die Versorgungslage der Migranten mit sozialen Dienstleistungen zu verbessern.

1. Berücksichtigung der sozialen Rahmenbedingungen: Die durch die spezifische soziale Lage bedingten externen Restriktionen des Familienlebens müssen bedacht werden, wenn man Angebote im Bereich der Familienberatung oder -bildung macht. Ohne entsprechende Entlastungsangebote – wie Kinderbetreuung oder flexible Angebotsstrukturen (aufsuchende Arbeit, unübliche Zeiten, Wochenendangebote) – wird man die äußeren schichtbedingten Zugangsbarrieren nicht abbauen können. Berücksichtigt werden müssen auch die »inneren« Barrieren. Mittelschichten-orientierte Beratungsansätze, die auf die Kraft der Selbstreflexion vertrauen, stoßen auf Unverständnis oder werden gar als Inkompetenz bzw. Mangel an Engagement interpretiert. Gefragt ist – zumindest zum Einstieg – ein direkter Beratungsstil (Pavkovic 1993).

2. Orientierungshilfen für die Zukunftsplanung: Hier wäre eine Beratungs- und Gruppenarbeit zum Thema »Zukunftsplanung in der Bundesrepublik oder im Heimatland« sehr hilfreich. Ohne den Familien irgendwelche Entscheidungen abzunehmen, könnten die verschiedenen Lebensentwürfe nach der Methodik der »Familienkonferenz« ausdiskutiert werden (Gordon 1980). Zusätzlich könnten mit Hilfe von Informationen der Fachleute die unbedachten Nebenfolgen von alternativen Entscheidungen durchgespielt werden. Dieses Thema wäre auch sehr geeignet für Planspiele.

3. Identitätsarbeit: Wenngleich der Abbau von Diskriminierung in erster Linie eine Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft ist, müsste eine entsprechende »Identitätsarbeit« auch zu einem wichtigen Bestandteil der Bildungsarbeit mit Migranten gemacht werden. Und dies gilt für die nachwachsenden Generationen noch stärker als für die erste, deren soziale Identität noch nicht durch den Bezugsgruppenwechsel so stark verunsichert ist. Gerade bei der zweiten

und dritten Generation gilt es, das häufig verinnerlichte negative Fremdbild von der Herkunftsgruppe, den versteckten Selbsthass zu bearbeiten bzw. die kompensatorischen, feindseligen Identitätskonstruktionen zu dekonstruieren. Am besten können die komplexen Beziehungen zur Herkunftskultur und zur Kultur der aufnehmenden Gesellschaft sowie die schwierigen Probleme der Identitätsfindung durch die Methodik der Gruppenpädagogik und der sozialpädagogisch ausgerichteten Kulturarbeit herausgearbeitet werden.

Die Stärkung der Identität könnte – als erwünschte Nebenfolge – auch zur Behebung der Beziehungsstörungen zwischen den Generationen beitragen, die viele junge Eltern dazu bringen, lieber auf die Mithilfe der Großeltern zu verzichten, als sich deren »veralteten« Vorstellungen zu fügen (nach Angaben von Neval Gültekin, infrau Frankfurt). Hier könnte man sich der Methodik der familienbiografischen Spurensuche bedienen, die es erlaubt, das kulturelle Familienerbe aus der historischen und gesellschaftsanalytischen Distanz zu betrachten und generationszentrische negative Werturteile zu relativieren. Dabei ist ein wichtiger Reflexionsschritt, sich als Nachgeborene begreiflich zu machen, dass die Eltern »immer nur das Gute« im Sinne einer Überlebenslogik angestrebt haben, die durch den gesellschaftlichen Wandel ihren Realitätsbezug verloren hat.

Umgekehrt müssen die Großeltern begreifen lernen, dass sich ihre Kinder nicht aus Treulosigkeit und Undankbarkeit zurückziehen und die Enkel nicht durch permissive Erziehung dem manchmal geradezu wahnhaft imaginierten deutschen Sittenverfall preisgeben, sondern dass sie sich an die Überlebensimperative der Gesellschaft des Einwanderungslandes sowie an die Identitätsmuster einer individualisierten Gesellschaft anpassen, in der die Kernfamilie ein selbstbestimmtes Leben führen möchte. Eine einschlägige Selbsterfahrungs- und Selbstreflexionsarbeit mit der älteren Einwanderergeneration könnte vielleicht auch aus der heftigen Identitätskrise herausführen, die der Ablösungsprozess der Kinder bei ihnen auslöst. Sie könnte dazu beitragen, dass die Großeltern eine weniger protektive Beziehung zu ihren Kindern entwickeln, wodurch sie diesen ermöglichen, wieder mehr Nähe zuzulassen. Davon könnten alle Beteiligten profitieren.

4. Stärkung der Erziehungskompetenz: Wie ich zu zeigen versucht habe, besteht das Problem weniger in dem Überdauern dysfunktionaler traditioneller Erziehungswerte als in dem Mangel an Bewusstsein und Wissen über den Sozialisationsprozess bzw. im Mangel an Erziehungskompetenz. Hier tut sich ein weites Feld für die Erwachsenen- bzw. Familienbildungsstätten auf. Hierzu sind diese auch nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verpflichtet. Die Wirkung aufklärender Elterninformation kann dabei um ein Vielfaches verstärkt werden, wenn man sich mit den zahlreichen Organisationen von Migranten zusammentut bzw. diejenigen Plätze aufsucht, an denen sich diese aufhalten (vgl. »Elternseminar Stuttgart«, Koderisch 1996, S. 79f.). In Anbetracht der oben konstatierten zentralen strategischen Rolle der Mütter bei der Bewältigung der Anpassungsprobleme der Familie sollten auch die Angebote für Mütter (wie z.B. im Internationalen Mütterzentrum München) flächendeckender ausgebaut werden.

5. Motivierung zur Elternbildung durch Anknüpfung am Ziel des beruflichen Aufstiegs: Die Migranteneltern können am leichtesten für die Informationsaufnahme gewonnen werden, wenn an ihren Interessenlagen angeknüpft wird. Aufklärende Belehrung und Erziehungsversuche wehren sie dagegen ab. So bietet es sich an, am vielfach belegten Migrationsmotiv des sozialen Aufstiegs anzuknüpfen. Um selbstreflexive Lernprozesse bei den Eltern in Gang zu bringen, kann man an ihrem starken Interesse an einer besseren Zukunft ihrer Kinder ansetzen, die zu verbauen sie selbst durch die ihnen nicht bewussten und unbeabsichtigten Neben-

folgen ihres Elternverhaltens beitragen. Verstärkt wird dieses Interesse noch durch die Verschiebung des Migrationsziels vom Ziel der Kapitalbildung, das sich schon nach wenigen Aufenthaltsjahren als unrealistisch erweist, auf das Ziel der Qualifikationsverbesserung bei den Kindern.

Wer Erwachsenenbildungsangebote für Migranten durchführt, wird ein besonders lebhaftes Interesse für Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungsfragen sowie eine große Bereitschaft feststellen, Zusammenhänge erkennen und Verhaltensänderungen ausprobieren zu wollen – falls sie nur dem Bildungserfolg und dem Konformitätsverhalten der Kinder förderlich erscheinen. Dies habe ich während meiner eigenen erwachsenenbildnerischen Tätigkeit mit Migranten im »Griechischen Haus München« (1974-1987) erfahren können und auch bei meinen Recherchen im Berufsfeld bestätigt gefunden.

Analyse der Angebotsstruktur

Damit wollen wir es bei den inhaltlichen Anregungen, die aus meiner Analyse folgen, bewenden lassen und nun einen Blick auf die bisherigen Angebotsstrukturen werfen.

Migrantenspezifische Dienste: Seit Beginn der 60er Jahre wurden auf Grundlage der Anwerbevereinbarungen für die so genannten »Anwerbeländer« nationalitäten-spezifische Dienste zur Ersteingliederung von Arbeitsmigranten etabliert. Die Aufteilung der Trägerschaft wurde nach religiösen Kategorien vorgenommen: Die Caritas übernahm die Betreuung der vorwiegend katholischen Arbeitsmigranten (Italiener, Spanier, Portugiesen, Kroaten), das Diakonische Werk die Griechen und die Arbeiterwohlfahrt die nicht-christlichen Nationalitäten (Jugoslawen, Türken, Marokkaner, Tunesier). Finanziert wurde und wird diese Arbeit durch die Arbeitsministerien des Bundes und der Länder bzw. durch die Bundesanstalt für Arbeit. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband bemüht sich seit Jahren vergeblich um Aufnahme in das Betreuungskartell. Er hat sich insbesondere der kurdischen Minderheit angenommen und dient als Dach für eine Vielzahl von Selbstorganisationen.

Den »Sozialdiensten für Ausländer« oblag zu Beginn vor allem eine Vermittleraufgabe bei Orientierungsproblemen und Konflikten mit Behörden, Arbeitgebern und Vermietern. Die Mitarbeiter waren sozialarbeiterisch nicht geschult, verfügten aber über Migrationserfahrung sowie Sprach- und Kulturkenntnisse. Nach dem Anwerbestop 1974 wurden diese Dienste immer wieder totgesagt, weil sie ihre Aufgabe der Ersteingliederung erfüllt hätten. Um die Versorgungslage nicht zu gefährden, wurden die Dienste zwar beibehalten, aber eingeschränkt. Zu den Betreuungsaufgaben bei der Ersteingliederung kamen Integrationshilfen hinzu. Ihre wichtigste Klientel bleibt die nunmehr in die Jahre gekommene erste Einwanderergeneration, deren Deutsch sich im Verlauf der Jahrzehnte kaum verbessert hat und die mehrfach belastet ist durch materielle, gesundheitliche und psychosoziale Probleme (z.B. Generationskonflikte, Isolation, Ausländerfeindlichkeit).

Mittlerweile hat sich mit dem Generationenwechsel die Qualifikationsstruktur dieser Dienste wesentlich verbessert, und allenthalben arbeiten die Träger an einer Reform der Dienste. Als wichtigste Neuerung wird die Entkoppelung von bestimmten Nationalitäten angestrebt. Die zukünftig nationalitätenunspezifischen Migrationsdienste werden von den staatlichen Zuschussgebern angehalten, die Gruppen der Neueinwanderer z.B. aus dem ehemaligen Ostblock stärker zu berücksichtigen – auch in ihrer Personalstruktur. Die umstrukturierten Dienste sollen sich auf ihre Ersteingliederungsaufgabe zurückziehen und ihre

Klientel langfristig auf die Regeldienste hin orientieren. Dies soll u.a. durch eine engere Vernetzung zwischen den Diensten für Migration und den allgemeinen sozialen Diensten erreicht werden, eingeleitet durch gemeinsamen Erfahrungsaustausch und Fortbildung. Gleichzeitig bemühen sich die Träger um eine Fusion der Bereiche Arbeit mit Migranten, mit Aussiedlern und mit Flüchtlingen (deren Arbeit hier nicht differenziert dargestellt werden kann). Da Strukturen träge sind, kommt die Reform aber nur sehr zögerlich voran – gebremst auch durch Existenzängste. Viele Mitarbeiter befürchten, dass die Strukturreform zur »Verschlankung« des Personals genutzt wird. Letztendlich bleibt der Status der Migrationsdienste ungeklärt und eine freiwillige – und insofern jederzeit gefährdete – Leistung der staatlichen Geldgeber, solange sich die Regierung nicht zu einem Einwanderungsgesetz durchringt, in dem dann auch die Finanzierung dieser Dienste als Pflichtaufgabe verankert würde (wie in anderen erklärten Einwanderungsländern).

Initiativen in der Ausländerarbeit und migrantenspezifische Modellprojekte: Neben den generalistischen Sozialdiensten für Migranten, die faktisch – wenn auch unzulänglich geschult – nach der Methode des case-work-managements arbeiten, hat sich eine Fülle anderer Angebote entwickelt. Aus Platzgründen möchte ich hier nur einige Beispiele herausgreifen: Wegen der Zunahme psychosozialer Probleme und der Überforderung der generalistischen »Sozialdienste für Ausländer« entstanden in einigen Großstädten psychologische Fachdienste für einzelne Migrantennationalitäten (z.B. in München, Frankfurt, Köln). Zur Stärkung der Position der Mädchen und Frauen in der Migrantenfamilie entwickelten sich aus der Frauenbewegung heraus zahlreiche Angebote für Migrantinnen (Gruppenarbeit, Treffs, Beratung, Zufluchtsstätten). Der »Verband binationaler Familien und Partnerschaften« (IAF) hat ein breites Netz von Angeboten in vielen – auch kleineren – Städten aufgebaut (zur Begegnung, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit usw.). Aus den Initiativen in der Ausländerarbeit, die im Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit (VIA) organisiert sind und anfänglich ehrenamtlich Hausaufgabenhilfen organisiert haben (weil die Schule ihrer Integrationsaufgabe nicht nachkam), sind inzwischen anerkannte, professionell arbeitende Träger der außerschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen hervorgegangen (vorbildlich z.B. die Initiativgruppe München). Im Bereich außerschulischer Förderung und interkultureller Schulsozialarbeit arbeiten die kommunalen Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA), die derzeit in 20 Städten in Nordrhein-Westfalen und den neuen Bundesländern aktiv sind. Im Altenbereich ist das Rote Kreuz Vorreiter bei der Organisation interkultureller Altentreffs (z.B. im Frankfurter Bahnhofsviertel).

Die inzwischen unübersichtliche Angebotsvielfalt darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Angebote nicht vergleichbar sind mit dem System der allgemeinen sozialen Dienste der freien, kommunalen und staatlichen Träger. In der Regel handelt es sich um punktuelle Modellprojekte, die nach der Modellphase harte Schnitte hinnehmen müssen und keineswegs vergleichbar flächendeckend sind. Als freiwillige Leistungen sind sie finanziell auf wackeligen Füßen und müssen mit einem Dauerprovisorium leben. Unverhältnismäßig viele Mitarbeiter sind auf ABM-Basis eingestellt, worunter die Kontinuität der Arbeit und die Motivation der unsicher Beschäftigten leiden.

Will man die Versorgungsdefizite ernsthaft beheben, geht kein Weg vorbei an der interkulturellen Öffnung des gesamten Systems sozialer Dienste. Mit ihr würde auch ein wichtiges Signal gesetzt und demonstriert, dass sich die sozialen Dienste um einen bedarfsgerechten Service für die Einwandererklientel bemühen – die ja in gleicher Weise zur Finanzierung dieser Dienste beiträgt bzw. aus dem sozialstaatlichen Selbstverständnis heraus eigentlich zur

bevorzugten Klientel gehören müsste, da sich bei den Migranten die sozialen Probleme unserer Gesellschaft potenzieren.

Zugangsbarrieren zu den Regeleinrichtungen und ihre Überwindung

In einer eigenen Untersuchung über Zugangsprobleme zu den psychosozialen Regeleinrichtungen (im Unterschied zu den zielgruppenspezifischen »Sondereinrichtungen«) Frankfurts habe ich viele empirische Hinweise für die in der Literatur immer wieder geäußerten Vermutungen finden können (Gaitanides 1992):

- Keine muttersprachlichen Mitarbeiter/innen und/oder Migrant/innen (geringes Vertrauen in Parteilichkeit, geringe sprachliche und kulturelle Verständigungs- bzw. Identifikationsmöglichkeit),
- fehlende Information über das Angebot,
- Unterstellung von ethnozentrischen und rassistischen Vorurteilen,
- kulturelle Hemmungen gegenüber psychosozialen Beratungs- und Hilfsangeboten (Scham, Ehre, traditionelles Krankheitskonzept: Außenwirkung – Verhexung, Unfall – als Krankheitsursache, geringes Bewusstsein von psychischen Vorgängen),
- Vorbehalte gegenüber fremdkulturellen ethischen Positionen der Beratungsdienste (»Hetzen die Kinder gegen die Eltern, die Frauen gegen die Männer auf«),
- soziokulturell vermittelte hohe Leidensbereitschaft,
- Stolz/Hemmung, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen,
- mittelschichtenorientierte Arbeitsweise der Regeleinrichtungen (Nondirektive Gesprächsführung und Erarbeitung von Lösungen durch Selbstreflexion erscheinen als Inkompetenz oder Mangel an Engagement),
- Erleben spezialisierter Problemlösungsbearbeitung bzw. der Delegation an andere, für das Spezialproblem zuständige Einrichtungen als Zurückweisung,
- geringe Erwartungen in eine rein psychologische Beratung (folgenlose »Lagertherapie«, wenig lebenspraktische Hilfe),
- Wohnortferne, unflexible Sprechstunden bzw. Öffnungszeiten, Komm-Struktur (beschränkte Mobilität und Flexibilität) sowie
- Übertragung eines kontrollierenden Behördenimages (Misstrauen wegen eventueller Weitergabe aufenthalts- und arbeitsrechtlich relevanter Informationen).

Von besonderer Bedeutung für die Überwindung der Zugangsschwellen scheint der Einsatz von Migranten auf der Mitarbeitererebene zu sein:

- Nicht-deutsche Mitarbeiter finden Zugang zu den subkulturellen kommunikativen Netzwerken und können so das Angebot überhaupt erst bekannt machen. Häufig beginnen sie mit dem Einbringen ihres informellen Bekanntenkreises, der wiederum die Einrichtung weiterempfiehlt. Wichtig ist erst mal der »Eisbrechereffekt« einiger »Pioniere«. Später Hinzukommende fühlen sich dann sicherer und nicht mehr so vereinzelt.
- Vor allem für diejenigen, die über unzulängliche deutsche Sprachkenntnisse verfügen, ist die Kommunikation in der Muttersprache Voraussetzung, um auf differenzierte Weise über Gefühle, Lebenspläne und Normkonflikte reden zu können: »Das Reden in der Hei-

- matsprache wird als direkter, emotional besetzter und unmittelbarer erlebt. Es gibt sogar Bereiche, die nach Meinung der Mitarbeiterinnen nur in der Heimatsprache adäquat gefühlt, gedacht, ausgesprochen, erörtert und verstanden werden können. Oft wurde die Erfahrung gemacht, dass der Klient oder die Klientin zu einem anderen Mensch wird, wenn in die Heimatsprache übergewechselt wird ... Die gemeinsame Sprache wird auch als ein Symbol dafür betrachtet, dass auf den Betroffenen zugegangen wird und er oder sie nicht – wie im fremden Land sonst üblich – als Minderheit auf die Mehrheit zugehen muss. Die gemeinsame Heimatsprache schafft auf beiden Seiten Sicherheit, Akzeptanz, signalisiert Interesse und vermittelt ein positives Gefühl der Vertrautheit« (Arbeiterwohlfahrt 1990).
- Der Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick weist darauf hin, wie wichtig es für das Gelingen von Kommunikation ist, dass der emotionale Subtext von sprachlichen Mitteilungen verstanden wird. Die Dekodierung des emotionalen Bedeutungshofes von Sprache setzt intime Kulturkenntnis und -erfahrung voraus. In der Muttersprache ist ›analoge‹ Kommunikation (emotional-expressive, metaphorisch- assoziative Dimension von Sprache) weit besser möglich als in der spät erlernten Zweitsprache, in der man eher ›digital‹ (rational-sachliche Informationsdimension) kommuniziert (vgl. Watzlawick 1990, S. 61f.).
 - Der gleiche oder ähnliche Kommunikationsstil, den zu erlernen noch viel schwieriger ist als die Sprache, schafft spontanes Vertrauen durch geteilte Gemeinsamkeiten: »Bei gesichtsabhängigen Auseinandersetzungen wird das Urvertrauen dadurch aufrecht erhalten, dass der Blick, die Körperhaltung, die Gesten und die Konventionen des üblichen (vertrauten A.d.V.) Unterhaltungsstils unablässig registriert werden« (Giddens 1995, S. 126).
 - Kritik wird von Landsleuten oft eher akzeptiert als von Außenstehenden. So kann der Perspektivenwechsel zur Einsicht in die funktionalen Erfordernisse »moderner« Familienerziehung leichter durch Gruppenangehörige als durch eine deutsche pädagogische Kraft herbeigeführt werden, der leicht eine ethnozentrische Sichtweise unterstellt werden kann (Scheib-Veneto 1993, S. 52).
 - Menschen lernen durch Vorbilder (Bandura 1976) – insbesondere Menschen, die durch den Einfluss der traditionellen Sozialisation noch stärker zur Identifikation mit und Anlehnung an Bezugspersonen neigen. Viele junge Migranten sind hungrig nach der Identifikation mit Vorbildern, die beide kulturellen Einflüsse auf eine produktive und zugleich die Ich-Autonomie stärkende Weise in sich vereinigt haben. Das bikulturell sozialisierte nicht-deutsche Personal sozialer und pädagogischer Einrichtungen kann eine solche Vorbildfunktion erfüllen und über den beschriebenen Identifikationsvorgang Lernmotivationen aufbauen (Gaitanides 1997).

Neben dem Fehlen muttersprachlichen Fachpersonals sind als Zugangshindernisse noch andere Strukturelemente der psychosozialen Regelangebote zu nennen – zumal für Migranten, die noch in Unterschichtenpositionen eingeschlossen sind, und das ist die Mehrheit. Ähnlich wie bei deutschen Unterschichtenangehörigen haben zentrale, wohnortferne Angebote, die lediglich in Programmzetteln angekündigt werden, keine Chance.

Die Mobilität und das Zeitbudget von Migranteneltern sind – wie ich oben schon ausgeführt habe – durch die restriktiven Alltagsbedingungen sehr eingeschränkt. Hinzu kommt das Misstrauen gegenüber »gesichtsunabhängigen« (Giddens) Institutionen. Dezentrale und/oder aufsuchende Angebotsstrukturen können den Zugang erheblich erleichtern. Dies habe ich in meiner Frankfurter Untersuchung am Beispiel von Pro Familia und der Frühförderung der

Lebenshilfe e.V. zeigen können (Gaitanides 1992). Ein anderes Beispiel aus dem Bereich der Familienhilfe wären die sehr erfolgreichen Kurse und Gruppen des Stuttgarter »Elternseminars« (Jugendamt Stuttgart), deren mobile Einsatztruppe dort hingehet, wo die nicht-deutschen Eltern verkehren. Freilich liegt deren Erfolg auch in dem Einsatz von Referententandems begründet, wobei immer ein/e Co-Referent/in ein/e Migrant/in ist.

Die meines Erachtens auch sehr wichtigen Selbsterfahrungsangebote müssen eingebettet sein in konkrete Einzelfallhilfe, Neigungs- und Bildungsangebote sowie informelle Treffpunktarbeit – am besten unter einem Dach oder in unmittelbarer Nachbarschaft. Zu dieser Einschätzung kommen auch die Mitarbeiterinnen von Einrichtungen, die Gruppenarbeit mit Migrantinnen machen (z.B. »infrac« und »Beratungszentrum für ausländische Familien« in Frankfurt, »Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder« und »Griechisches Haus« in München).

Erwerb interkultureller Kompetenz

Sind es bei den Migrantinnen mit schlechten deutschen Sprachkenntnissen und stärkeren traditionellen Prägungen eher die Verständigungsprobleme, die Distanz zur Einrichtung schaffen – falls dort die eigenen Leute nicht repräsentiert sind –, so ist es bei der in der Bundesrepublik aufgewachsenen Einwanderergeneration eher das Misstrauen gegenüber den Vorurteilshaltungen der deutschen Mitarbeiter/innen und Teilnehmer/innen, mit denen sie konfrontiert werden könnten. Sie erleben gerade auch in den sozialpädagogischen Regeleinrichtungen eine rasche – meist gut gemeinte – Zuordnung zur klischeehaft wahrgenommenen und gedeuteten Herkunftskultur. So geraten sie in die Rolle der Interpreten und Verteidiger der Herkunftskultur, würden aber lieber als Individuen wahrgenommen werden und über ihre eigentlichen, individuellen Probleme reden. Beispielsweise würden sie sich in einer deutschen Gruppe davor hüten, über die Bevormundung der Eltern zu berichten, um nicht klischeehafte Deutungen zu provozieren. Außerdem erwarten sie wenig Empathie für die Skrupel, die sie gegenüber ihren Eltern empfinden, die so viel in ihre bessere Zukunft investiert haben.

Diese Befürchtungen resultieren meines Erachtens weniger aus groben Unterstellungen als vielmehr aus der Generalisierung von vielen Einzelerfahrungen. Die »diskreditierenden« dominanten Gruppen haben da eine ganz andere Wahrnehmung als die betroffenen Minderheiten. Die dominante Gruppe hält die Reaktionen der Minderheiten häufig für übertrieben und für einen Ausdruck von psychischen Komplexen. Das haben Forschungen zur Selbst- und Fremdwahrnehmung von Geschlechterbeziehungen genauso erwiesen wie meine Erhebung zum »Verhältnis Deutsche und Ausländer im Studium« (Gaitanides 1996). Das Nicht-Ernstnehmen und Bagatellisieren der Diskriminierungsvorwürfe kann ein Rückzugsverhalten oder auch Aggressionen bei denjenigen provozieren, die sich ungleich behandelt fühlen. Am Schluss fühlen sich alle unwohl und gehen sich aus dem Wege (vgl. Goffman 1967; Rommelspacher 1995).

Dieser Zirkel asymmetrischer Kommunikation kann durchbrochen werden, wenn die Interaktionspartner sich mit dem Paradigma interkulturellen Lernens auseinander setzen und lernen ihre Wahrnehmungs- und Deutungsgewohnheiten selbstkritisch zu verändern. Diesbezüglichen Nachholbedarf haben eher die Vertreter der Mehrheitsgesellschaft. Die meisten Migrantinnen sind ihnen da durch ihre bikulturellen und ihre Außenseitererfahrungen eine Lektion voraus. Dass es sich dabei nicht nur um die Intellektuellen unter den Migrantinnen

handelt, dafür sprechen die Befunde von Nauck (1994) über die starke Verbreitung des Erziehungswertes »Empathie« auch unter den einfachen Migrantenfamilien.

Interkulturelle Kompetenz sollte in Zukunft in den Kanon der Schlüsselqualifikationen für Pädagog/innen und Sozialarbeiter/innen aufgenommen werden, die im Studium obligatorisch vermittelt werden, und zum Gegenstand von Fort- und Weiterbildung gemacht werden. Unter interkultureller Kompetenz verstehe ich einerseits kognitives Wissen (Grundkenntnisse über oben erwähnte Problemlagen, Herkunftskulturen und subkulturelle Bewältigungsmuster, über Erscheinungsformen und Ursachen des Rassismus usw.) und andererseits besonders entwickelte »*Handlungskompetenz*« – ein hohes Maß an Empathie, Rollenflexibilität, Ambiguitätstoleranz, Ich-Stärke sowie Verhandlungs- und Konfliktfähigkeit (vgl. Beneke 1994; Hinz-Rommel 1994). Ansatzweise erlernt werden kann interkulturelle Kompetenz am besten durch pädagogische Gruppenarbeit in einem Setting, das intensive Selbsterfahrungs- und Selbstreflexionsprozesse zulässt – also durch prozessorientierte gruppenpädagogische Verfahren. Der herbeizuführende Perspektivenwechsel wird durch eine multikulturelle Zusammensetzung der Gruppe – auf der Mitarbeiter/ innen- wie auf der Teilnehmer/innen-Ebene – erleichtert.

Die Einrichtungen der Familienbildung wären ein ideales Lernfeld für die Erweiterung der Handlungskompetenz in Richtung interkultureller Kompetenz, da gruppenpädagogische Verfahren in ihnen überwiegen. Rein kognitive Wissensaneignung – über fremde Kulturen und die subkulturellen Lebenswelten von Migranten – ohne die selbstreflexive Bearbeitung der unterschweligen Motive der eigenen Vorurteilsbereitschaft kann in seiner Wirkung hingegen kontraproduktiv sein: Machen wir uns unsere unbewussten Projektionen auf die so genannten »Fremden« nicht bewusst, werden wir die neuen Informationen so selektiv verarbeiten, dass sie diese nur noch besser untermauern. Dechiffrieren wir nicht das eigene Interesse an Besitzstandswahrung und Dominanz in den Bildern, die wir uns von den ethnischen Einwanderer-Minoritäten machen, werden wir nur noch mehr Argumentationsmaterial anhäufen, um unsere relativ privilegierte Stellung ihnen gegenüber zu rechtfertigen.

Dieser Selbstreflexionsprozess ist äußerst schmerzhaft und folgenreich. Er konfrontiert uns mit den Untiefen unserer Seele genauso wie mit unserem verborgenen Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Machtungleichgewichte. Dies kränkt unser Selbstbild als Demokraten und aufgeklärte Pädagogen, die sich dem Gleichheitsgedanken verpflichtet fühlen. Weil die Logik des interkulturellen Lernprozesses zu einer unangenehmen Revision unseres moralischen und beruflichen Selbstbildes führen muss und weil interkultureller Dialog und Gleichstellungspolitik – die ja ohne die Teilung von Macht und die Aufgabe von Privilegien nicht durchführbar ist – zwei Seiten ein und der selben Medaille sind, neigen wir zur Konfliktvermeidung durch Rückzug und zum Ignorieren der interkulturellen Herausforderungen.

Literatur

- Apitzsch, U.: Migration und Biografie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1996
Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Bayern: Modellversuch psychosoziale Beratung für Ausländer. München: Selbstverlag 1990
Badura, A. (Hrsg.): Lernen am Modell. Stuttgart: Klett 1976
Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Ausländer: Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1993. Bonn: Deutscher Bundestag 1994

- Beneke, J.: Das Hildesheimer Profil Interkultureller Kompetenz. In: Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.): Interkulturelle Kommunikation und Interkulturelles Lernen. Tagungsbericht (Bad Boll 29.–31.1.1993). Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen 1994
- Gaitanides, S.: Sozialstruktur und »Ausländerproblem«. München: DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut 1983
- Gaitanides, S.: Psychosoziale Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main. Informationsdienst zur Ausländerarbeit 1992, Heft 3/4, S. 127–145
- Gaitanides, S.: Verstehen, Verständigung, Vertrautheit. Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation im Berufsalltag mit Migrant/innen unter dem Aspekt sprachlich-kultureller Vertrautheit. Sozialmagazin 1997, 22 (1), S. 52–56
- Gaitanides, S./Kirchlechner, B.: Deutsche und Ausländer im Studium. Eine Befragung deutscher und ausländischer Studenten ausgewählter Fachbereiche der Fachhochschule Frankfurt/Main. Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit 1996, Heft 3/4, S. 72–75
- Giddens, A.: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1995
- Goffman, E.: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1967
- Gordon, T.: Familienkonferenz. Die Lösung von Konflikten zwischen Eltern und Kind. Reinbek: Rowohlt 1980
- Grüneisen, V./Hoff, E.H.: Familienerziehung und Lebenssituation. Weinheim: Beltz 1977
- Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim: Juventa, 4. Aufl. 1993
- Heitmeyer, W./Müller, J./Schröder, H.: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1997
- Herwartz-Emden, L.: Mutterschaft und weibliches Selbstkonzept. Eine interkulturell vergleichende Untersuchung. München: Juventa 1995
- Hinz-Rommel, W.: Interkulturelle Kompetenz. Ein neues Anforderungsprofil für die soziale Arbeit. Münster: Waxmann 1994
- Koderisch, A.: Interkulturelle Öffnung – aber wie? In: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (Hrsg.): Familienbildung und Elternarbeit in der Einwanderergesellschaft. Bonn: Selbstverlag 1996
- Meireis, H.: Präventiver Status Frankfurter Schulanfänger unter Berücksichtigung ihrer Herkunft. In: Abstraktsammlung des Kongresses »Migrantenmedizin in Hessen« vom 6.5.1995. Manuskript. Frankfurt/Main 1995
- Nauck, B.: Zur Situation türkischer Frauen und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. In: Irigary, L. (Hrsg.): Frauenforschung, Band V. Zur Geschlechterdifferenz: Interviews und Vorträge. Wien: Wiener Frauenverlag 1987, S. 89–97
- Nauck, B.: Fruchtbarkeitsunterschiede in der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei. Ein interkultureller interkontextueller Vergleich. In: Volland, E. (Hrsg.): Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992, S. 239–269
- Nauck, B.: Erziehungsklima, intergenerative Transmission und Sozialisation von Jugendlichen in türkischen Migrantenfamilien. Zeitschrift für Pädagogik 1994, 40 (1), S. 43–62
- Nauck, B./Oezel, S.: Erziehungsvorstellungen und Sozialisationspraktiken in türkischen Migrantenfamilien. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 1986, 6, S. 285–312
- Oevermann, U.: Schichtspezifische Formen des Sprachverhaltens und ihr Einfluss auf die kognitiven Prozesse. In: Roth, H. (Hrsg.): Begabung und Lernen. Stuttgart: Klett 1968, S. 297–356
- Pavcovic, G.: Psychosoziale Beratung von Arbeitsmigranten aus dem ehemaligen Jugoslawien. In: Lajios, K. (Hrsg.): Die psychosoziale Situation von Ausländern in der Bundesrepublik. Opladen: Leske + Budrich 1993, S. 35–44
- Radtke, F.-O.: Multikulturell. Das Gesellschaftsdesign der 90er. Informationsdienst zur Ausländerarbeit 1990, Heft 4, S. 27–34
- Rommelspacher, B.: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag 1995
- Scheib-Veneto, V.: Psychosoziale Versorgung ausländischer Frauen und Mädchen in der BRD. In: Lajios, K. (Hrsg.): Die psychosoziale Situation von Ausländern in der Bundesrepublik. Opladen: Leske + Budrich 1993, S. 45–54
- Sen, F.: Migration, Lebensgestaltung und Partizipation in einem fremden Land – eine Bilanz. Informationsdienst zur Ausländerarbeit 1994, Heft 3/4, S. 24–29
- Steinkamp, G./Stief, W.H.: Lebensbedingungen und Sozialisation. Opladen: Westdeutscher Verlag 1978
- Taylor, C.: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1993
- Watzlawick, P./Beavin, J.H./Jackson, D.D.: Menschliche Kommunikation. Bern: Huber, 8. Aufl. 1990

Familien mit besonderen Belastungen

Sozial schwache Familien

Allen Unkenrufen und Individualisierungstendenzen zum Trotz nimmt die Familie als Netzwerk gegenseitiger Hilfeleistungen noch immer eine eindeutige Vorrangstellung ein. Sie hat weiterhin eine »normative und reale Letztverantwortung für viele Problemlagen« (Helbrecht-Jordan 1996, S. 179). Ihre Funktionen sind u.a.:

- die psychische, emotionale und kognitive Entwicklung des Kindes sowie die Einübung und Verinnerlichung der wesentlichen Normen der Gesellschaft (Sozialisation),
- der Erhalt und die ständige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit durch Versorgung und Erziehung (Reproduktion) sowie
- die Entlastung vom Stress der außerfamilialen, insbesondere Arbeitswelt (emotionaler Spannungsausgleich).

Als sozial schwache Familien sollen hier nun Familien verstanden werden, die diese Funktionen nicht hinreichend erfüllen können. Sozial schwache Familien – in der Regel arme Familien – sind solche, deren »soziale Handlungsfähigkeit ... auf der Basis immer wieder erfahrener Machtlosigkeit und Abhängigkeit vom Gefühl der »Demoralisierung« bedroht ist« (Keupp 1994, S. 16). Allerdings finde ich den Begriff »sozial schwach« problematisch, weil hier das Wort »sozial« eine Umdeutung des eigentlich Gemeinten erfährt: »Sozial« als ein Begriff für gerechte Lebensverhältnisse und für ein gemeinschaftlich motiviertes solidarisches Verhalten innerhalb eines Kollektivs.

Den Praktiker/innen der sozialen Arbeit begegnen solche Familien als »Problemfamilien«. Allerdings sagt ein so unpräziser Begriff wie »Problemfamilie« weniger über die Probleme der Familien aus als darüber, dass die soziale Arbeit und die Gesellschaft Probleme mit diesen Familien haben. Um mit ihnen arbeiten zu können, muss der Sozialpraktiker sich auf die unterschiedlichen Einflussfaktoren einlassen, die das Geschehen in einer Familie prägen. Er muss »die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ... kennen, welche auf die Familie als gesellschaftliche Institution einwirken; gleichzeitig jedoch muss er berücksichtigen, dass diese Rahmenbedingungen jeweils durch konkrete Erfahrungen am Arbeitsplatz und in den Lebensverhältnissen (z.B. Wohnung) vermittelt werden, und dass die Mitglieder einer Familie ihre Beziehungen in Abhängigkeit von Erfahrungen, Situationen und individuellen Einstellungen definieren und gestalten« (Liegle 1987, S. 322).

Im Folgenden sollen einige Aussagen über sozial schwache Familien und den Umgang mit ihnen gemacht werden. Dabei geht es in diesem Beitrag allerdings nur um Maßnahmen der sozialen Arbeit, nicht aber der Sozialpolitik (dazu vgl. Conen 1997; Hanesch 1997; Schäfers/Wewer 1996). Die Basis dieser Aussagen sind vor allem Erfahrungen und Untersu-

chungen eigener Projektarbeit in einem Duisburger Armutsquartier (Oelschlägel 1993, 1997; Rommelspacher/Oelschlägel 1989; Tobias/Boettner 1992), die durch Erfahrungen aus anderen Projekten, z.B. in Saarbrücken (Stadtteilbüro Malstatt 1993), in der Region Aachen (Forum der Arbeit 1994) und in Trier (Ries et al. 1997), gestützt werden. Sicher erscheint Armut in vielen anderen Formen: vereinzelt und versteckt in »normalen« Wohnquartieren, als ländliche Armut in Dörfern und Kleinstädten, als »neue« Armut in Einfamilienhaussiedlungen ... Dennoch halte ich diesen Erfahrungsbereich »Armutsquartier« für verallgemeinerbar, da bei der gegenwärtigen Armutsentwicklung weitere Segregationsprozesse, d.h. Zusammenballungsprozesse von Armenbevölkerung, zu erwarten sind.

Betrachtet man nun diese Dimension der Armut, ihre räumliche Verteilung auf der Ebene von Stadtteilen, so kann man zwei Pole unterscheiden: Auf der einen Seite ist festzustellen, dass sich ein großer Teil dieser Armut hinter noch recht gut erhaltenen Fassaden versteckt. »In Deutschland nimmt, angesichts einer Wohnungsmarktsituation, die kaum noch eine Fluktuation zulässt, das Ausmaß versteckter Armut zu. Selbst wenn die Wohnkosten für zahlreiche Familien kaum noch aufzubringen sind, besteht in den meisten Fällen keine Möglichkeit zu einem Umzug in eine preiswertere Wohnung« (Froessler 1994, S. 12). Das führt dazu, dass immer höhere Anteile des Einkommens für die Miete benötigt werden und dies mit Einschränkungen an anderer Stelle (Urlaub, Ernährung usw.) kompensiert werden muss. Stadtsoziolog/innen stellten in diesem Zusammenhang noch ein anderes Phänomen fest: eine immer dichtere Belegung der Wohnungen bis hin zu nahezu unerträglichen Wohnverhältnissen, ein regelrechtes »Zulaufen« von Wohnquartieren (a.a.O.). Der Gegenpol zu dieser verdeckten Armut ist die stetig ansteigende Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit, für die von den Städten immer mehr Ressourcen aufgebracht werden müssen und die dort auch immer sichtbarer wird. Zwischen diesen beiden Polen finden Prozesse weiterer Verarmung und Ausgrenzung und deren Konzentration in bestimmten, in der kommunalen Planungssprache gern »benachteiligte Stadtgebiete« genannten Quartieren statt. Dies ist einerseits ein Markt- und Konkurrenzprozess, in dem benachteiligte Nachfragergruppen nur wenige Chancen haben. Es ist andererseits auch ein durch kommunale Politik gesteuerter Prozess: durch die starke Abschmelzung des Bestandes an preisgebundenen Wohnungen müssen die Kommunen Familien in der Lebenslage Armut in den immer knapper werdenden Bestand von Sozialwohnungen einweisen. Neue Ghettos werden so geschaffen.

Arme Familien

Die gravierendsten Auswirkungen auf Familien gehen heute von der Arbeitslosigkeit aus, in deren Gefolge sich zumeist Armut einstellt. »In den letzten Jahren hat der Anteil der Familien mit Kindern unter den Sozialhilfebeziehern zugenommen: 28% der Sozialhilfe beziehenden Haushalte sind Familien; sie sind dies zu mehr als 50% aufgrund von Arbeitslosigkeit. Der Anteil der verschuldeten Familien hat stark zugenommen« (Weidacher 1995, S. 173). Viele Familien geraten in Armutssituationen, gerade weil sie Familien sind. Jeder für sich bzw. die Eltern ohne Kinder hätten die Chance, andere Lebensstrategien zu realisieren, als ihnen aufgrund der familiären Situation möglich ist. Das betrifft beispielsweise die berufliche Mobilität oder auch die Frage ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums. Die immer nötiger werdende private Vermögensbildung – um eine angemessene Altersversorgung zu sichern – ist gerade Eltern dann nicht möglich, wenn ihre Kinder heranwachsen und in der Ausbildung

sind.

Gleichzeitig haben sich in den letzten Jahren die Ausgaben für Grundbedürfnisse, für die es in der Familie keinen Spielraum für Einsparungen gibt, drastisch erhöht: Mieten und Mietnebenkosten (z.B. Müllabfuhr, Wasser, Strom), Kosten für öffentliche Verkehrsmittel, Versicherungen usw. Hinzu kommen die gestiegenen Kosten für das Aufziehen der Kinder aufgrund längerer Bildungszeiten, stärkerer Bedeutung und Kommerzialisierung von Hobby und Sport sowie der Vermarktung von Konsumwünschen, auf deren Erfüllung vor allem Kinder aus unteren Einkommensschichten massiv bestehen und damit ihre Eltern unter Druck setzen.

Die bedrückenden quantitativen Ausmaße familialer Armut können in den »großen« Armutstudien der letzten Jahre nachgelesen werden (Deutscher Caritasverband und Diakonisches Werk 1997; Hanesch 1994; Hauser/Hübinger 1993, 1995; Hauser et al. 1996; Leibfried et al. 1995). Als besonderes Problem stellt sich – das belegt die aktuellste Untersuchung in den neuen Bundesländern (Deutscher Caritasverband und Diakonisches Werk 1997) – die »verdeckte Armut« dar: »Auf eine Person, die sozialhilfebedürftig ist und ihren Anspruch wahrnimmt, kommen fast zwei, die – aus unterschiedlichen Gründen – die ihnen zustehenden Leistungen aus der Sozialhilfe nicht in Anspruch nehmen und damit in einer gravierenden Armutssituation leben. Bezogen auf die Familiensituation bedeutet dies: Paare mit zwei Kindern sind zu über 18%, Paare mit drei und mehr Kindern sogar zu fast 25% verdeckt arm« (Broch 1997, S. 12).

Wie sozial schwache Familien leben

Wie sozial schwache Familien ihren Alltag bewältigen, darüber kann man aus quantitativen Untersuchungen nur wenig erfahren. Wenn Sozialarbeit etwas zur Bewältigung von Armut und ihren Folgen beitragen soll, dann ist eine wichtige Voraussetzung, dass die Sozialarbeiter/innen wissen, welche Strategien des Umgangs mit ihrer Armut die sozial schwachen Familien selbst entwickeln. Das behutsam herauszufinden, ist eine wichtige Aufgabe von Sozialarbeit und Sozialberichterstattung: Wollen Sozialwissenschaft und Sozialarbeit soziale Wirklichkeit verstehen, dann muss ihnen klar sein – und das hat auch methodische Konsequenzen –, »dass ihr Gegenstand schon immer von den in diesen sozialen Wirklichkeiten lebenden, handelnden und sich verständigenden Menschen (vor-) interpretiert ist; freilich in jeweiligen lebensweltlichen Verstrickungen aus Geschichten, Milieus und Situationen, die den Außenstehenden ... eine besondere Verstehensleistung und Dialogbereitschaft aufnötigt« (Hahn 1988, S. 34f.).

1. Nutzung von Ressourcen: Die meisten armen Familien kommen mit dem, was sie an Leistungen erhalten, sehr knapp oder gar nicht aus. Sie mobilisieren zusätzliche Ressourcen. So gibt es viele Versuche des Nebenerwerbs. Dazu gehört wesentlich die Schwarzarbeit, z.B. Verteilen von Reklamezetteln, handwerkliche Tätigkeiten oder Aushilfe in Geschäften. »Um sich auf diesem unregelmäßigen, unübersichtlichen und rechtlich ungesicherten Arbeitsmarkt zu behaupten, genügt es nicht, ein halbwegs brauchbarer Handwerker zu sein, vielmehr muss man auch über eine gehörige Portion Geschäftssinn verfügen. Man ist gewissermaßen sein eigener Unternehmer ...« (Boettner/Tobias 1989, S. 25).

Wie die Caritas-Untersuchung (Hauser/Hübinger 1995) stellten auch wir fest: Fast alle Betroffenen, die wir befragt haben oder kennen, können auf Ressourcen der Familie (Eltern,

Schwiegereltern, Geschwister) zurückgreifen: auf Geld, Naturalien, Hilfeleistungen, eine kurzfristige Unterkunft usw. Manche gehen auch regelmäßig zu den Pfarrern der Kirchengemeinden, wo sie manchmal »einen Schein bekommen«. Nach den Erzählungen unserer Gesprächspartner/innen werden auch zweckgebundene Gelder in den alltäglichen Haushalt umgelenkt, um über etwas mehr finanziellen Spielraum zu verfügen. »So wird in einem Fall das Diätgeld vom Sozialamt nicht für Diätlebensmittel ausgegeben, sondern es wird als Einkommensquelle angesehen, aus der der tägliche Bedarf gedeckt wird. In einem anderen Fall wird die Kurzulage für Neuanschaffungen verwendet« (Boettner/Tobias 1989, S. 47).

Nachbarn helfen ebenfalls, beispielsweise wenn es um die Stromversorgung geht. Da kann man schon einmal beim Nachbarn »abzapfen«, wenn das Elektrizitätswerk den Strom abgestellt hat. Da kann man sich einen Rat holen oder bekommt ihn auch ungebeten. Und vielleicht kann man sich auch etwas »pumpen«. »Die ständige Umverteilung des Mangels bringt einen Kreislauf gegenseitiger Verschuldung in Gang: obwohl kaum einer genügend besitzt, um selber davon leben zu können, stehen alle untereinander in der Kreide« berichtet Norbert Preußer (1989, S. 167) aus einem anderen Armutsquartier, dem Mühlthal in Wiesbaden.

Die Formen gegenseitiger Hilfe sind vielfältig, werden aber kaum erwähnt, weil sie selbstverständlich zu sein scheinen: Friseur Tätigkeiten, Hilfen bei den doch häufigen Umzügen innerhalb des Stadtteils, Tapezieren ... In diesen Bereichen haben sich gerade die Frauen viele Fertigkeiten angeeignet. Viele allein stehende Frauen tapezieren sich ihre Wohnung selbst. Es werden zahlreiche individuelle Strategien der Ressourcengewinnung, d.h. des Überlebens, entwickelt; von kollektiver Selbsthilfe in einem organisierten Sinn ist nicht die Rede.

Auch die Untersuchung von Napp-Peters (1995) bestätigt diese Bewältigungsstrategien: »Sie reichen von Formen der Subsistenzwirtschaft – man ernährt sich aus dem Gartenbau oder unterhält nachbarschaftliche Tauschbeziehungen wie z.B. Dauerwellenlegen und Haarschneiden gegen Lebensmittel oder Brennstoffe – bis hin zu ausbeuterisch anmutenden Dienstleistungen für Hauswirte oder Verwandte. So wird etwa für eine »niedrige Miete« die Wohnung des Vermieters geputzt und der Garten saubergehalten. Verwandte lassen sich für Zuschüsse zum Haushaltsbudget (z.B. die Übernahme der Kfz-Steuer für den Gebrauchtwagen) regelmäßig die Wäsche waschen, die Wohnung saubermachen u.a.m.« (S. 114f.). Nicht unterschlagen sollte man hier die Erschließung materieller Ressourcen am Rande oder außerhalb der Legalität: kleine Betrügereien (vornehmlich gegenüber dem Sozialamt), Schwarzarbeit, Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln, organisierte Kleindiebstähle etc.

Ebenso ist das Problem der Überschuldung (Kredite, Ratenzahlungen ...) ein besonderes Kapitel, das hier nur erwähnt werden kann. In Notsituationen werden häufig Schuldverpflichtungen eingegangen, in der Regel bei Kreditbanken, die überhöhte Zinsen verlangen. Neuanschaffungen – Auto, Möbel, Fernseher – werden zumeist über Ratenkäufe getätigt. Das Blättern im Versandhauskatalog – der Einkaufsbummel der Armen – eröffnet verlockende Möglichkeiten zu größeren Anschaffungen, auch wenn »momentan« (so sagen sie) kein Geld vorhanden ist und die anfallenden Raten schließlich unbezahlbar werden. Oft erfolgen Anschaffungen auch über Sammelbesteller/innen. Hier ist die Gefahr der Überschuldung besonders groß, weil diese keine allzu strenge Prüfung der Kreditwürdigkeit vornehmen. Mit der Verschuldung gehen die Familien Belastungen ein, die ein spezifisches Finanzmanagement (»Löcher stopfen«) erfordern und bis weit in die Zukunft reichen. Welche Dimensionen

die Überschuldung erreicht, machen die Untersuchungen des Deutschen Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes (1997) in den neuen Bundesländern deutlich: Mehr als 40% der dort Untersuchten gaben ein Negativeinkommen an bzw. waren verschuldet, wobei die Höhe der Verschuldung bis zu 100.000 DM reichte. Die Untersuchungen zeigen deutlich, dass die Situation der Überschuldung schnell erreicht werden kann.

2. *Mobilität*: In allen unseren Untersuchungen – und auch die Beobachtungen aus der praktischen Arbeit anderer Projekte bestätigen dies – wird eine hohe Binnenfluktuation innerhalb des Quartiers festgestellt. Wenige Familien ziehen aus dem Stadtteil weg, eine große Zahl jedoch zieht innerhalb des Stadtteils um. Die Motive können sehr pragmatisch sein: mit einer neuen Adresse, die nicht so schnell bekannt wird, kann man Geldforderungen (wegen Stromgebühren, Miete, Raten usw.) vorerst entweichen. Der Wohnungswechsel kann aber auch als symbolischer Neubeginn gesehen werden: Mit der neuen Wohnung verbindet sich die Vorstellung eines neuen Anfangs und die Illusion eines sozialen Aufstiegs.

Der Aktionsradius der Befragten im Stadtteil beträgt in der Regel nicht mehr als 200 Meter, sieht man von notwendigen Einkäufen und Behördengängen einmal ab. Hier ist annähernd alles zu erreichen, was wichtig ist: der Garten, der Supermarkt, Mutter und Großmutter, die Kneipe oder Trinkhalle, der Bekanntenkreis. Das Sich-wohl-Fühlen ist auf diesen Radius begrenzt. Dies zu wissen, ist wichtig für die Planung von sozialen Einrichtungen: Es impliziert eine deutliche Absage an zentrale Großeinrichtungen zugunsten kleiner dezentraler Räume, wie beispielsweise Nachbarschaftsläden etc. Die Menschen gehen nach unseren Erfahrungen kaum zu Beratungseinrichtungen, wenn sie dafür große Entfernungen zurücklegen müssen.

3. *Vom Umgang mit der Zeit*: Schon die klassische Marienthal-Studie beschrieb den veränderten Umgang mit Zeit als ein wichtiges Phänomen von Arbeitslosigkeit und Armut. Zeit ist genügend da. Aber: »Sie, die sich nicht mehr beeilen müssen, beginnen auch nichts mehr und gleiten allmählich ab aus einer geregelten Existenz ins Ungebundene und Leere. Wenn sie Rückschau halten über einen Abschnitt dieser freien Zeit, dann will ihnen nichts einfallen, was der Mühe wert wäre, erzählt zu werden« (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975, S. 83).

Bei arbeitslosen Männern sind Versuche zu beobachten, den Schein des Normalen, also des Wechsels von Arbeit und Freizeit, aufrechtzuerhalten. Sie gestalten ihre Schwarzarbeit wie ein Normalarbeitsverhältnis – nur gelingt es ihnen oft nicht. Sie grenzen sich von denen ab, denen die Fähigkeit, ihre Zeit zu strukturieren, verloren gegangen ist – von denen, die den lieben langen Tag auf öffentlichen Plätzen sitzen oder vor Trinkhallen stehen, ihre Zeit verreden oder verdösen und Bier trinken, und die sie »Penner« schimpfen.

Der Umfang der Hausarbeit – sofern nicht viele Kinder da sind – reicht bei Frauen nicht aus, um die Zeit eines ganzen Tages zu füllen. Man muss sich die Strukturen des Tages selber setzen. Das ist offenbar nicht leicht. Sich-Unterhalten und Kaffeetrinken sind die Lückenfüller. Auch hier wird die Bedeutung sozialer Einrichtungen als Hilfe bei der Strukturierung von Zeit deutlich. Von Verlangsamung und Ereignislosigkeit berichten auch die Gespräche mit Frauen aus sozial schwachen, insbesondere von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien (Baaken/Hoepfner 1988). Man braucht sich nicht zu beeilen, wenig ist dringend. Resultate und Produkte, die die Leistungsgesellschaft erwartet, verlangt sie von ihnen nicht.

4. *Vom Umgang mit Ämtern*: Zentrales Amt für arme Familien ist das Sozialamt. Hier wird Sozialhilfe – meist die ausschlaggebende Lebensgrundlage – beantragt, gewährt oder abgelehnt. Obgleich ein Recht auf Sozialhilfe besteht und ihre Gewährung kein Gnadentat ist wie das Almosengeben der alten Armenfürsorge, ist eine starke »Schwelle« zu

beobachten. Auffällig ist auch bei vielen Sozialhilfeberechtigten und -empfänger/innen ein geringer Informationsstand. Die Art der Leistungsgewährung vermittelt das Gefühl, betteln zu müssen. Dieses Gefühl führt bei Betroffenen zu wirklich paradoxem Verhalten. Boettner und Tobias (1989) berichten: »Einerseits verzichten sie auf einen Teil der ihnen zustehenden Sozialhilfeleistungen, um dem Sozialamt nicht mehr als unbedingt nötig auf der Tasche liegen zu müssen, andererseits ›betrügen‹ sie das Sozialamt, indem sie einen Teil ihres Lebensunterhalts aus ihrer Schwarzarbeit bestreiten – Einkünfte, die sie eigentlich dem Sozialamt melden müssten und die dann auf ihre Leistungen angerechnet würden« (S. 85).

Nicht wenige Betroffene fühlen sich von den Sachbearbeiter/innen ungerecht behandelt, weil diese nicht die Zeit haben oder sich nehmen, die Klient/innen ausreichend zu informieren. So durchschauen sie nicht, weshalb sie diese Leistung erhalten, jene aber nicht, und warum die Nachbarin scheinbar mehr bekommt als sie selbst (vgl. Krieger/ Pollmann/Schläfke 1989). Sie werden dann aggressiv – meist nur verbal. Boettner und Tobias (1989) interpretieren entsprechende Erzählungen ihrer Interviewpartner (Betroffene und Sachbearbeiter/innen des Sozialamtes) dahin gehend, »dass solche Auseinandersetzungen nicht nur verhältnismäßig seltene Ausnahmen sind, sondern von den Betroffenen im Nachhinein zu Heldentaten hochstilisiert werden, die hauptsächlich dazu dienen, das Bittstellergefühl, unter dem sie normalerweise leiden, zu kompensieren« (S. 84).

Die Situation der Abhängigkeit von Transferleistungen, eher aber noch von den sie gewährenden Ämtern, trägt erheblich zum Verlust des Selbstwertgefühls und zur Resignation bei. »Verwaltet und hin- und hergeschoben, resignieren viele Eltern. Besonders Sozialhilfeempfänger beklagen die langen Wartezeiten in den übervollen Korridoren der Sozialämter, den rüden Ton und die abwertende Behandlung der Sachbearbeiter« (Napp-Peters 1995, S. 115). Je länger der Sozialhilfebezug andauert, desto nachhaltiger haften die Diskriminierungserfahrungen. Normalität geht verloren. Die Menschen erleben sich als solche, die Probleme machen, als Objekte sozialer Kontrolle, deren Ergebnisse zur »Aktenlage« gemacht werden. Die Menschen hier zu stärken, ist Aufgabe der sozialen Arbeit.

5. Besonders betroffen – die Kinder: Vor allem Kinder und Jugendliche werden von der sozialen Schwäche armer Familien in Mitleidenschaft gezogen. Sie sind lange von der Forschung nicht als eigenständige Subjekte wahrgenommen worden. Etliche Autoren verweisen darauf, dass es so gut wie keine aktuellen Studien über die Auswirkungen von Armutserfahrungen in der kindlichen Sozialisation gibt (Dangschat 1996; Zander 1997).

Von Ballusek und Trippner (1995) weisen vor allem auf »die Auswirkungen der Kombination materieller Armut und Mängeln in der Erziehungskompetenz« hin (zit. nach Zander 1997, S. 242), ebenso wie auf die Tatsache, dass die Unzufriedenheit der Erwachsenen mit ihren Lebensbedingungen sich auf die Kinder übertrage, sodass diese auch mit weniger Zufriedenheit und Freude aufwachsen. Die Kinder spüren nachhaltig die Einschränkungen in der Haushaltsführung der Familie. Zwar werden in der Regel zunächst Einsparungen getroffen, die in erster Linie die Erwachsenen betreffen. »Aber sehr bald folgen dann schon Einsparungen bei der Ernährung, bei der Kleidung sowie bei Freizeitaktivitäten, die für Kinder spürbar werden. Kinder leiden dabei nicht nur unter den physisch negativen Auswirkungen auf ihre Gesundheit, sondern vor allem wegen der ausgrenzenden und stigmatisierenden psychosozialen Wirkung von materiellen Einschränkungen (so z.B. Ausschluss vom Kinobesuch, vom Schulausflug, von Geburtstagsfeiern). Dass anhaltende Armutssituationen von Familien sich auch auf die beruflichen Zukunftsperspektiven von Kindern negativ auswirken, liegt auf der Hand« (Zander 1997, S. 245).

Ein bedeutender Aspekt von Lebensqualität ist für Familien, Urlaub zu machen. Diese Möglichkeit ist wesentlich von der Familiengröße abhängig. So sind laut der aktuellen Untersuchung des Deutschen Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes (1997, zit. nach Broch 1997, S. 12) Paare mit drei oder mehr Kindern zu knapp 75% noch nie im Urlaub gewesen.

Armut hat nicht nur finanzielle Einbußen und mangelnde Teilnahmemöglichkeiten an vielen Aktivitäten, wie z.B. Urlaub, zur Folge, sondern ist eine zentrale Krankheitswurzel der Gesellschaft. Das geflügelte Wort »Weil du arm bist, musst du eher sterben« gilt noch immer. Und gerade Kinder und Jugendliche sind die einzige Bevölkerungsgruppe, deren Gesundheit sich in den letzten 20 Jahren spürbar verschlechtert hat. Die Studien von Linnenbank (1987) und Kieselbach (1988) ergaben, dass Arbeitslosigkeit eines oder beider Elternteile bei vielen Betroffenen zu signifikanten gesundheitlichen Einschränkungen führte, die sich in gleicher oder ähnlicher Form dann auch bei den Kindern wiederfinden ließen. Dabei handelte es sich überwiegend um psychosomatische Symptome wie beispielsweise Schlaflosigkeit, Herzbeschwerden, Reizbarkeit, Depressivität, Kopf- und Magenschmerzen. Allerdings beginnen die gesundheitlichen Einschränkungen schon damit, dass oft bei der Ernährung gespart wird (vgl. Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993). Vor allem auf frisches Obst und Gemüse wird verzichtet. Die knappe Haushaltskasse führt zu einer abwechslungsarmen, eingeschränkten Ernährung mit allen negativen Folgen für die Gesundheit.

Nach allen Armutsuntersuchungen sind kinderreiche Familien von Unterversorgungslagen im Wohnbereich überproportional häufig betroffen (vgl. Hanesch et al. 1994, S. 167). Aber gerade für Kinder sind die Folgen von Wohnraumknappheit nicht zu unterschätzen, da sie Platz zum Spielen und Ruhe für die Hausaufgaben brauchen. Stadtteilbezogene Armutsberichte (Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993; Stadtteilbüro Malstatt 1993) zeigen, dass sich viele Kinder sozial schwacher Familien mit Geschwistern ein Zimmer teilen und Hausaufgaben im Wohnzimmer der Familie machen müssen und dass sie keinen Raum für Spielaktivitäten oder Rückzugsmöglichkeiten haben. »Die Gefahr, dass sich familiäre Konflikte zuspitzen, die sich aus unterschiedlichen Zeitrhythmen, Ordnungserfordernissen, Aktivitäts- und Ruhewünschen ergeben, ist groß« (Neuberger 1997, S. 90).

Ein großes Problem für sozial schwache Familien sind die abnehmenden Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben. Dies kann bis hin zur Isolation der Familie oder einzelner Personen führen. Im Caritasverband Aachen haben engagierte Menschen versucht, einige Wochen lang nur von der Summe zu leben, die ihnen als Sozialhilfe zustehen würde. Ihr Fazit: Armut macht einsam. Ein Ehepaar schreibt von seinen Erfahrungen: »... dann die Geburtstagsgeschenke für Kinder und Enkelkinder etc., das ist mit der Sozialhilfe nicht zu bewerkstelligen, da muss man zurückstecken, und das führt wohl in die Vereinsamung, man wird eingeladen, kann nichts mitnehmen und bleibt zu Hause« (Liedgers/Schnitzler 1997, S. 229). Und eine andere Familie berichtet von ihrem Versuch, nur von Sozialhilfe zu leben, dass die Töchter nun nicht mehr mit ihren Freundinnen telefonieren konnten, der Vater sich den Besuch des Bundesligaspiels »seiner« Mannschaft versagen musste und für den Sohn das Geld nicht für den Kinobesuch reichte. Während dieser Aktion haben sie sich immer mehr von ihren Freunden zurückgezogen. Die Eltern betonten, dass »sie froh seien, morgens zur Arbeit gehen zu können, denn wenn man sich nichts erlauben kann und dann auch noch den ganzen Tag zu Hause sitzen muss, wird man verrückt« (a.a.O., S. 232). In vielen sozial schwachen Familien gibt es allerdings niemand, der zu Arbeit gehen könnte. Empirische Untersuchungen bestätigen die hier vorgetragenen Erfahrungen nachhaltig, insbesondere für

Kinder (vgl. Tobias/ Boettner 1992; Walper 1995).

Soziale Arbeit für sozial schwache Familien

Für die soziale Arbeit sehe ich die Aufgabe, die sozial schwachen Familien nachhaltig zu unterstützen und eigene Handlungspotentiale bei ihnen zu mobilisieren, damit ein Ausweg aus ihrer Situation zumindest machbar erscheint. »Nachhaltige Hilfe bietet soziale Arbeit dann, wenn sie die Lebenswelt und den Lebensraum der Betroffenen einbezieht und deren Selbsthilfekräfte fördert und unterstützt« (Schleimer 1997, S. 41).

Voraussetzung dafür ist folgende Erkenntnis: Die Menschen können sich zu ihrer Armut bewusst verhalten; sie sind Subjekte auch in der Armut; sie haben Alternativen des Handelns vom individuellen Sich-Einrichten bis zu gemeinsamen Bewältigungsstrategien z.B. in einer Sozialhilfegruppe. Aber die Alternativen sind nicht unbegrenzt; ihre Zahl wird beispielsweise eingeschränkt durch die Konstellation, arm zu sein im Armutsstadtteil.

Handlungsfähigkeit wird zur zentralen Kategorie sozialarbeiterischer Intervention. Um ihre Herausbildung, Sicherung und Erweiterung geht es in allen Dimensionen sozialer Arbeit mit armen Menschen. Dabei ist Handlungsfähigkeit kein Wert an sich, sondern es geht um die gemeinsame Kontrolle über die Lebensbedingungen. Das heißt u.a. Verbesserung der materiellen Bedingungen und deren selbstbestimmte Nutzung, zunehmende Teilhabe am öffentlichen Leben, Überwindung von Angst, Einsamkeit, Vereinzelung ... Es geht um die Herstellung, Vermehrung und Sicherung von Handlungsspielräumen. Handlungsspielräume bezeichnen »die Menge der einem Handlungssubjekt zur Verfügung stehenden, alternativen Handlungsmöglichkeiten« (Hucke 1980, S. 55f.) – unabhängig davon, welche der Möglichkeiten tatsächlich realisiert werden. Dies ist natürlich jeweils für die konkrete Situation zu bestimmen.

Handlungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten sind zuallererst lebensweltlich bedingt. Die Lebenswelt als »Möglichkeitsraum« stellt immer ein Verhältnis von Behinderungen und Möglichkeiten menschlichen Handelns dar. Die Möglichkeiten und Behinderungen, die das Quartier für seine Bewohner/innen »bereithält«, sind gebunden an Ressourcen, die den Bewohner/innen in unterschiedlicher Weise zugänglich sind. Ressourcen werden hier verstanden als »private und öffentliche Güter ..., die die Lebenschancen von Personen zusätzlich zu ihrem Einkommen beeinflussen« (Franz 1989, S. 22). Solche Ressourcen können Infrastrukturausstattungen, soziale Dienstleistungen, immaterielle Werte oder der Ruf eines Stadtteils sein. Sie sind Gegenstand der Sozialarbeit, wenn es ihr darum geht, Handlungsspielräume für die Bewohner/innen im Stadtteil zu schaffen und zu erweitern.

Es ist eine Erfahrung unserer Arbeit und Ergebnis noch unveröffentlichter Interviews: Arme Menschen beurteilen mehr (oder offener) als andere soziale Arbeit, soziale Einrichtungen und vor allem auch die Menschen, die dort arbeiten, nach dem Nutzen, den sie von ihnen haben oder zu haben glauben. Es soll nicht nur geredet werden, sondern es soll auch »etwas herauskommen«. Sehen die Betroffenen für sich keinen solchen Nutzen, bleiben sie weg. Soziale Arbeit für sozial schwache Familien muss also nützliche Dienstleistungen anbieten, etwa:

- Bereitstellen von materiellen Ressourcen: Räume, Trödel, billiges Mittagessen, Fahrten zu Ämtern usw.,

- Bereitstellen von personellen Ressourcen: Beratung, Betreuung, Qualifizierung, anwaltliche Tätigkeit, Zuhören, Zeit haben etc.,
- Aufbau einer bewohnerorientierten Infrastruktur, innerhalb derer die Menschen informelle Sozialbezüge aufnehmen und sich dann auch in Gruppen organisieren können,
- Bereitstellen von »freien« Orten, wo die Menschen ihre Bedürfnisse leben können, wo sie z.B. nicht sanktioniert werden, wenn sie sich einmal »daneben« benehmen,
- Herstellung, Stützung und Erweiterung von sozialen Netzen und Stützsystemen im Quartier sowie
- Hilfe bei der Problemveröffentlichung, sowohl individuell als auch kollektiv. Viele Menschen müssen erst wieder lernen, dass man Probleme, mit denen man allein nicht fertig wird, haben und aussprechen darf.

Eine zentrale Rolle spielt die Beratung. Hierzu gehört nach unseren Erfahrungen dringend eine allgemeine Lebensberatung, die nicht ressortiert ist nach Schuldner-, Sozialhilfe-, Miet- oder Erziehungsberatung, sondern die diesen Beratungsangeboten vorgelagert ist. Sie katalogisiert nicht von vornherein und schneidet so auch nicht Segmente aus dem Problemknäuel der Betroffenen heraus, sondern nimmt die Problematik erst einmal im Ganzen so auf, wie die Klient/innen sie formulieren können. Vielfach bedarf es erst einmal des gemeinsamen Entwirrens des Problemknäuels, bis man einen roten Faden für die Beratung gefunden hat. Dann wird meist weitervermittelt.

Eine solche Form der Beratung fällt auch unter die Dimension »Problemveröffentlichung«: Die Menschen müssen befähigt werden, ihre Probleme zu übersehen und dann auszusprechen. Beratung »gibt den Leuten die Möglichkeit, nicht nur das zu sagen, was sie zu sagen haben, sondern auch das, von dem sie gar nichts wissen« (Bourdieu 1993, S. 9). Sehr oft brauchen die Menschen jemanden, der nicht sofort mit einem methodischen Konzept, einem forschen Rat oder einem Rezept zur Hand ist, also jemanden, »der zuhört und dabei verstehen will, warum sie gescheitert sind oder warum ihnen etwas gelungen ist, wie es zu den Problemen im Beruf gekommen ist, warum man sie nicht in Ruhe lässt« (a.a.O.). Dies ist auch eine Chance für Ehrenamtliche in der Arbeit im Armenquartier.

Wir haben gute Erfahrungen gemacht, diese Beratung an ein offenes Café-Angebot zu knüpfen und nicht durch feste Sprechstunden einzuschränken. Das heißt, ein Berater/eine Beraterin steht immer zur Verfügung, und man kann in Ruhe erst einmal das Terrain sondieren und Schwellenängste abbauen, ehe man sich entscheidet, ihn/sie anzusprechen. Wichtig für soziale Arbeit im Armutsquartier und für arme Menschen schlechthin ist somit ein offenes Angebot mit niedrigen Zugangsschwellen (räumlich, preislich, vom Klima her ...), in dem aber die Angebote, die man nutzen kann, deutlich erkennbar sind. Niedrigschwelligkeit beginnt bei der Lage, der Ausstattung und dem Erscheinungsbild der Einrichtung – es muss den Menschen leicht fallen, einfach mal hereinzuschauen und dann auch dazubleiben, ohne gleich pädagogisch oder werbemäßig »bearbeitet« zu werden. Auch die Vielfalt dessen, was in einer solchen Einrichtung geschieht, kann die Zugangsschwelle senken, denn es haftet ihr dann nicht der Geruch von Hilfsbedürftigkeit und Unterprivilegierung (oder im Gegenteil der des Musentempels) an.

Skeptisch bin ich gegenüber großen Einrichtungen, wie es manche kommunalen Bürgerhäuser, aber auch einige Gemeindezentren sind. Hier entsteht oft der Eindruck, dass sie eher zum Ruhme des jeweiligen Bauherrn als zur intensiven Nutzung durch die Betroffenen geplant worden sind. Sie sind für Nutzer/innen unübersichtlich; die Schwellenangst ist größer;

die Einflussmöglichkeiten der Besucher/innen sind eher formalisiert. Ihre zentrale Lage entspricht auch nicht der geringen Mobilität der Betroffenen. Deshalb werden sie oft – was legitim ist – zu Zentren für die »Szene«, was die arme Nachbarschaft noch mehr vom Besuch abhält.

Ein neues Schlagwort innerhalb der sozialen Arbeit in »sozial schwachen Stadtteilen« verweist auf eine bisher zu wenig genutzte Ressource für sozial schwache Familien: die »Gemeinwesenökonomie«. Es ist eine Erfahrung in allen mir bekannten Projekten, dass Menschen, die aus dem Arbeitsprozess herausfallen, nicht selten auf ihre Lebenswelt (ihr Quartier) als zusätzliche Ressource zur Existenzsicherung verwiesen werden (soziale Netze, informelle Kreditsysteme, Schwarzarbeit, Nutzgärten usw.) – aber auch hinsichtlich ihrer Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben. Zugleich wächst gerade in armen Stadtteilen der Bedarf an zu leistender Arbeit in den Bereichen der Infrastrukturgestaltung (Renovieren von Wohnungen bis zur Gestaltung von Mietergärten) und der sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Kinderbetreuung, Altenversorgung und Krankenpflege. Gemeinwesenökonomie führt diese beiden Stränge zusammen: Sie verknüpft den örtlichen Bedarf mit den Ressourcen des Gemeinwesens. Es gibt inzwischen – auch international – eine Vielzahl solcher basisökonomischer Ansätze (vgl. Elsen 1997), »denen gemeinsam ist, dass sie aus der Not geboren, von der Nutzung der Arbeits- und Gestaltungskraft der Menschen in den Gemeinwesen als der entscheidenden und oft einzigen sozialproduktiven Ressource ausgehen und Grundbedürfnisse in den Nahräumen decken« (a.a.O., S. 129). Ob es die »Quartiersunternehmungen« in französischen Großsiedlungen (Lang 1993, S. 198), Tauschringe und Talentbörsen (z.B. Seniorengenossenschaften in Baden-Württemberg) oder genossenschaftlich organisierte Wohnmodelle wie in Trier sind (Elsen 1997) – es gibt zahlreiche Beispiele.

Neben der Bereitstellung von Ressourcen für die eher individuelle Lebensbewältigung im Alltag geht es aber auch um Ressourcen, die gemeinsame politische Aktivitäten für sozial schwache Familien erleichtern. »Im Hinblick auf die Mobilisierung von Stadtteilbewohnern können solche Ressourcen standortgebunden sein (Versammlungsräume, existierende Organisationen, politische Traditionen im Stadtteil), sie können aber auch als individuelle Merkmale auftreten, z.B. wenn Personen Fähigkeiten zur politischen Führung aufweisen, eine intime Kenntnis der lokalen politischen Strukturen besitzen oder bereit sind, eigene finanzielle Mittel für die Verfolgung politischer Ziele einzusetzen« (Franz 1989, S. 120) oder einzuwerben.

Hier liegt eine wichtige Funktion von Gemeindezentren und Sozialarbeiter/innen. Sie können die zaghafte Artikulations- und Aktionsversuche sozial schwacher Familien im Stadtteil stützen – nicht, indem sie sich an die Spitze stellen, was sicher sehr verführerisch ist, sondern indem sie die eben genannten Ressourcen möglichst unauffällig zur Verfügung stellen. Solche Anlaufstellen erleichtern gerade Menschen im Armutsviertel den Zugang zu kollektiven Formen politischen Handelns und machen sie damit unabhängiger von ihren individuellen Ressourcen (Mut, Selbstbewusstsein, Informationen usw.).

Abschließend soll noch auf eines hingewiesen werden: Eine wesentliche Voraussetzung für alle Interventionen sozialer Arbeit ist eine kleinräumige, lebensweltbezogene Sozialberichterstattung/Sozialraumanalyse (vgl. Haller 1989; Herlyn/Lakemann/Lettko 1991; Lakemann 1997; Manos 1989). Sie sollte keine Datenfriedhöfe liefern, sondern nach Ressourcen und Defiziten im Stadtteil suchen sowie quartierstypische Lebensweisen und Bewältigungsstrategien herausfinden, damit soziale Arbeit behutsam und respektvoll in der Lebenswelt sozial schwacher Familien agieren kann.

Literatur

- Baaken, A.M./Hoepfner, I.: »Ich bleib hier – hier is et schön«. Soziographie des Hauses Schulstr. 52 in Duisburg-Bruckhausen. Diplomarbeit. Duisburg: Universität Duisburg 1988
- Ballusek, H. von/Trippner, I.: Armut von Kindern und Jugendlichen in Berlin. Kind, Jugend, Gesellschaft 1995, 1, S. 15–26
- Boettner, J./Tobias, G.: Alltägliche Lebensbedingungen und Armut in Bruckhausen. Unveröffentlichtes Manuskript. Duisburg 1989
- Bourdieu, P.: Warum die Clochards nicht zum Sozialamt gehen. Lothar Baier im Gespräch mit dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu. Freitag Nr. 21 vom 21.5.1993, S. 9
- Broch T.: Arme Familien – arme Gesellschaft. In: Deutscher Caritasverband (Hrsg.): caritas '98. Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes. Freiburg: Selbstverlag 1997, S. 11–17
- Busch-Geertsema, V./Ruhstrat, E.-U.: »Das macht die Seele so kaputt ...«. Armut in Bremen. Bremen: Edition Temmen 1993
- Conen, G.: Familienpolitik – die unendliche Geschichte. Offene und versteckte Hindernisse bei der Gestaltung der Lebensbedingungen von Familien. Diakonie 1997, 23, S. 2–10
- Dangschat, J.: Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen. In: Mansel, J./Klocke, A. (Hrsg.): Die Jugend von heute. Selbstanspruch, Stigma und Wirklichkeit. Weinheim: Juventa 1996, S. 152–247
- Deutscher Caritasverband/Diakonisches Werk der EKD (Hrsg.): Menschen im Schatten. Erfahrungen von Caritas und Diakonie in den neuen Bundesländern: Untersuchung der Lebenslagen der Rat- und Hilfesuchenden in den offenen Diensten von Caritas und Diakonie in den neuen Bundesländern. Caritas 1997, 98, S. 250–304
- Elsen, S.: Gemeinwesen als Orte der Existenzsicherung. In: Ries, H.A./Elsen, S./Steinmetz, B./Homfeldt, H.G. (Hrsg.): Hoffnung Gemeinwesen. Beiträge zu einem neuen Verständnis wohnortnaher Lebensqualität. Neuwied: Luchterhand 1997, S. 123–151
- Forum der Arbeit (Hrsg.): Nach der Kohlezeit. Stadtteile im Wandel. Stadtteilarbeit in der Aachener Region. Aachen: Einhard 1994
- Franz, P.: Stadtteilentwicklung von unten. Zur Dynamik und Beeinflussbarkeit ungeplanter Veränderungsprozesse auf Stadtteilebene. Basel: Birkhäuser 1989
- Froessler, R.: Integrierende Politik: Aufgaben, Inhalte und Formen staatlicher Programme zur Erneuerung benachteiligter Quartiere. In: Froessler, R./Lang, M./Selle, K./Staubach, R. (Hrsg.): Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten. Basel: Birkhäuser 1994
- Hahn, A.: Die Konstitution sozialer Lebensformen. Der Beitrag einer »interpretativen« Soziologie zum Verständnis »regionaler« Sozialgebilde. Frankfurt: Campus 1988
- Haller, D./Ruf, B.: Praxisforschung – ein Weg zu neuen Perspektiven in der Quartiersarbeit. Sozialarbeit (Bern) 1989, 21, S. 25–34
- Hanesch, W./Adamy, W./Martens, R./Rentzsch, D./Schneider, U./Schubert, U./Wißkirchen, M.: Armut in Deutschland. Reinbek: Rowohlt 1994
- Hanesch, W. (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen: Leske + Budrich 1997
- Hauser, R./Hübinger, W.: Arme unter uns. Teil I: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung. Herausgegeben vom Deutschen Caritasverband. Freiburg: Lambertus 1993
- Hauser, R./Hübinger, W.: Arme unter uns. Teil II: Die Caritas-Armutsuntersuchung: Eine Bilanz. Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes. Freiburg: Lambertus 1995
- Hauser, R./Glatzer, W./Hradil, S./Kleinhenz, G./Olk, T./Pankoke, E.: Ungleichheit und Sozialpolitik. Opladen: Leske + Budrich 1996
- Helbrecht-Jordan, I.: Familie zwischen sozialer Erosion und neuer Infrastruktur. Selbsthilfe in der Risikogesellschaft. Ein Ansatz auch für benachteiligte Familien. Bielefeld: Kleine 1996
- Herlyn, U./Lakemann, U./Lettko, B.: Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren. Basel: Birkhäuser 1991
- Hucke, J.: Politische Handlungsspielräume. Bad Honnef: Bock & Herchen 1980
- Jahoda, M./Lazarsfeld, P.F./Zeisel, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1975

- Keupp, H.: Psychologisches Handeln in der Risikogesellschaft. München: Quintessenz 1994
- Kieselbach, T.: Familie unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. »Opfer durch Nähe« und Quelle sozialer Unterstützung. In: Menne, K./Alter, K. (Hrsg.): Familie in der Krise. Weinheim: Juventa 1988, S. 47–76
- Krieger, I./Pollmann, B./Schlätze, B.: »So wie Sie hingehen, so wie Sie auftreten, so werden Sie verdammt noch mal behandelt«. Die Realität der Armutsverwaltung. Neue Praxis 1989, 19, S. 24–37
- Lakemann, U.: Stadtteilanalyse Jena Lobeda-Ost. Jena: Fachhochschule Jena 1997
- Lang, M.: Die Politik der »Sozialen Stadtteilentwicklung« in Frankreich. In: Jahrbuch Stadterneuerung 1993. Berlin: TU Berlin 1993, S. 188–204
- Leibfried, S. u.a.: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1995
- Liedgers, H./Schnitzler, G.: Mit der Sozialhilfe leben. In: caritas '98: Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes. Freiburg: Lambertus 1997, S. 229–234
- Liegle, L.: Familie/Familienerziehung. In: Eyferth, H./Otto, H.U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Eine systematische Darstellung für Wissenschaft, Studium und Praxis. Studienausgabe. Neuwied: Luchterhand 1987, S. 320–333
- Linnenbank, H.: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit des Familienvorstandes auf seine Kinder. Dortmund: Fachhochschule Dortmund 1987
- Manos, H.: Sankt Pauli. Soziale Lage und soziale Fragen im Stadtteil St. Pauli. Hamburg: VSA 1989
- Napp-Peters, A.: Armut von Alleinerziehenden. In: Bieback, K.-J./Milz, H. (Hrsg.): Neue Armut. Frankfurt/Main: Campus 1995, S. 148–180
- Neuberger, C.: Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit und Armut auf Familien und Kinder. Ein mehrdimensionaler empirisch gestützter Zugang. In: Otto, U. (Hrsg.): Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelt und soziale Lagen von Kindern armer Familien. Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 79–122
- Oelschlägel, D.: Sich schämen ist nicht genug – Gemeinwesenarbeit im Armutsquartier. In: Gemeinwesenarbeit. Brennpunkte sozialer Arbeit. Neuwied: Luchterhand 1993, S. 60–96
- Oelschlägel, D.: Gemeinwesenarbeit in Armutsstadtteilen. In: Armutskonferenz. Fachtagung der Landeshauptstadt Düsseldorf. Tagungsdokumentation. Düsseldorf: Landeshauptstadt Düsseldorf 1997
- Otto, U. (Hrsg.): Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien. Opladen: Leske + Budrich 1997
- Preußner, N.: Not macht erfinderisch. Überlebensstrategien der Armutsbevölkerung in Deutschland seit 1807. München: AG SPAK 1989
- Ries, H.A./Elsen, S./Steinmetz, B./Homfeldt, H.G. (Hrsg.): Hoffnung Gemeinwesen. Beiträge zu einem neuen Verständnis wohnortnaher Lebensqualität. Neuwied: Luchterhand 1997
- Rommelspacher, T./Oelschlägel, D.: Armut im Ruhrgebiet – regionale Entwicklungstrends und kleinräumige Prozesse am Beispiel eines Duisburger Elendsgebietes. In: Breckner, I./Heinelt, H./Krummacher, M./Oelschlägel, D./Rommelspacher, T./Schmals, K.M. (Hrsg.): Armut im Reichtum. Bochum: Germinal 1989, S. 275–292
- Schäfers, B./Wewer, G. (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Opladen: Leske + Budrich 1996
- Schleimer, A.: Menschen im Schatten – Lebenslagenuntersuchung von Caritas und Diakonie in den neuen Bundesländern. In: caritas '98. Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes. Freiburg: Lambertus 1997, S. 35–42
- Stadtteilbüro Malstatt: Von der Not, im Wohlstand arm zu sein. Eine Armutserkundung in Saarbrücken-Malstatt. Saarbrücken: Diakonisches Werk 1993
- Tobias, G./Boettner, J. (Hrsg.): Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt. Essen: Klartext 1992
- Walper, S.: Kinder und Jugendliche in Armut. In: Bieback, K.-J./Milz, H. (Hrsg.): Neue Armut. Frankfurt/Main: Campus 1995, S. 181–219
- Weidacher, A.: Einkommenslagen in Haushalten ohne Kinder und mit Kindern. In: Bieback, K.-J./Milz, H. (Hrsg.): Neue Armut. Frankfurt/Main: Campus 1995, S. 148–180
- Zander, M.: Kommunale Infrastruktur für Kinder und Familien: Auf dem Weg zu einer kinderfreundlichen Stadt? In: Hanesch, W. (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 235–256